diskus

3

frankfurter studentenzeitung jahrgang 20 27. november 1970

0

Brecht
die Macht
der Rechten
stärkt die Linke
im Konvent!

Wählt



# Aufruf zur Konventswahl

Jahrelang haben wir Studenten für die Demokratisierung der Universitäten gekämpft. Gegen den Widerstand der Reaktionäre innerhalb und außerhalb der Hochschulen kommen langsam Reformprozesse in Gang.

Diese von uns mit initiierten Reformen haben einseitig die Tendenz nur technokratischer Modernisierung angenommen. Ein zunächst progressiver Gesetzentwurf ist unter dem massiven Druck der Ordinarien verwässert und entschärft worden. Dennoch hat das Gesetz noch einen - wenn auch geringen – demokratischen Spielraum, etwa im Konvent, den Ständigen Ausschüssen und dem Experimentierparagraphen. Diesen Spielraum gilt es zu nutzen, deshalb darf gerade jetzt studentische Politik nicht aufgeben. Es muß vielmehr verstärkt versucht werden, auf die Entscheidungsprozesse der Universität Einfluß zu nehmen, um den regressiven Tendenzen Einhalt zu gebieten. Die Alternative zur demokratischen Universität, die es zu entwickeln gilt, ist der autoritäre

Organisationsform und Lehrund Forschungsinhalte der Universität entscheiden wesentlich mit darüber, ob die Gesellschaft der Zukunft die der autoritären Sozialtechniker oder die der politisch bewußten Bürger sein wird. Ob der Fortschritt von Wissenschaft und Technik an den Interessen kleiner Machteliten oder an den Bedürfnissen der Massen sich orientieren wird. Ob die Demokratisierung der modernen Industriegesellschaften gelingen oder scheitern wird.

Großbetrieb, den die

Ordinarien anstreben.

Was heißt das konkret? An der Hochschule müssen Juristen ausgebildet werden, die in der Lage sind, in ihrem Berufsfeld Resozialisierung und nicht Strafexpeditionen zu betreiben. An der Hochschule müssen Lehrer studieren, die ihre Schüler zu kritischen und nicht zu autoritär-deformierten Menschen erziehen können. Die Hochschule muß Naturwissenschaftler ausbilden, die die Technik nicht dem Profithunger der Großkonzerne, sondern den Interessen der breiten Massen dienstbar machen. Die Hochschulen sollen Ärzte ausbilden, die den Patienten nicht naturwissenschaftlich borniert als Objekt betrachten, sondern ihn mit dem unabdingbaren Recht auf Gesundung in allen Dimensionen seiner biosozialen Persönlichkeit behandeln. Die Universitäten müssen Sozialwissenschaftler entlassen und mit Forschungsprojekten betrauen, die nicht an der Verfeinerung von Herrschaftstechniken, sondern an der Entwicklung demokratischer Organisationsmodelle für alle Lebensbereiche interessiert sein sollten. Die Hochschulen sollten als Stätten demokratiefördernder Innovationen zur Lösung gesellschaftlicher Probleme beitragen. Sie sollten immer weniger Untertanenfabrik

Mit Demonstrationen und Streiks haben wir für dieses Ziel politisch gekämpft. Irrwege und Niederlagen studentischer Politik hat es gegeben und wird es geben. Jetzt kommt es darauf an, die uns im Hessischen Universitätsgesetz gemachten minimalen Zugeständnisse zu nützen und mit neuen Mitteln unsere Interessen durchzusetzen. Wir sind uns klar darüber, daß die Wahlen zum Konvent und die Arbeit in den Gremien die Organisationsarbeit und Mobilisierung in den Fachbereichen und Hochschulgruppen nicht ersetzen kann. Im Gegenteil, sie ist inhaltlich und machtpolitisch auf sie angewiesen.

Bei den Konventswahlen vom 8. 12. bis zum 11. 12. werden die progressiven Studenten beweisen, daß sie immer noch ein Faktor sind, mit dem gerechnet werden muß. Daß sie mit bestimmen wollen, in welche Richtung diese Universität politisch steuert. Daß sie die taktischen Chancen des neuen Gesetzes erkennen. Daß sie die demokratische Hochschule und nicht die formierte Fachidiotenfabrik des Herrn Kantzenbach wollen.

Die hochschulpolitische Reaktion um die FDP, um Rüegg, um den "Bund Freiheit der Wissenschaft" soll bei ihrer neuen Offensive sehen, wie stark hier in Frankfurt das Widerstandspotential gegen sie ist. Wie sehr wir bereit sind, die Positionen zu verteidigen, die wir in der Auseinandersetzung um die Hochschulreform erreicht haben.

Uns muß es gelingen, auch aus den jetzt gegebenen institutionellen Zugeständnissen das zu machen, was wir wollen: eine demokratisierte Universität, die die Emanzipation der Gesellschaft von natürlichen und sozialen Zwängen voranzutreiben hilft. diskus-Herausgeber

## diskus 3 inhalt

### **Professor** Kantzenbach und der freie Wettbewerb

Die radikale Mitte lebt davon, daß es andere gibt. Was wäre Herr Kantzenbach ohne eine marxistische politische Okonomie auf der einen und eine ordo-liberale Wirtschaftstheorie auf der anderen Seite? Dieser theoretische Torso in Gestalt von Herrn Kantzenbach als erstem Vertreter hat die Globalsteuerung ideologisch gefestigt und aus den Niederungen krider Pragmatik in die lichten Höhen der Theorie emporgehoben. Die Segnungen dieser Art drohen auch der Universität. Für die dahinsiechende Ordinarienuniversität hat die Kantzenbach'sche Globalsteuerung den Status einer Wunderwaffe. Es ist daher notwendig, den Inhalt dieses Arsenals einer genaueren Betrachtung zu unterziehen.

Seite 5

### Marxismus-Leninismus oder dessen Karikatur?

Die KPD/ML will sich unter dem Namen KSB an den Wahlen beteiligen. Diese Gruppe, deren beste Köpfe die von Marx, Engels, Lenin, Stalin und Mao sind, konnte sich in der Zerfallsperiode der antiautoritären Gruppen nur durch stalinistische Disziplin und Organisationsstraffung vor dem Zerfall bewahren. Was die KPD/ML außer Disziplin noch einübt, erläutert der folgende Artikel, der von einem wegen trotzkistischer Umtriebe aus dem Verband entfernten ehemaligen Mitglied verfaßt wurde.

Seite 7

### Herrn Noltes Der Fall Unverständnis heutiger Hochschulpolitik

Der Marburger Historiker Nolte hat vor einiger Zeit in der Zeitschrift Merkur einen Aufsatz veröffentlicht mit dem anspruchsvollen Titel "Hochschulpolitik als Staatspolitik". Dieser Aufsatz enthüllt zweierlei; zum einen das Unvermögen liberaler und rechter Ordinarien, sich sachlich mit der linken Studentenschaft auseinanderzusetzen - vor allem die Positivsten in diesem Kreis werfen ihre sonst beschworene Wertfreiheit flugs über Bord; zum anderen zeigt der Aufsatz das reaktionäre Selbstverständnis dieser Ordinarienclique, die schon aar nicht mehr versucht, ihren Antikommunismus ideologisch zu überhöhen. Dieser Aufsatz verdiente keine Bedeutung, wäre nicht Nolte einer der maßgeblichen Sprecher des "Bundes Freiheit der Wissenschaft". Hinter allem Wissenschaftsgesäusel und Effizienzgeflüster, was in der nächsten Zeit zu hören sein wird, steht das reaktionäre Selbstverständnis derer, die nichts gelernt haben. Daß einem politischen Standpunkt auch ein entsprechender Wissenschaftsbegriff zugeordnet werden kann, wird hier gerade von den Ordinarien bestätigt, die diesen Zusammenhang immer geleugnet haben. Nolte ist mit seinem Aufsatz richtungsweisend. Er reiht eine ganze Fraktion von Ordinarien in das Rechtskartell ein, das sich seit geraumer Zeit in der Bundesrepublik formiert. Seite 10

# Medizin

Der Mausbach-Konflikt politisierte die Krankenhäuser. Auf der Rechten beginnen sich die um ihren Profit bangenden Chefärzte zu sammeln, die Linke formiert sich zum Kampf gegen die autoritären Machtstrukturen der "Heilanstalten" und für Reformen. Um die Konflikte darzustellen und um die politische Kommunikation mit den traditionell konservativen Medizinern gerade jetzt vor den entscheidensten Wahlen der nächsten Jahre herzustellen, wurde als zweiter Teil der diskus-Fachbereichsserie die Medizin ausgewählt.

Seiten 22-36

### HfG-Offenbach

diskus 2 beschäftigte sich unter anderem mit der Situation an der neuen HfG Offenbach. Der diskus-Artikel hat seine beabsichtigte Wirkung erzielt; der Skandal an der HfG ist perfekt. In dieser Nummer drucken wir eine weitere Stellungnahme ab, die zur intensiveren Verdeutlichung der Situation an der HfG Offenbach dienen soll.

Seite 37

### Vorbemerkung zu diesem Heft

Die Wahlen zum Konvent markieren einen wichtigen Punkt im Prozeß der Reformierung der Universität. Bei dieser Wahl wird sich herausstellen, ob die demokratischen Kräfte der Universität stark genug sind, die Chancen, die die Gesetzgebung noch ermöglicht, aufzugreifen und Prozesse in Gang zu setzen, die über das Gesetz hinausweisen, die anfangen mit der Transformierung der Ordinarienuniversität in einen demokratischen Wissenschaftsbetrieb. Die politischen Fronten verlaufen quer durch die ständischen Gruppierungen der Universität. Die Listen der Gruppen gliedern sich nach drei verschiedenen hochschulpolitischen Perspektiven. Die rechte Position will die Universität im wesentlichen in ihrer bisherigen Struktur erhalten. Die Position der Mitte zielt auf eine bloß technokratische Reform hin, die sich an einem problematischen Begriff von Effizienz orientiert. Die Position der progressiven Listen hält sich an die demokratischen Passagen der Hessischen Hochschulgesetzgebung. Aus redaktionstechnischen Gründen konnte der diskus den Listenschluß der Konventswahl nicht abwarten. Die Redaktion hat sich bemüht noch vor Listenschluß über alle Gruppen ausreichende Informationen zu erhalten. Dies ist nur zum Teil gelungen, weil einige Gruppen entweder nicht bereit waren Auskünfte zu erteilen oder die Diskussion über Programm und Reihenfolge auf der Liste noch nicht abgeschlossen hatten. Die Redaktion hat sich daher entschlossen, in dieser Nummer auf eine politische Analyse der Listen zu verzichten. Anfang Dezember wird ein diskus-extrablatt erscheinen, in dem die Listen analysiert und vorgestellt werden. Red.

# 

	4			
Hochschule	4	ads ,Kontrapunkt 9'	Elisabeth Stegelmann/Red.	diskus frankfurter studentenzeitung
	5	Professor Kantzenbach und der freie Wettbewerb	Arno Müller	6 Frankfurt am Main Jügelstraße 1
	6	Rote Zelle Pädagogik	N. N.	Telefon 7 98 31 88
	6	Marxismus — Leninismus — oder dessen Karikatur?	Peter Wahl	Herausgeber Veit Feger, Ulrich Möllenstedt, Konrad Schacht, Lutz Untersehe
	10	Die Ordinarien sind zur Reform bereit	Aktive Romanisten	Verlagsleiter Werner Fritzsche (kommissarisch
	10	Herrn Noltes Unverständnis	Bernd Graß	Geschäftsführender Redakteur Andreas Schacht (verantwortlich
		heutiger Hochschulpolitik		Redaktion Gerhard Fisch, Bernd Grass,
	37	Zweite HfG der BRD vor der Schließung?	Peter Becht	Manfred Murck, Arno Müller Gestaltung
	38	Forschendes Lernen	H. Kühn, K. Seebach	Lothar Leßmann, Eduard Wolczak
Studentenbewegung	13	Vietnamkrieg und Theorie der Studentenbewegung	M. Buddeberg	Anzeigen/Vertrieb H. Heinz Funke
Gewerkschaften	17	Technische Intelligenz und Gewerkschaften in der BRD	Frank Deppe v. a.	Druck  Buch- und Verlagsdruckerei Paul Nack, Hanau, Hammerstr. 9
	22	Der Numerus clausus in der Medizin	Michael Krahwinkel	Auflage 10 000
	24	Der Fall Medizin	Harry Dreißig	Erscheinungsweise 8mal im Jahr
	26	Tagebuchskizzen , eines Medizinstudenten	Gerhard Maurer	Preis DM 1,50
	27	Praktikumsbericht eines Soziologen	Ernst Jokow	Artikel, die mit dem Namen des Verfassers oder seinen Initialer
	28	Der ärztliche Standversuch einer Analyse	Manfred Möller	gekennzeichnet sind, geben die Meinung des Autors wieder aber nicht unbedingt die der Redaktion.
	30	Fachbereich Humanmedizin	Gunter Fischer	Nachdruck, auch auszugsweise nur mit Erlaubnis der Redaktion
	33	Die Psychosomatik und ihre Gegner	Arno Müller	Leserbriefe haben keinen An spruch auf vollständige Wieder gabe. Unverlangt eingesandte Besprechungsexemplare werder
	36	Arbeitgeber als Arzt	Arno Müller	nicht zurückgegeben.
Innenpolitik	40	Der Sieg der radikalen Mitte	Wolfgang Streeck	Gerichtsstand Frankfurt am Main

# ads ,Kontrapunkt 9'

In seiner Schrift "Kontrapunkt 9" lehnt das ads die Forderung nach Forschungs-kontrolle, der in §6 HUG Rechnung getragen werde, als formal verfassungswidrig und als "Anschlag auf die Wissenschafts-freiheit" entschieden ab. Dies mutet makaber an angesichts der seit 1956 immens gestiegenen Ausgaben des Verteidigungsministeriums für Kriegsforschung und Vernichtungswissenschaft, die noch erhöht werden durch die Ausgaben im Rahmen der Schwerpunktprogramme des Bundes und durch Mittel der Privatindustrie, von denen ein Teil ebenfalls militärischen Zwecken dient. Über das System der Mehrquellenfinanzierung kann jede Forschung in den Instituten der Universität verhältnismäßig leicht von außeruniversitären Stellen gelenkt werden. Der Ruf nach der Freiheit der Wissenschaft, den das ads im Einklang mit dem reaktionärsten Teil der Professorenschaft, wie er sich im "Bund Freiheit der Wissenschaft" konstituiert hat, lauthals anstimmt, müßte sich daher mit dem Ruf nach Forschungskontrolle, nach der Aufdeckung von Forschungsgeldern und -aufträgen geradezu verbinden, denn Freiheit der Wissenschaften und institutionell gesicherte Forschungskontrolle sind zwei Aspekte eines und desselben Problems.

Mit freier Wissenschaft meint das ads jedoch seine Freiheit von "Politisierung" und vom Einfluß nicht der außeruniversitären Instanzen, sondern "linksperverser" und "totalitärer" Gruppen innerhalb der Universität. Das ads verkennt, daß Wissenschaft schon immer "politisch" war und daß dies heute bei der Berufsbezogenheit wissenschaftlicher Ausbildungsgänge, bei der Verwissenschaftlichung fast aller gesell-schaftlichen Bereiche, bei der Führungsposition von Wissenschaft im Rahmen der Produktivkräfte, in ganz besonderem Maße zutrifft. Wissenschaft steht im politischen Verwendungs- und Verwertungszusammenhang, sie wird eingesetzt und ist damit von unmittelbarer gesellschaftlicher, ökonomischer und politischer Tragweite. Die Wissenschaft politisieren bedeutet, ihre gesellschaftliche Relevanz ins Blickfeld zu rük-

Das ads macht Einheitsfront mit den Professoren und Assistenten, die an der Aufrechterhaltung des elitären Forschungsbetriebs interessiert sind und stellt sich damit objektiv gegen die Teile der Universität, die es zu vertreten behauptet, nämlich die an qualifizierter Ausbildung interessierten Studierenden der einzelnen Fachrichtungen. Die Freiheit der Wissenschaft gesteht das ads nur den aktiv an der Forschung Beteiligten zu, ohne daß die Relevanz der jeweiligen Forschungstätigkeit für die Ausbildungsgänge der Studenten reflektiert wird. Das ads klagt, daß die Forschenden durch § 6 HUG "am Ort ihrer sozialen Existenz betroffen" würden. Man tut, als wisse man nicht, daß Professoren wie Dr. Fulde und Dr. Queisser, die auf Grund des § 6 keine Möglichkeit für "anspruchsvolle"

und "sinnvolle" wissenschaftliche Arbeit mehr sehen (s. FR v. 30. 10.), das HUG als Anlaß benutzen, endlich zu lukrativeren Jobs bei privaten Instituten überwechseln zu können.

Forschungskontrolle wird vom ads wie auch von anderen rechten Gruppierungen nicht so sehr aus Loyalität gegenüber der Verfassung abgelehnt, sondern vielmehr, weil man befürchtet, daß sie der Realisierung imperialistischer Zielsetzungen im Wege stehen könnte, daß sie die BRD und ihre Konzerne wirtschaftlich zurückwerfen und zu Verlierern im internationalen Konkurrenzkampf um führende Weltmarktpositionen machen würde. Sie wird als hemmender Faktor eingeschätzt, der sich auf das Konzept einer aggressiven westdeutschen Wirtschafts- und Außenpolitik verunsichernd und retardierend auswirken könnte.

Daß Forschungskontrolle mit § 6 HUG realisiert sei, ist leider illusionär. Forschung bleibt weiterhin demokratischer Kontrolle entzogen, denn statt daß man Wissenschaftler verpflichtet, die Herkunft von Forschungsgeldern, Aufträgen usw. aufzudekken, bleibt die Auffindung von zum Teil inhumanen, destruktiven und imperialistischen Zielsetzungen dienenden Vorhaben weiterhin dem Zufall überlassen. § 6 ist ein auf politischen Druck seitens progressiver Kräfte hin in letzter Minute zustandege-kommener Kompromiß, der wie verschiedene Zugeständnisse an die Mitbestimmungsforderungen der Studenten objektiv die Funktion einer Befriedung, einer Vermeidung von Konflikten hat. Dennoch muß versucht werden, die Informationsverpflichtung nach § 6 zu nutzen für eine Mobilisierungsstrategie an der Universität und in der Offentlichkeit, und ihr den Charakter der Unverbindlichkeit zu nehmen, indem man jede Verletzung der genannten Bestimmung mit entsprechenden Sanktionen versieht. Es kann nicht darum gehen, Forschungskontrolle zu verhindern, sondern im Gegenteil darum, sie durchzusetzen!

Elisabeth Stegelmann

### Das ads und sein Känguruh

Dem lahmen Känguruhdrächelchen des ads waren im letzten Parlament 5 Köpfe abgeschlagen worden. Der SHB hatte es durch permanente Bloßstellung der ads-Mauschler geschafft, daß die Reaktionäre dieses industriefinanzierten Grüppchens sich der Offentlichkeit endlich so darstellten, wie sie wirklich waren – reaktionär durch und durch.

Als dann auch noch ads-Referenten des AStA des "Linksseins"(!) bezichtigt wurden und die 5 Liberalen daraufhin demonstrativ ihren Austritt aus dem ads erklärten, schrumpfte es auf eine bedeutungslose Minderheit zusammen.

Nun sind sie wieder ans Licht gekommen; das blaue Känguruh hoppelt wieder über den Campus.

Wer schon im letzten Wahlkampf zum Studentenparlament unter den massiven Verdummungsbesttrebungen des ads litt, mußte jetzt mit Entsetzen feststellen, was keiner für möglich gehalten hätte: Das ads startet wieder einmal einen Versuch, die Studenten mit Quasiweisheit, "Überparteilichkeit" und starken Sprüchen zu fangen.

Man kann nur hoffen, daß nicht wieder das ads so viele Stimmen in seinem Känguruhbauch sammeln kann, daß es das Parlament in seiner Arbeit stört. Wer nur einen Funken Verstand hat, wird den Namen ads vergessen. Es ist bestimmt kerverlust für die politische Arbeit.

Red.

# Materialien zur Parlamentarismus-Diskussion

Anlage 11 Schriftliche Antwort

des Parlamentarischen Staatssekretärs Börner vom 6. November 1970 auf die Mündlichen Fragen des Abgeordneten Sieglerschmidt (Drucksache VI/1339 Fragen A 77

Ist der Bundesregierung bekannt, daß g den Gehwegen häufig von Kindern Kleinfahrrädern durch ihr Verhalten ein Vorrecht gegenüber den Fußgängern durchgesetzt und vielfach sehr viel schneller und rücksichtsloser gefahren wird als von Erwachsenen, die etwa - verbotenerweise den Gehweg mit dem Fahrrad wegen schlechter Pflasterung der Fahrbahn benutzen? Hält die Bundesregierung es insbesondere im Hinblick auf die Gefährdung alter Menschen durch derartige "Kinderspiele" nicht für angebracht, in Zukunft auch die Benutzung von Kleinfahrrädern auf den Gehwegen - mindestens von einer bestimmten Größe bzw. Höchstgeschwindigkeit an zu untersagen?

Es ist allgemein bekannt, daß Kinder auf Gehwegen häufig mit Kleinfahrrädern

schneller als vertretbar fahren.

Einer solchen Regelung bedarf es nicht. Das Spielen auf Gehwegen ist zwar nach alter und neuer Straßenverkehrsordnung erlaubt. Hierbei darf aber nach § 1 der Straßenverkehrsordnung niemand gefährdet werden. Diese Regelung dürfte ausreichen.

# Professor Kantzenbach und der freie Wettbewerb.

# Politische Ideen eines Präsidentschaftskandidaten

Die Ideologie vom freien Wettbewerb nimmt nach wie vor eine wichtige Stellung in der Rechtfertigung des Eigentums an Produktionsmitteln und der daraus resultierenden Politik ein. Die steigende Konzentration und Zentralisation des Kapitals, Bildung von Oligopolen und Monopolen, die stetig wachsende Vermachtung der Wirtschaft, haben die Struktur des Kapitalismus verändert. Seine Krisenanfälligkeit macht ein steuerndes Eingreifen des Staates notwendig. In Verbindung mit den mächtigsten Gruppen der Wirtschaft plant der Staat, was indes kein befehlendes Setzen gesamtwirtschaftlicher Daten bedeutet, sondern nur hinweisenden und empfehlenden Charakter besitzt. Eine solche Entwicklung muß die klassische, liberale Lehre vom freien Wettbewerb ihres Inhalts berauben, beruhte sie doch auf dem Grundsatz der Offenheit aller Märkte für neue Konkurrenten. Die Ideologie muß sich beeilen, sollen die Differenz zwischen Theorie und Realität nicht allzu auffällig und die gesellschaftlichen Widersprüche nicht schonungslos enthüllt werden. Wird der Wettbewerbsbegriff nicht aufgegeben, so kann er nur dann bei den gegebenen wirtschaftspolitischen Verhältnissen aufrechterhalten werden, wenn sich sein Inhalt radikal ändert, ein Umstand, der zur Verschleierung der ökonomischen Bedingungen unserer Gesellschaft beiträgt. Den ersten Versuch, Globalsteuerung und Wettbewerb in Übereinstimmung zu bringen, unternahm Gerhard Kantzenbach in seiner 1966 erschienenen Habilitationsschrift "Die Funktionsfähigkeit des Wettbewerbs", den er in seiner Frankfurter Antrittsvorlesung im Sommer 1968 "Gedanken zur wirtschaftspolitischen Grundentscheidung" weiterführte. Soll Globalsteuerung einen Sinn haben, dann muß die Wettbewerbsfreiheit eingeschränkt werden. Dies erfordert aber eine Uminterpretation des Wettbewerbsbegriffs der klassischen bürgerlichen poli-tischen Okonomie. Die Weiterentwicklung der klassischen bürgerlichen Theorie des Privatkapitalismus zur Konzeption des "Kollektivkapitalismus" vollzieht sich auf zwei Ebenen. Zunächst wird eine Neuinterpretation des Wettbewerbsbegriffs vorgenom-

# Formierung der Universität . . .

Hatte die liberale Theorie den Wettbewerb aus der Freiheit des besitzenden Individuums abgeleitet, jede wirtschaftliche Entscheidung nach eigenem Gutdünken zu treffen, so wird in der Theorie des Kollektivkapitalismus der Wettbewerb aus seinen Funktionen für die Gesamtwirtschaft gerechtfertigt. Der Wettbewerb soll bestimmte Funktionen erfüllen, wie Optimierung der Einkommensverteilung, der Angebotszusammensetzung, der Produktionssteigerung, der Anpassungsflexibilität und des technischen Fortschritts. Damit ist der Wettbewerbsbegriff der liberalen Theorie umgekehrt. Diese hatte jede Modifizierung des Wettbewerbs als Angriff auf die Freiheit verworfen. Wird jedoch der Wettbewerb in bezug auf gesamtwirtschaftliche Zielsetzungen bestimmt, dann ist nicht einzusehen, warum der Wettbewerb nicht im Interesse dieser Ziele aufgehoben werden soll. Kantzenbach muß daher beweisen, daß der Wettbewerb die größtmögliche Effizienz der Wirtschaft gewährleistet. Er definiert die optimale Wettbewerbsintensität als den Zustand, in dem die gesamtwirtschaftlichen Funktionen optimal erfüllt werden.

# ... im Interesse der Monopole ...

In der rauhen Wirklichkeit haben jedoch Kostenvorteile und Gewinne der Unternehmer Vorrang, wie es Kantzenbach unverblümt ausspricht. Wird die gesamtwirt-schaftliche Optimierung durch die Optimierung zugunsten einiger Unternehmer in Frage gestellt, dann wendet Kantzenbach sich gegen entsprechende wettbewerbspolitische Maßnahmen, wie Dekonzentration von Konzernen, da dies einerseits nicht durchführbar sei, weil durch notwendige Umstrukturierungen die reibungslose Aufrechterhaltung der Produktion nicht gewährleistet sei, andererseits den Verzicht auf überwiegende Kostenvorteile erfordern würde. Damit ist die wirtschaftstheoretische Einsegnung des jeweiligen Status Quo der kapitalistischen Wirtschaft vollzogen. Die Globalsteuerung bleibt machtlos, wo sie gegen die Unternehmerinteressen das gesamtwirtschaftliche Optimum realisieren sollte.

### ... für das "Gesamtwohl"

So erweist sich die Modifizierung des Wettbewerbs als ein Mittel zur Stabilisierung der Macht der Großkonzerne. Als weitere Konsequenz der Auflösung der traditionellen Theorie teilt Kantzenbach die Wirtschaft in zwei Bereiche. Dem ersten Bereich, der nach dem klassischen liberalen Muster der Privatwirtschaft funktioniert, orientiert nach den Prinzipien des Marktes, steht der zweite, das System der Großindustrie gegenüber. Die kollektiv-kapitalistische Planung der Großindustrie unterscheidet sich von der privatkapitalistischen durch die Trennung von Unternehmens- und Eigentumsfunktion.

### Der Student denkt — Kantzenbach lenkt

Nicht mehr die Entscheidungen individueller Eigentümer, sondern die Erfordernisse der Gesamtorganisation - lies: Großkonzerne –, ihre Autonomie und Rentabili-tät haben Steuerungsfunktionen. Spielt die zentrale Planung innerhalb des Unternehmensbereichs eine Rolle, so werden die Beziehungen der Großbetriebe zueinander nach wie vor durch den Markt vermittelt. Die Kombination: dezentralisierte Planung plus Markt bezeichnet Kantzenbach als "humanen Kapitalismus". "Human" deshalb, weil der Wettbewerb "Mann gegen Mann" dem Wettbewerb großer Wirtschaftseinheiten gewichen sei. Der Wettbewerb Mann gegen Mann ist nicht erloschen, sondern tobt auf der Ebene der Arbeiter und Angestellten innerhalb der Betriebsorganisation mit unverminderter Heftigkeit weiter. Die Veränderung in der Wettbewerbsstruktur der Unternehmen untereinander humanisiert noch nicht die Gesellschaft. Nach wie vor besteht das Grundprinzip des Privateigentums an Produktionsmitteln; wird für den Profit, nicht für den Gebrauch produziert, herrscht die Anarchie der Produktion. Auch der "humane Kapitalismus" Kantzenbachs ist noch Kapitalismus mit allen irrationalen und inhumanen Konsequenzen, die diesem System eigentümlich sind.

Arno Müller



# Rote Zelle Pädagogik

Seit Mitte November ist Frankfurt wieder auf der Höhe der revolutionären Zeit: eine Gruppe von Pädagogikstudenten rief auf zur Gründung einer Roten Zelle. Harter Kern der Roten Zelle ist eine sich so bezeichnende Initiativgruppe von ca. 15 Genossen, die vor Wochen noch unter dem Namen "Pädagogengruppe" firmierte. Diese Pädagogengruppe hat sich aus einem Zirkel am pädagogischen Seminar entwickelt, der das Ende der Studentenbewegung in der Betriebsarbeit überlebte.

Während der Semesterferien entdeckten die Pädagogen ihr Herz für die Hochschulpolitik und wanderten Anfang Oktober mit dem revolutionären Diskussionszusammenhang für eine Woche nach Kufstein in den Alpen aus. In der Bergweit Oberbayerns brütete das revolutionäre Subjekt und beschloß, seine Vorstellung von Hochschulpolitik der universitären Offentlichkeit in Form einer Zeitung vorzulegen. Auf diese Zeitung wartete man bisher vergebens, doch die Gründung der Roten Zelle ist so eine Art Entschädigung für den entgangenen

Anspruch auf die Zeugung der Roten Zelle hat auch der Arbeitsplatzkonflikt des Lehrbeauftragten Mohl. Mohl schulte seit letztem Herbst die Pädagogen in politischer Okonomie. Der Institutsrat des Pädagogischen Seminars hatte damals den Marxadepten Mohl gegen den Willen des Institutsleiters Mollenhauer für ein Semester berufen. Mollenhauer, der ursprünglich einen Psychologen haben wollte, verlängerte den Auftrag Mohls im letzten Frühjahr eigenmächtig um ein weiteres Semester, weil die Bemühungen um die Besetzung eines vakanten Lehrstuhls noch nicht erfolgreich waren. Im September schien sich für Mollenhauer dann aber doch eine Lösung abzuzeichnen, und er verlängerte den Vertrag Mohls nicht noch einmal.

Diese Unterlassung erregte den Unmut der Pädagogengruppe, die mittlerweile Gefallen gefunden hatte an der Art und Weise, wie Mohl Marx interpretierte und in kleinen Stücken für Anfänger zubereitele. Mittlerweile zur Roten Zelle geworden, verallgemeinerten die Pädagogen den Mohl-Konflikt: "Kampf um die institutionelle Absicherung dieser Aufgaben: Instituts- und Fachbereichspolitik (Forderung nach marx. Dozenten, Institutionalisierung eines marx.-len. Grundstudiums)" (C. 3. im "Aufruf zur Gründung einer Roten Zelle Pädagogik").

Über die Perspektiven der Roten Zelle zu berichten, verbietet die Courteoisie und die journalistische Fairness. Dem dreiseitigen Gründungsaufruf ist zu entnehmen, daß es um die Revolutionierung der Gesellschaft geht – wer hätte das gedacht. Ein Grundsatzpaper ist noch in Arbeit und Diskussion. An den Wahlen will sich die Rote Zelle noch nicht beteiligen, weil sie nach eigenen Angaben noch nicht so weit ist. Eine kluge Erkenntnis, denn wer wird schon einen Säugling ins Feuer schicken?

# Marxismus-Leninismus oder dessen Karikatur?

Daß auf dem politischen Hintergrund, der die Nachkriegsentwicklung in der BRD kennzeichnet, bei einzelnen Trümmern der antiautoritären Protestbewegung dogmatisch-sektiererische Tendenzen auf fruchtbaren Boden fielen, wird nicht verwundern, wenn man sich den klassenmäßigen Charakter dieser von Studenten und Schülern getragenen Bewegung vergegenwärtigt. Die Aporien der antiautoritären Ideologie und Praxis allenfalls unbewußt ahnend, nicht aber rational begreifend, war man sehr schnell bereit, es einmal mit anderen Methoden zu versuchen, nachdem die immer langweiliger werdenden teach-ins große Frustrationen hervorriefen. Ergebnis dieser trial-and-error-Praktik wird heute von diversen Sekten repräsentiert, von denen jede sich nach dem Motto "le marxisme-leninisme, c'est moi!" für die marxistisch-leninistische Avantgarde des Proletariats hält. (Es lassen sich bereits nach kurzer Zeit infolge permanenter Spaltungen folgende Organisationen aufzählen: KPD ML Rote Garde, KPD ML-KJVD, KPD AO, Kommunistischer Arbeiterbund KAB ML-RJ/ML-Rote Linie, KAB/ML-RJ/ML -Schwarze Linie; dazu kommen noch ein Dutzend regional begrenzter Gruppen.) Wenn sich diese Gruppen auch untereinander zum Teil auf das heftigste bekämpfen, so bestehen die tatsächlichen Unterschiede nur in Nuancen. Die prinzipielle Identität in Theorie und Praxis läßt es deshalb als gerechtfertigt erscheinen, sie gewissermaßen "über einen Kamm zu scheren".

### Selbstverständnis

Beginnt man eine Phänomenologie des Sektierertums bei einem weniger wichtigen Aspekt, wie etwa dem Selbstverständnis der ML-Gruppen, so wird als erstes die grenzenlose Selbstüberschätzung ins Auge fallen. Bar jeglicher realistischen Selbsteinschätzung wird in den Verlautbarungen dieser Gruppen permanent die jeweils eigene Organisation zur führenden Kraft der Arbeiterbewegung hochstilisiert. Man findet kaum eine Ausgabe einer ML-Zeitung, in der nicht größenwahnsinnige Erfolgsmeldungen von "kühnen Massenaktionen", von schweren Kämpfen, in denen dem Feind "empfindliche Schläge" versetzt wurden, die Rede Ist. Gewiß ist Politik immer mit einem mehr oder minder großen Maß an Zweckoptimismus verbunden, wenn man aber behauptet: "Überall im Bundesgebiet und Westberlin traten zum diesjährigen 1. Mai die KPD/ML und ihre Jugendorganisation, die Rote Garde, mit kraftvollen Demonstrationen, denen Zehntausende folgten, in Erscheinung" ("Roter Morgen" Nr. 6, Juni 70), so ist das bereits akute Paranoia. Der praktisch natürlich in keiner Weise einlösbare Anspruch auf die alleinige Führung impliziert die Diffamierung aller anderer Fraktionen der Linken als konterrevolutionär, bürgerlich etc. etc.

Da offenbar alle realen Anhaltspunkle, die das dargestellte Selbstverständnis rechtfertigen könnten, fehlen, ist die ständige Wiederholung, daß nichts weißer wäscht als die ML-Organisation XY, nur als Versuch zu verstehen, eine Identitätsfindung durch Autosuggestion bewerkstelligen zu wollen. Bei Genossen mit schwach ausgebildetem Realitätssinn, insbesondere bei Jüngeren ohne politische Erfahrung anscheinend ein probates Mittel, um die "korrekte Linie" zu festigen.

### Die ideologischen Grundfehler

Raison d'être dieser Gruppen, die Basis, auf der sie ihre Existenz überhaupt zu legitimieren versuchen, ist ihr sogenannter "Antirevisionismus". Unter dieser Flagge, unter der bereits Cohn-Bendit segelte, läuft eine Ideologie, die wesentlich in der Negation der Politik besteht, wie sie von der UdSSR, deren Verbündeten und den kommunistischen Parteien in den kapitalistischen Ländern verfolgt wird. Die Kritik des "Antirevisionismus" läßt sich hauptsächlich an folgenden neuralgischen Punkten festmachen:

1) Einschätzung des sozialen Systems in der UdSSR ("Restauration des Kapitalismus", "sowjetischer Faschismus")

2) Koexistenzpolitik der UdSSR ("Kollaboration mit dem US-Imperialismus")

3) Die Politik der UdSSR gegenüber den RGW-Staaten, Entwicklungsländern und den nationalen Befreiungsbewegungen ("Sozialfaschismus")

Auffallend ist zunächst, daß im Gegensatz zu anderen vieldiskutierten Themen innerhalb der "Neuen Linken" (z. B. Emanzipationsdebatte, Strategiedebatte, Organi-sationsdebatte, Stalinismusdebatte, Klas Klas senanalyse) und dem, was darauf folgte, die "Revisionismusfrage" bisher noch nicht angegangen wurde. Gleichwohl sind sich in einem stillen Einvernehmen alle Fraktionen über diesen Punkt weitgehend einig, ohne jedoch je eine entsprechende Analyse und Diskussion in Gang gebracht zu haben. Das sollte Verdacht erregen, gibt doch sogar die KPD/ML-Rote Garde in einem Vorwort zu dem unlängst erschienenen Raubdruck von "Imperialismus heute" (DDR, Dietz-Verlag) offen zu, daß eine Kritik des "modernen Revisionismus" noch zu leisten sei (selbstverständlich ist das nur unter der Führung der KPD/ML möglich).

In den Veröffentlichungen der ML-Gruppen ist dann auch nie eine systematische und zusammenhängende Darlegung ihrer "Revisionismuskritik" zu finden. Die immer wieder massiv auftretenden Vorwürfe gegen die gesellschaftlichen Verhältnisse in der UdSSR sind ein eklektisches Konglomerat aus bürgerlicher Konvergenztheorie, Fetzen der Bürokratisierungstheorie Trotzkis aus Stalins Zeiten und vulgärmarxi-



stisch getarnten anarchistischen Argumentationen bis hin zu eindeutig antikommunistischen Vorurteilen. Begriffe wie "Kapitalismus", "Neue Großbourgeoisie", "So-zialimperialismus" etc. werden aus dem theoretischen Kontext, in dem sie allein sinnvoll sind, nämlich der Kritik der politischen Okonomie, herausgenommen und willkürlich als pejorative Etikettierungen für unbegriffene Sachverhalte benutzt. Es werden einfach x-beliebige antisowjetische Argumente aneinandergereiht, ohne deren logischen Status, ihre Stellung im theoretischen Rahmen einer materialistischen Theorie anzugehen.

Aus diesem methodologischen Sumpf kann dann folglich auch nur Dreck geschleudert werden. Ein zusammenhängendes Bild der UdSSR, das sich auf Fakten und nicht auf feuilletonistisches Geplauder von Neckermann-Reisenden stützte, gibt es nicht; Primärliteratur aus der UdSSR ist kaum bekannt; zitiert wird aus dritter und vierter Hand, wobei Hauptquellen Propaganda-Blättchen chinesischer Provenienz, Volkswirt" und allenfalls noch ein wenig Baran/Sweezy und Che Guevara sind. Vermutungen, unbewiesene Behauptungen, mitunter offene Lügen sind Grundlage eines von keiner Sachkenntnis getrübten Bildes der UdSSR. Von wissenschaftlichem Sozialismus keine Spur.

Bei der Beurteilung der sowjetischen Globalstrategie werden zur Begründung der Vorwürfe hin und wieder Fakten angeführt, die den "Verrat" der UdSSR an der Weltrevolution beweisen sollen. (Standardbeispiele sind u.a.: Waffenlieferungen an den Iran, friedliche Lösung des Nahostkonflikts, Atomwaffensperrvertrag, deutsch-sowjetischer Vertrag u. a. m.).

Abgesehen davon, daß andere Fakten unterschlagen werden (Unterstützung für Vietnam, Kuba, Frelimo, Al Fathah etc.) und eindeutige Stellungnahmen der Betroffenen, etwa Ho-Chi-Minh, Cabral, Castro, nicht zur Kenntnis genommen werden, zeigt sich an der darauf aufbauenden Argumentation das bestimmende Strukturmerkmal linkssektiererischen Denkens, auf das Lenin bereits in seiner Schrift über den Linksradikalismus, bezüglich der Einschätzung der Arbeit in bürgerlichen Parlamenten, hinwies. Lukacs formuliert es folgendermaßen: "Für das Sektierertum ist gerade die - man könnte sagen prinzipielle - Ausschaltung aller Vermittlungskategorien bezeichnend. Die Verwirklichung der allgemeinen, der letzten Prinzipien ist für das Sektierertum nicht das Ergebnis einer gesellschaftlich-geschichtlichen Entwicklung, in welcher ununterbrochen Formwandlungen, Funktionswechsel vor sich gehen, in welchen ständig neue Vermittlungen entstehen und die alten ihre Gültigkeit verlieren, mehr oder weniger wesentliche Modifikationen erleiden usw. Das Sektierertum verknüpft überall und immer die letzten - und darum notwendig abstrakten - Prinzipien der Bewegung unmittelbar mit den einzelnen Aktionen, will

diese aus jenen unmittelbar "ableiten". Indem zwischen Prinzip, Strategie und Taktik alle dialektischen Vermittlungen ausgeschaltet werden, entstehen hohle und abstrakte Deduktionen, höchstens, wenn doch an die Wirklichkeit erinnert wird, bloße Analogieschlüsse." (Georg Lukacs, Marxismus und Stalinismus, Reinbek bei Hamburg,

S. 196-197.)

Die Kritik an den kommunistischen Parteien beruht ebenfalls, wenn nicht auf Ignoranz, weitgehend auf diesem methodischen Grundfehler: zwischen Theorie und Praxis wird ein simpler mechanischer Zusammenhang konstruiert, der den komplizierten, in sich widersprüchlichen Vermittlungsprozeß vernachlässigt.

Im Licht dieser Tatsachen fällt der gesamte bombastische "Antirevisionismus" sich zusammen. Was vielleicht noch bleibt sind Meinungsverschiedenheiten in Einzelfragen ohne grundsätzliche Bedeutung. Um es zünftig auszudrücken: Nebenwidersprü-

che 13. Grades.

So scheint denn auch der "Antirevisionismus" nicht mehr als eine äußerst sublime Erscheinungsweise des traditionellen Antikommunismus westdeutscher Intellektueller

### Revolutionäre Phrase als **Theorieersatz**

An die Stelle der Theorie tritt dann ersatzweise die revolutionäre Phrase. An die Stelle revolutionärer Inhalte tritt ein Jargon, dessen verdinglichte Begriffsklötze zu einem Popanz aufgetürmt werden, der sich in beliebiger Zahl immer wieder für die gleichen monotonen Artikel reproduzieren läßt. Die gesamte ML-Literatur hat den gro-Ben Vorteil, daß man nur jeweils die Überschriften zu lesen braucht; der Rest wird die Überschrift nur mit verschiedenen Formeln gebetsmühlenartig variieren. Wenn man seinem Gegner aber immer nur Bannflüche entgegenschleudert, ihn nur mit negativen Attributen belegt, ohne dies zu begründen, dokumentiert man eindringlich die eigene Unfähigkeit zu einer stringenten Beweisführung. Marx kennzeichnet die undifferenzierte, "grobianische" Sprache tref-fend, wenn er schreibt: "Platt, großprahlend, bramarbasierend, thrasonisch, prätentiös-derb im Angriff, gegen fremde Derbheit hysterisch empfindsam, das Schwert mit ungeheurer Kraftvergeudung schwingend und weit ausholend, um es flach niederfallen zu lossen; pathetisch und gemein in komischster Verstrickung, nur um die Sache bekümmert, stets an der Sache vorbeistreifend, ... plebejische Form für spießbürgerlichen Inhalt; ringend mit der Schriftsprache, um ihr einen sozusagen rein körperlichen Charakter zu geben; ... ebenso in dogmatische bornierte Begriffe festge-

bannt, als allem Begreifen gegenüber appellierend an eine kleinliche Praxis; tobend gegen die Reaktion, reagierend gegen den Fortschritt; in der Unfähigkeit, den Gegner lächerlich zu schildern, ihn lächerlich scheltend durch eine ganze Stufenleiter von Tö-nen hindurch" (Karl Marx, die moralisierende Kritik und die kritisierende Moral, MEW Bd. 4, S. 331/332.)

Sprache und Denken stehen in einem wechselseitigen Konstitutionszusammenhang, Sprachkritik ist also Ideologiekritik, die Sprache des Sektierertums reflektiert dessen Bewußtsein.

### **Traditionalismus**

Wenn das Selbstbewußtsein der studentischen Protestbewegung sich gleichsweise historisch voraussetzungslos begriff, kaum Geschichtsbewußtsein besaß, so entsteht doch langsam die Einsicht, daß die Studentenrevolte keineswegs etwas so grundsätzlich Neues war, wie die "Neue Linke" damals glaubte. Nachdem man einmal angefangen hatte, die Geschichte von Emanzipationsbewegungen im Allgemeinen und die der Arbeiterbewegung im Besonderen aufzuarbeiten, stellte man fest, daß man offensichtlich in einer historischen Kontinuität steht, daß wesentliche Momente von Theorie und Praxis der Antiautoritären schon immer Bestandteil der Politik bestimmter Fraktionen der Linken waren. Führen diese Einsichten dazu, daß man die historischen Erfahrungen kritisch verarbeitet, so kann sich ein gewisses Traditionsbewußtsein nur positiv auswirken. Es ginge auch noch an, daß Bezeichnungen für Organisationen, Zeitungen etc. aus der Arbeiterbewegung der zwanziger Jahre übernommen werden (die KPD/ML-KJVD tut dies sehr ausgeprägt). Es ist allerdings ein trau-riger Fall von borniertem Dogmatismus, wenn die KPD/ML-KJVD Stalins Sozialfaschismustheorie bis in Details des Sprachduktus hinein aufgreift, um dann die SPD des Jahres 1970 zum Hauptfeind zu deklarieren und großspurig eine "Entlarvungs-kampagne gegen die Sozialfaschisten" anzukurbeln. Um Stalins Thesen, bereits Ende der zwanziger Jahre sowohl theoretisch falsch als auch praktisch von katastrophalen Folgen, heute unvermittelt zur zentralen Frage der Praxis zu machen, bedarf es eines tumben Gemüts, dem Grundkategorien der marxistisch-eleninistischen Theorie fremd sein müssen.

Ein ähnlich unkritisches Verhältnis zu bestimmten, wenig ruhmreichen Erscheinungen in der Geschichte der Arbeiterbewegung als auch ein Indiz für eine fundamentale methodologische Schwäche zeigt sich in der scholastischen "Zitatologie". Nicht die konkrete Analyse der konkreten Situation mit den Prinzipien des Marxismus-Leninismus, sondern interpretatorische Klimmzüge an den Texten der Klassiker werden zur Ausgangsbasis von Theorie und Praxis, Theorie wird zu Exegese, MEW zur Re-

zeptsammlung für pseudorevolutionäre Garköche. Man nehme: drei Leninzitate, dann die doppelte Portion Maotsetungideen, würze dies mit ein paar Stalinworten; zur Verfeinerung kann man auch ein Marxzitat dazugeben, kräftig umrühren, fertig ist ein theoretisches Organ à la Revolutionärer Weg". So besteht die "Revisionismuskritik" des Nr. 1 des "Revolutionären Weges" zum Beispiel aus 95 % Zitaten. Man begibt sich damit nicht auf einen revolutionären Weg, sondern allenfalls auf die schiefe Bahn der Metaphysik.

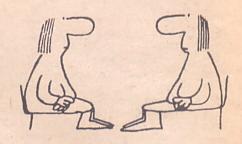
### Wirkung

Versucht man die Wirkung dieser Gruppen einzuschätzen, so läßt sich bisher feststellen, daß vor allem Oberschüler und Studenten als Sympathisanten bzw. Mitglieder ansprechbar sind. Vereinzelt gelingt es, eine Lehrlingsgruppe aus APO-Resten aufzuhauen.

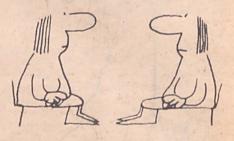
Erwachsene Arbeiter konnten die Parolen vom Volkskrieg und die in der aktuellen Situation falsche Forderung nach der Diktatur des Proletariats nicht hinterm Ofen hervorlocken, wenn man einmal von ein paar verkrachten Funktionärsexistenzen der KPD wie Ernst Aust und Willi Dickhut absieht. Wenn die jüngsten Streiks auf das Konto von organisierten Arbeitern gehen sollten, dann auf das von DKP und linken SPD-Betriebsräten. Dort wo ML-Gruppen nachträglich die Führung usurpieren wollten, konnten diese Betriebsräte die Superlinken manchmal nur im letzten Augenblick vor Prügel retten. Das mag als Indiz dafür gelten, mit welch seltenem Geschick es den Linkssektierern gelingt, die von ihnen so oft strapazierte Massenlinie zu verfehlen. Stellenweise gefährlich für kommunistische Politik können sie allerdings dann werden, wenn ihr vulgärer "Antirevisionismus", ihre irrationale antisowjetische Haltung Haupthindernis für revolutionäre Politik, den seit Goebbels sogar in der Arbeiterschaft verwurzelten Antikommunismus, nicht abbaut, sondern verstärkt. Es kommt einer Kamikaze-Taktik gleich, wenn man z.B. an-läßlich des Moskauer Vertrags davon spricht, daß "die neue Bourgeoisie in Moskau und Pankow wie wahnwitzig die Interessen des Proletariats verraten". nützt es, wenn antikommunistische Ressentiments mit dem Hinweis, mit "Ulbricht und Konsorten" habe man nichts zu tun, ausgenützt und nicht abgebaut werden?

### Innerorganisatorische Praxis

In unmittelbarem Zusammenhang mit der Unfähigkeit, kommunistische Praxis nach außen zu entfalten, stehen die Gepflogenheiten des "Parteilebens". Hervorstehendes

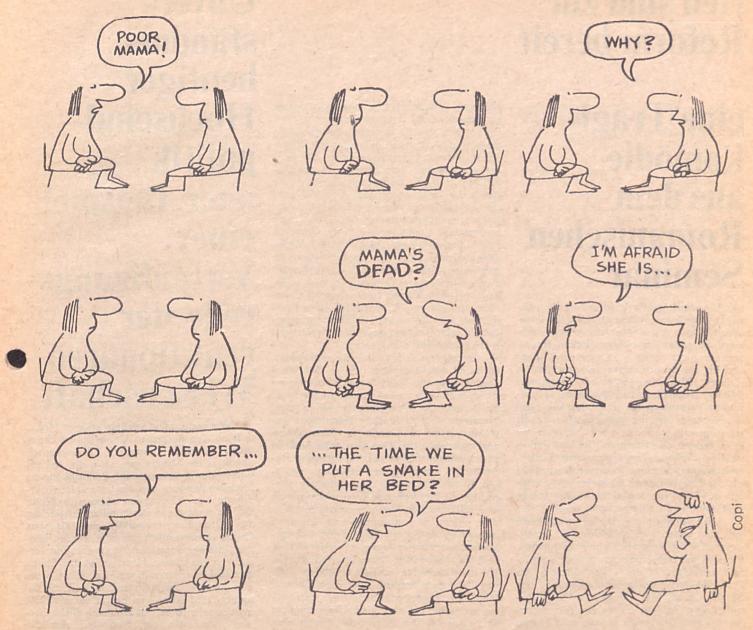






Merkmal ist die allgemein verbreitete Freude an der Jagd auf "innere Feinde So gibt es nirgendwo so viele "Trotzkisten, Erzrenegaten und versteckte Kollabora-teure" wie gerade in den Reihen der ML-Gruppen. Die Verschwörer- und Agententheorien und in deren Gefolge Ausschlüsse und Spaltungen gehören zum täglichen Brot, ja oft werden sie zur Hauptbeschäftigung. Die schönste Blüte trieb unlängst der Verfolgungswahn in der KPD/ML-KJVD, als sie den Häuptling einer Fraktion wegen "Wirtschaftsspionage an der Volksrepublik China" aus der Partei hinaussäuberte, nachdem sie ihm selbstverständlich "wuchtige Schläge" versetzt hatte.

Die Ursachen für solche Praktiken liegen auf der Hand: Die permanente Frustration durch Mißerfolge und angespanntes Betriebsklima" veranlassen dazu, die Schuld an Fehlschlägen auf Sündenböcke zu projizieren, die nicht hundertprozentig angepaßt sind; politisch rationalisiert als Kampf gegen Opportunismus und Abweichungen enthebt dieses Verfahren die Gruppe der Aufgabe, die Ursachen möglicherweise im eigenen ideologischen Kon-



zept zu suchen. Hinzu kommt, daß durch Anpassungsdruck an das Normensystem und die Phraseologie gerade Karrieristen sehr schnell an höhere Pöstchen kommen, die diese dann zur Austragung persönlicher Rivalitäten ausnutzen, was z.B. ganz offensichtlich bei der Spaltung der KPD/ML in Hamburger und Bochumer Linie der Fall war. Als hervorragendes Beispiel für solchen Mißbrauch von Führungspositionen sei hier der Beschluß eines Frankfurter Führungsgremiums" genannt, der vorsah, die Mädchen in der betreffenden Organisation allein den Aktivisten zum "Nießbrauch" zu überlassen, da auf Grund der besonderen politischen Aufgaben von Aktivisten diese keine Zeit für Brautschau außerhalb der Organisation hätten. "Trotzkistische Spalterelemente" behaupten jedoch, daß ein Häuptling durch diese Maßnahme seine sexuellen Probleme zu lösen gedachte.

Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß ein erheblicher Teil der innerorganisatorischen Aktivitäten eindeutig den Charakter von Ersatzhandlungen trägt, nichts weiter als ameisenhafte Geschäftshuberei in politisch völlig bedeutungslosen Kommittes, auf Konferenzen in den Funktionen eines phantomgleichen Apparates, dessen Funktionieren zum Selbstzweck gemacht wird, da er zu sonst nichts nütze ist. Politische Diskussionen finden kaum noch statt, gegen Kommunikation mit anderen Gruppen dichtet die Sektiererpsyche sich ab.

Die Inszenierung der Revolutionsgro-teske "Kampf zweier Linien" mit ständig wechselnden Darstellern, gewichtig tuenden Mauscheleien hinter den Kulissen; genauso aufgeführt wie Klein-Fritzchen sie sich vorstellt; lösen vielleicht individualpsychologische Schwierigkeiten einzelner Funktionäre, paralysieren aber um so mehr politische Energien von ernsthaften Genossen, die gutgläubig Veränderungen erwarten. Wenn aber demokratischer Zentralismus und Organisationsdisziplin nicht inhaltlich bezogen werden auf die tatsächliche politische Situation, sondern zu einem abstrakten Regelsystem erstarren, das nicht mehr vermittelt ist mit den realisierbaren politischen Inhalten (was soll z. B. eine Kandidatenzeit, wenn mangels echter Bewährungsmöglichkeiten formale Linientreue einziges Kriterium für Kaderqualitäten ist?), dann bestehen nur sehr schwache Chancen, daß politische Energien sich entfalten können. Dagegen gedeihen in dem letztlich entpolitisierten Klima von ritualisierter Selbstkritik, pseudorevolutionärer Askese und Disziplin, die sich politischen Inhalten gegenüber verselbständigt haben, umso besser Irrationalismus (so etwa, wenn vor den Sitzungen Kampflieder gesungen werden müsen, um revolutionäre Begeisterung und Arbeitseifer zu entfachen), Personenkult (bezeichnenderweise vor allem um Mao und Stalin), Proletkult, Theoriefeindlichkeit und dergleichen Kinderkrankheiten mehr.

Studiert die Marxengelsleninideen und wendet sie kühn, allseitig und schöpferisch an!

Die Diagnose ist eindeutig: Linksradikalismus als höchstes Stadium des Antikommunismus. Die Therapie? Der Patient lese für den Anfang täglich nach jeder Mahlzeit eine Stunde lang in den Werken von Marx, Engels und Lenin, was die Papiertigernatur des Linksradikalismus bald als solche entlarven wird. Für Unheilbare ist der politische Exitus unabwendbar.

Peter Wahl

## Die Ordinarien sind zur Reform bereit

# eine Tragikomödie aus dem Romanischen Seminar

Die unerträgliche Lage in fast allen Bereichen des Seminarbetriebs hatte die Fachschaftsarbeit vor einem Jahr wieder aktiviert. So saßen im obligatorischen Hauptseminar nicht selten – zusammengedrängt und bis zur Sprachlosigkeit eingeschüchtert über 100 Studenten einem Ordinarius (Müller) gegenüber, der aus seiner prinzipiellen Verachtung der Studenten kein Hehl machte, die für ihn überhaupt nur als schweigendes und amorphes Publikum für seine Monologe existierten. Die von ihm in häufigen Kommentaren glossierte Studentenbewegung erschien in dieser Perspektive als die Tätigkeit einer Rockerbande, die allein auf Terrorisierung akademischer Lehrer "(Reifenaufschlitzen") gerichtet war.

Lang angestauter Unmut artikulierte sich zum ersten Mal anläßlich der unmotivierten Entlassung zweier seiner Assistenten, die sich bei den Studenten großer Beliebtheit erfreuten. In der ersten Sitzung von Prof. Müllers Monumentalvorlesung des SS 69, deren Titel ironischerweise "Frühaufklärung" lautete, wurde ein Versuch unternommen, Diskussion sowohl zum Thema der Vorlesung als auch generell zu Fragen der Seminarpolitik zu ermöglichen. Zunächst wurde der Ordinarius in äußerst höflicher aber bestimmter Form um eine Stellungnahme zur plötzlichen Entlassung seiner beiden Assistenten gebeten. Er lehnte diese Art des "Störens" kategorisch ab und setzte, nachdem die Bitte in der gleichen Vorlesung ein zweites Mal vorgetragen worden war, seine Vorlesung für das gesamte Semester ab. Ein Teil der Studenten versuchte, die Vorlesung durch selbstorganisierte Arbeitsgruppen fortzusetzen, deren Arbeit im Laufe des Semesters jedoch im Sande ver-

Zu Beginn des SS 70 erreichte man ein geringes Zugeständnis von seiten der Lehrenden: es wurde Fachschaftsvertretern als nichtstimmberechtigten Zuhörern die Anwesenheit bei der Vorbesprechung des Semesterprogramms zugestanden. Bei dieser Gelegenheit legte die inzwischen neugewählte Fachschaft ein Paper mit "Essentials" zur Diskussion vor, in dem jedoch - trotz des Titels – statt genereller Beteiligung der Studenten an allen wichtigen Entscheidungsprozessen nur konkrete Teilreformen in verschiedenen Bereichen verlangt wurden. Die Mehrzahl der Lehrenden war nicht diskussionsbereit. Mit Unterstützung von Prof. Pollak, des dritten Ordinarius, kam es jedoch zu einer zweiten gemeinsamen öffentlichen Sitzung. Hier zeigte sich - bei breiter studentischer Beteiligung - in der Diskussion, daß die politischen Fronten quer durch die Gruppen gingen: Der Mehrzahl der Lehrenden einerseits standen die Studenten, einige Assistenten und Prof. Pollak andererseits gegenüber. Prof. Bambeck lehnte jegliche Form "plebiszitärer" Mitbestimmung der Studenten ab, ließ jedoch im folgenden wissen, daß für ihn "plebiszitär" und "demokratisch" gleichbedeutend seien. Ergebnis der Sitzung war immerhin der Plan, analog zu § 25 des HUG eine Kommission für "Lehr- und Studienangelegenheiten" einzurichten, paritätisch besetzt mit 6 Lehrenden und 6 Studenten.

Es begann damit, daß die reaktionäre Mehrheit der Lehrenden sich bei der Wahl ihrer 6 Vertreter selbst ausmanövrierte, indem sie zu viele ihrer Kandidaten zur Wahl stellte, wodurch 3 Vertreter der kleinen progressiven Minderheit der Lehrenden gewählt wurden. Bei einem in dieser Weise zusammengesetzten Gremium wäre wohl in verschiedenen Fällen die Akzeptierung studentischer Vorschläge zu befürchten gewesen. Als die Lehrenden dies erkannten, versuchten sie die drohende Entscheidungskraft und Effizienz der Kommission zu unterbinden, indem sie - absurderweise - ihren 6 gewählten Vertretern keine Entscheidungskompetenz erteilten und zwar in der Weise, daß Beschlüsse der Kommission durch die VV der Lehrenden ratifiziert werden mußten. D. h. also, daß die Lehrenden Ziel und Inhalt der gesamten Kommission bestimmten und somit die paritätische Besetzung zur Farce wurde. Die Arbeit der Kommission sah dann so aus: Die Kommission erarbeitete Vorschläge, die Vollversammlung (VV) der Lehrenden unterband sie durch Nichtratifizierung. Bezeichnend war die Doppelzüngigkeit einiger Lehrender, die in den Kommissionssitzungen für die Annahme studentischer Vorschläge, auf der VV der Lehrenden jedoch gegen die Annahme der gleichen Vorschläge stimmten. Daraus zogen einige Kommissionsmitglieder (Stud. u. Ass.) die Konsequenz: sie traten zurück.

Prof. Pollak, der studentische Forderungen unterstützte, geht nach Wien. Prof. Bambeck hat sich für ein Semester beurlauben lassen. Gerüchte, auch er habe einen Ruf erhalten, sind im Umlauf. Prof. Müller wird wohl "appeasement"-Politik betreiben, sich in Detailfragen konzessionsbereit zeigen, um sich in Ruhe in seinen Elfenbeinturm zurückziehen zu können. Für die Studenten wird viel davon abhängen, wie der oder die freiwerdenden Lehrstühle besetzt werden. Entscheidend ist also die Frage, wie der Berufungsmodus praktiziert wird; konkret gesagt, wer wählt die Beru-fungskommission und wie ist die studentische Beteiligung.

Aktive Romanisten

# Herrn Noltes Unverständnis heutiger Hochschulpolitik oder Beispiel einer Verteidigungsrede der reaktionären Wissenschaft

Wie viele schon vor ihm erkennt Nolte, daß an den deutschen Universitäten chaotische Zustände herrschen. Exemplarisch deutet er die Mängel an; etwa die Abhängigkeit der Assistenten, die Ratlosigkeit von Studienanfängern und die fetten Nebenverdienste von Ordinarien. Aber für Nolte sind es nicht diese strukturellen Schwächen der Ordinarienuniversität, die für das Chaos verantwortlich gemacht werden können. In einer doppelten Argumentation versucht er von diesem Hauptgrund des Chaos abzulenken. Einerseits sei viel getan worden für die Universitäten, so daß die Situation 1965 schon viel besser sei als 1950, andererseits ist es das staatsfeindliche bor-nierte Verhalten der Studenten, das die Universitäten zu dem gemacht hat, was sie heute sind: Schauplatz partei- und staatspolitischer Auseinandersetzungen.

### Der studentische Popanz

Diese doppelte Offensive zur Verschleierung der strukturellen Schwäche der Ordinarienuniversität ist zudem oberflächlich und naiv. Daß die vielfältigen Probleme der Wissenschaftsorganisation einer modernen Industriegesellschaft nicht mit einem 150 Jahre alten Organisationsmodell gelöst werden können, das sollte wohl auch Herrn Nolte einleuchten. Die strukturelle Schwäche eines Modells kann nicht durch die Addition von Finanzen, Kapazität und Personal behoben werden, sie wird dadurch eher noch potenziert, wie man gesehen hat. Diesen analytischen Mangel Herrn Noltes kann man sogar noch freundlich beurtei-len; vielleicht weiß der Herr Nolte es nicht besser. Fatal wird die ganze Sache erst, wenn Herr Nolte die Verantwortung der Universitätsmisere einzig und allein der Studentenschaft anlasten will. In einer sehr plumpen Art und Weise verwechselt Nolte Wesen mit Erscheinung, wenn er sich in mokanter Form und mit Kategorien wie Haß und Liebe die Protestaktionen der Studentenbewegung erfassen will. Herr Nolte scheint vergessen zu haben, daß mit diesen radikalen Protestaktionen der Reflexionsprozeß der Universität über ihre Funktion in der Gesellschaft in der inner- wie außeruniversitären Öffentlichkeit überhaupt erst in größerem Umfang in Gang gesetzt wurde.

Der prekäre Ansatz führt auch prompt zum falschen Ergebnis: "Sie (die linken Studenten, d. Verf.) können und sie wolfen die Frage nicht stellen, was das für ein Staat ist, dessen verwähnte, aber freilich auch verlassene Kinder sie sind." Die Frage der Organisation von Staat und Gesellschaft ist überhaupt die zentrale Frage der Studentenbewegung. Ohne das permanente Involvement dieser Frage wäre es gar nicht zu der Intensität an Kritik gekommen, die sich in den Jahren herausgebildet hat. Daß die Linke zu anderen Ergebnissen gekommen ist als Apologet Nolte ist nicht weiter verwunderlich.

### Geschichte -Eintopf

Die Nolte'sche Schilderung der Historie der BRD soll hier nur mit einigen Anmerkungen bedacht werden und nur insoweit interessieren, wie sie für seine Thesen zur Hochschule von Bedeutung ist. Nolte hat Schwierigkeiten seinen zentralen Begriff, "Konsens", im Laufe seiner Diskussion konsistent zu halten – das liegt wohl auch daran, daß er nie definiert was das nun eigentlich ist. In den ersten Nachkriegsjahren war der Konsens allgemein, erfährt man, später - in der Frage der Wiederbewaffnung – bildet sich die "intellektuelle Opposition", die potentiell aus dem Konsens heraustritt, während sie ein paar Zei-len später den nun "fundamental" gewor-denen Konsens erhält. Die Vorstellung, daß in den Nachkriegsjahren vor der Etablierung der BRD ein weitgehender politischer Konsens geherrscht habe ist einigermaßen euphemistisch, wenn man nicht das diffuse Gefühl des "nie wieder" damit meint. Genauso drollig ist die Vorstellung Noltes, daß Adenauer, Gewerkschaften, Kirchen und SPD im Grunde an einem Strang gezogen hätten, jeder an seinem Platz und alle für Deutschland. Allein innerhalb der CDU gab es schon nicht Konsens über die ge-sellschaftliche Verfassung. Es sei hier an das Ahlener Programm mit seinen sozialistischen Projektionen und an die ordo-liberalen Illusionen Ludwig Erhard erinnert. Die Differenzen der westlichen Siegermächte in dieser Frage lassen sich exemplarisch an der Kontroverse um den Bi-Zonen Wirtschaftsrat aufzeigen. Auf Betreiben der Amerikaner und gegen den hef-

tigen Widerstand der Engländer mußte der Sozialist Bruno Gleitze seinen Posten als Direktor eben jenes Wirtschaftsrats ver-lassen und der Gallionsfigur des Kapitals, Ludwig Erhard, Platz machen. Die Reihe der Beispiele ließe sich beliebig fortsetzen; eines dürfte aber klar geworden sein: die Spannweite der Vorstellungen über die Verfassung der Gesellschaft war wesentlich grö-Ber als heute und Konsens ist für diesen Prozeß alles andere als eine zutreffende Beschreibung. Das Grundgesetz, das Ende der 40er Jahre von allen politischen Parteien einschließlich der Kommunisten erarbeitet wurde, stellt selbst einen Kompromiß dar. Einerseits wird das Privateigentum geschützt, andererseits Verstaatlichung nicht ausgeschlossen. Konsens bestand nur hinsichtlich der Staatsform, der parlamentarischen Demokratie, wobei die Sozialdemokratie ihr prinzipielles Unverständnis für gesellschaftliche Entwicklungen unter Beweis stellte und die KPD aus kurzfristigen taktischem Kalkül heraus handelte. In der Frage der Staatsform liegt auch der Schlüssel zum Nolte'schen Konsensbegriff. Während ernstzunehmende Politologen die wechselseitige Bedingtheit von Staatsform und Gesellschaftsverfassung betonen, nimmt Nolte hier eine Trennung vor. So kann er von Konsens berichten, meint dabei aber nur den über die Staatsform und kann gesellschaftliche Konflikte einfach unter den Tisch fallen lassen.

Ein makabrer gag gelingt Nolte, wenn er bei der Frage des westlichen Militärbündnisses vom "pazifistischen Frankreich" spricht. Dieses Frankreich war derart "pazifistisch", daß es während des in Frage kommenden Zeitraums zwei blutige Kolonialkriege, in Indochina und Algerien, führte und verlor. Ähnlich wirr wird es, wenn Nolte Pazifisten, militärgeile Nationalisten und den heterogenen Klub der Antifaschsiten in einen Topf wirft und pauschal als "intellektuelle Opposition" bezeichnet, wobei schon Unklarheit auftritt, wie er bei der zweiten Kategorie den Begriff "intellektuell" materiell ausfüllen kann.

Bei der "intellektuellen Opposition" muß Nolte an ein Chamäleon gedacht haben. Er glaubt hier eine Doppelstrategie feststellen zu können. Während sie in der Offentlichkeit resignierend sich an das politische Establishment anzugleichen schien, .. hatte die ,intellektuelle Opposition' im abgeschirmten Raum der Schulen und Hochschulen (insgeheim, d. Verf.) sich fast vollständig durchgesetzt". Wer da klammheimlich sozialistische Wühlarbeit betrieben hat bleibt ebenso unklar, wie der Erfolg, der da angeblich errungen worden ist. Wer die starken Battaillone der reaktionären Professoren- und Assistentenschaft kennt, muß sich sehr wundern, wen da Nolte noch zu Sozialisten machen will. In der Studentenschaft sieht das Bild nicht viel besser aus. Die Untersuchungen, die Habermas und später v. Friedeburg über das politische Bewußtsein der Studenten durchgeführt haben erhellen dieses Dilemma: politisch aktiv sind höch-

stens 10 % und demokratisch im weiteren Sinn bestenfalls 30 %. Die Studentenschaftswahlen bestätigen diese Zahlen Jahr für Jahr. Nolte baut hier künstlich einen Popanz auf, um nachher umso lauter "Gefahr" schreien zu können. Das schlimmste war die Produktion der jungen Dogmati-ker, der Drahtzieher, die flugs die Universitäten ins Chaos stürzten. In einem Anflug von Solidarität dem eigenen Stand gegenüber konzidiert Nolte seinen "sozialisti-schen" Kollegen, daß sie dies in letzter Konsequenz vielleicht nicht gewollt haben. Er reproduziert hier das Märchen vom Zauberlehrling, mit dem seine Gesinnungsgenossen von Helmut Schmidt bis Strauß, Springer & Co. schon immer ihr Unverständnis dokumentiert haben, gegenüber dem zweifelsohne prekären Verhältnis linker Studenten zu ihren linken oder links-liberalen Mento-

# Universität im ,Chaos'

Die Entstehungsgründe, die Nolte für die Studentenbewegung anführt, sind nur zur Hälfte zutreffend. Die Trennung in innere und äußere Faktoren ist künstlich und wird auch der Genese der Konflikte nicht gerecht. Es waren eben nicht bloß die von außen in die Hochschule getragenen Faktoren wie Große Koalition, NPD und Notstandsgesetze, die das Bewußtsein der linken Studenten bildeten, sondern vor allem auch die inneren Zustände der Hochschule. Weder die Wiederbewaffnung noch die atomare Rüstung der Streitkräfte noch der Algerien-Krieg haben in den 50er Jahren zur Politisierung der Studentenschaft geführt, obwohl sie ein ähnliches Konfliktpotential enthielten wie die genannten hochschulexternen Konflikte der 60er Jahre.

Der Erfolg der Protestbewegung an der Hochschule läßt sich aus dem Zusammenspiel verschiedener Faktoren erklären. Externe Bedingungen wie der Vietnam-Krieg, die Bildung der Großen Koalition und die Verabschiedung der Notstandsgesetze lie-Ben viele Studenten an der Glaubwürdigkeit und Funktionstüchtigkeit der parlamentarischen Demokratie zweifeln. Die starre Hierarchie der Ordinarienuniversität, wie auch deren Unfähigkeit, eine stark angestiegene Zahl von Studenten zu integrieren, schufen in der Studentenschaft ein Konfliktpotential, das sein Bewußtsein zunächst an Antagonismen des Arbeitsplatzes und Unerträglichkeiten der Arbeitsbedingungen und des Arbeitsklimas entwickelte. Den linken Studentengruppen gelang es, die aktuelle Unzufriedenheit mit dem Arbeitsplatz mit dem latenten Unbehagen an der Gesellschaft für viele Studenten in sinnfälliger Weise zu verbinden. Zentral für die Mobilisierung vieler Studenten waren jedoch neben den externen und internen Bedingungen die plausiblen, Gegenmodelle und -lösungen aufzeichnenden Forderungen nach

der Demokratisierung von Hochschule und Gesellschaft.

Nolte ist schlicht im Unrecht, wenn er behauptet, daß die hochschulpolitischen Forderungen der Studenten nach der Umstrukturierung der Ordinarienuniversität erst nach der Verabschiedung der Notstandsgesetze auftauchten und verstärkt vertreten wurden. Die Demokratisierungsforderungen sind bereits in der Anfang der 60er Jahre erarbeiteten SDS-Denkschrift "Hochschule in der Demokratie" enthalten und haben von Anfang an in der Studentenbewegung eine zentrale Rolle gespielt.

### Kommunistische Wühlmäuse

Die selektive Auswahl der Gründe für das Entstehen der Studentenbewegung wird erst aus folgendem deutlich. Nolte heizt die Kommunistenfurcht an. Schon 1967/68 will er etwas festgestellt haben, was an den berühmten Grundfesten des Staates rührt: "Damals schon war unter der Studentenschaft eine "Partei der DDR" im Entstehen...". Außerdem waren in der "westli-chen Studentenschaft merkwürdige Töne über die Vorzüge der sozialistischen Ordnung der DDR" zu hören. Herr Nolte scheint nicht genau genug zugehört zu haben. Es ist zutreffend, daß in der Protestbewegung Gesellschaftsanalysen der marxistische Ausgangspunkt der Kritik waren. Es stimmt auch, daß vergleichende Betrachtungen der Gesellschaftssysteme angestellt wurden. Aber auch die Kritik am Stalinismus, an der Bürokratisierung sozialistischer Herrschaftsformen war immer ein zentraler Gegenstand studentischer Kritik. Mit dieser hergeholten, bewußt zurechtgebogenen Analyse der Studentenbewegung will Nolte zweierlei erreichen: Einerseits diskreditiert er mit seinem Antikommunismus jegliche sozialistische Tendenz in der linken Studentenbewegung, andererseits hat er vollends von der eigentlichen Ursache der Pro-testbewegung abgelenkt. Die strukturellen Schwächen der Ordinarienuniversität sowie ihre prekäre Integration in die Wissenschaftsorganisation spätkapitalistischer In-dustriegesellschaft sind wegdiskutiert, begraben unter dem Berg reaktionärer Phra-

Die groteske Überschätzung der Ziele und der Potenz der linken Studentenbewegung treibt ihrem Höhepunkt zu: "Aber dieser Staat verrät sich selbst, wenn er einer staatsfeindlichen Partei als solcher wesentlichen Einfluß auf seine Hochschulen einräumt oder sie ihr wohl gar ausliefert." Der reaktionäre Kern Nolte'scher Gedanken enthüllt sich, wenn er im gleichen Atemzug behauptet, die studentischen Forderungen nach Demokratisierung der Hochschule seien nur vorgeschobene Phraselogie, um der DDR einen Brückenkopf in der BRD zu sichern. Die fatale Identität mit dem Faschismus-Syndrom wird hier deutlich. Für die Nationalsozialisten waren die Juden

die kleine, gleichwoht allmächtige Gruppe, die der Weltverschwörung, dem Zionismus, in die Hand arbeiten. Die Nolte'schen Begriffe sind in diesem Sinne austauschbar.

Herr Nolte ist die Kassandra, die vor dem trojanischen Pferd warnt - ein Mann von historischer Größe also. "... eine staatsfeindliche Partei ist in die Zentren der Hochschulen eingezogen, und wenn ihr nicht Halt geboten wird, wird sie mindestens Teile der Universitäten zu Zitadellen der DDR auf dem Boden der Bundesrepublik machen." "Schon haben an einzelnen deutschen Universitäten diejenigen Gruppen, welche in gemeinsamen Flugblättern die Propaganda des Kalten Krieges unter umgekehrten Vorzeichen wiederaufnehmen, die Herrschaft in den Studentenparlamenten und damit entscheidenden Einfluß in den Fakultäten und Senaten errungen." Es ist unklar wer hier die Vorzeichen umdreht und kalt kriegt.

Die marxistisch-leninistischen Studenten können es nicht sein, sie bezeichnen die DDR als imperialistische Macht. Die Reste der anti-autoritären Bewegung und die Betriebsprojektgruppen sehen die DDR als zu dogmatisch an. Für die Trotzkisten ist die DDR eine Blüte des Stalinismus. Im SHB wird an verschiedenen sozialistischen Modellen gebastelt, zudem noch an neueren organisationssoziologischen Modellen. Bleibt also nur der Spartakus, als potentieller Unterwanderer. Nolte schießt mit Kanonen nach Spatzen, wenn er den Spartakisten eine derartige Bedeutung zumißt. Auch würden sich die Asta-Funktionäre freuen, wenn sie "entscheidenden Einfluß in den Fakultäten und Senaten errungen" hätten.

Der Nolte'sche Seiltanz auf Schutzbehauptungen nähert sich gegen Ende des Werks seinem reaktionären Grund: "Mit anderen Worten: nur die internationale Wissenschaft, vertreten durch ausgewiesene Gelehrte einer einzelnen Universität und auswärtige Spezialisten, darf das Wahlgremium für die einzelnen Wissenschaftler sein,"

### Noltes reaktionärer Kern

Die Interessen Noltes werden in diesem Abschnitt deutlich. Die aufgefundenen Widersprüche klären sich, die Funktion der bewußten Verfälschungen und Diffamierungen wird sichtbar. Nolte will, daß sein Stand, jenes Elite-Corps deutscher Machart, die Professorenschaft, unbehindert die Wirren der Reformzeit übersteht und seine Privilegien erhalten bleiben. Die Strategie der Nolte'schen Argumentation ist eine doppelte. Die Verteufelung des Gegners, der kritischen linken Studentenschaft, nimmt dabei den Hauptplatz ein. Gegen Ende des Artikels gibt Nolte aber auch positives Bild

dessen, was da in Gefahr ist: der Wissenschaftler alter Art oder westlicher Prägung. Die internationale Kontrolle der Wissenschaftler untereinander, wie auch deren "relative Autonomie" oder gewisse "Enthobenheit" von der Gesellschaft und deren Bedürfnissen sind eine Fiktion, die das unbefragte, unkontrollierte Handeln der Wissenschaftler ideologisch absichern soll. Trotz der feststellbaren Übereinstimmung bestimmter Problemkreise ist die Internationalität der Wissenschaften insofern ein Trugbild, als die Fragestellungen der Wissenschaftler nur in dem Kontext der je verschiedenen historisch, politisch und sozialen Erfahrungen und Problemen der einzelnen Gesellschaften zu verstehen und zu lösen sind. Die "relative Autonomie" oder die "Enthobenheit" der Wissenschaftler ist eine Farce angesichts der biographischen Erfahrungen der Wissenschaftler, der Bereitstellung bestimmter Ressourcen der Gesellschaft für bestimmte Probleme – wie auch der Verweigerung materieller Ressourcen für andere Probleme – und dem politisch, sozialen Verhalten des einzelnen Wissenschaftlers, das meist unbefragt und unkontrolliert in die Forschung miteingeht. Eine Farce, die ihren ideologischen Charakter seit langem enthüllt hat; erinnert sei hier an die endlose Debatte über die "Wertfreiheit" der Wissenschaften. Noltes naive Darstellung dieses Tatbestandes kann man ihm genauso wenig abnehmen wie seine drollige Mystifizierung des Wissenschaftlers als eines Märtyrers, der an Einsamkeit und Qual leidet.

Als Mitglied des reaktionären "Bundes Freiheit der Wissenschaft" schreibt Nolte als Lobbyist und keineswegs "wertfrei", was er sonst als wesentliches Merkmal des Wissenschaftlers ausgibt. Er will Offentlichkeit und Politik für sich und seine reaktionären Freunde gewinnen, indem er schamlos an die vorhandene Kommunistenfurcht und andere Ängste in diesen Kreisen appelliert, um sie so gegen die Forderungen der linken Studenten immun zu machen. Dabei scheut er sich nicht, nachweisbar falsche Behauptungen aufzustellen und die Aktivität seiner Gegner zum Schreckengespenst aufzubauschen, um nachher um so eindringlicher auf die (angebliche) Gefahr zu. verweisen.

Bernd Grass

# Vietnamkrieg und Theorie der Studenten bewegung

Der vorliegende Text wurde einer soziologischen Arbeit M. Buddebergs über Die konstitutive Funktion der "Vietnam-Bewegung" für das Selbstverständnis der politischen Studentenbewegung in Westdeutschland" entnommen. Diese Arbeit, im Sommer 1969 geschrieben, versucht, eine Phase der Studentenbewegung, vornehmlich des SDS, weniger "abgeschlossen" war, zu analysieren. Ein Teil der Arbeit versucht wesentliche Theoreme der Erfahrung mit "Vietnam" und der "3. Welt" abzuleiten. Die Verzerrungen dieser Erfahrungen sind mitbedingt durch das Fehlen einer nichtintegrierten Arbeiterbewegung. Die Erfolglosigkeit der Strategien, die auf diesen Erfahrungen beruhen, hat inzwischen Lernprozesse verursacht. Unter unveränderten Machtverhältnissen sind Lernprozesse oppositioneller Bewegungen gefährdet. Ihrer Festigung soll eine Erinnerung des Erfahrungswegs und dessen Kritik dienen.

Am Beispiel der Studentenbewegung in Berlin läßt sich zeigen, daß die Aktionen gegen den Krieg in Vietnam in den Jahren 1965 bis 1968 am meisten zur Konsolidierung der Bewegung beigetragen haben. Gegenüber allen anderen Auseinandersetzungen, der "free-speech"-Bewegung im "Kuby-Krippendorf - Semester" 1965 und der Aktionen gegen die Zwangsexmatrikulation im Sommersemester 1966, zeichnen sie sich durch eine größere Kontinuität, auch der Mobilisierungsbereitschaft, aus. Während sowohl die "free-speech"-Bewegung als auch die Proteste gegen die Zwangsexmatrikulation schon nach kurzer Zeit versandeten und später nicht wieder aufgegriffen werden konnten, weil entweder der An-laß zum Konflikt fehlte oder, wie im Fall der Hochschulreformkommissionen, eine Kompromißformel gefunden worden war, mit dem der Konflikt zwar nicht beigelegt, aber "reguliert" und damit dem politischen

Interesse der Studenten entzogen war. Das war bei den Demonstrationen und Aufklärungsveranstaltungen gegen den Krieg in Vietnam vom Gegenstand des Protests her nicht möglich. Wohl gab es eine Eskalation und Deeskalation der Konflikte mit der universitären und städtischen Administration; und diese Konflikte überlagerten als abgewandelte "free-speech-issues", als Kontro-versen um das politische Mandat und um die Förderungswürdigkeit des SDS, die Kampagne gegen den Krieg der USA in Vietnam. Dieser blieb jedoch die Grundlage; die Aktionen gegen Humphrey bis hin zu den Demonstrationen gegen den Besuch des Schah von Persien basierten auf der moralischen Entrüstung einer wachsenden Zahl von Studenten (an den Demon-strationen nahmen in der Stadt durch-schnittlich zwei- bis dreitausend Menschen teil) über die Unterdrückung der Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt. Der



Protest gegen den Vietnamkrieg war nicht nur immer wieder aktualisierbar, da der Krieg ja fortdauerte und weiter eskalierte, sondern er radikalisierte sich von Mol zu Mal vom moralisierenden Pazifismus zu einer Art abstraktem "sozialistischen Internationalismus".

Eine ähnliche Bedeutung der Vietnamkampagne läßt sich für die meisten der anderen SDS-Gruppen nachweisen. Viele der kleineren SDS-Gruppen, die zum Teil erst 1966/67 neu entstanden oder aus einem reinen Schattendasein neu ins Leben gerufen wurden, konstituierten sich um Informationsund Protestveranstaltungen zum Vietnam-krieg. Damit erst bekam die Politik des SDS an den verschiedenen Hochschulen ein einheitliches Gepräge. Die Vietnambewegung war damit die erste zentrale Kampagne des SDS, an der zum einen ein großer Teil der SDS-Mitglieder für längere Zeit aktiv beteiligt war, die zum anderen von den verschiedenen Fraktionen im SDS getragen wurde, soweit sie damals bereits bestanden oder sich herauszubilden begannen; sie wurde schließlich von den anderen "linken" Studentenverbänden, SHB, LSD, HSU und zumeist auch ESG unterstützt und konnte bei einer großen Anzahl von Studenten Interesse, wenn nicht Sympathie, mobilisie-

Das galt für andere zentrale Kampagnen des SDS nicht in gleichem Maße. Die Anti-Notstandskampagne konnte sich zwar auf eine breite Resonanz außerhalb der Universität, bei Gewerkschaftlern, Sozialdemokraten und Radikalliberalen stützen. Sie beschränkte sich jedoch bis auf ihre letzte Phase auf sporadische Massenkundgebungen und Resolutionen. Jedoch, wie der Bundesvorstand des SDS im September 1967 formulierte.

"eine wirklich zentrale, den SDS bewegende und festigende Funktion hat unser Notstands-Engagement für den SDS selbst nicht gehabt." "Inzwischen müssen" wir schlicht feststellen, daß der SDS notstandsmüde geworden ist."

Erst kurz vor der Verabschiedung der Notstandsgesetze belebten und radikalisierten sich die Aktionen noch einmal. Diese erneute Radikalisierung war jedoch zum Teil auch Reaktion auf die plötzliche Mobilisierung von Studenten und anderen Jugendlichen nach dem Mordanschlag auf Rudi Dutschke.

Ohne diesen erneuten Anlaß zur "eruptiven Politisierung" wäre auch die Anti-Springer-Kampagne, die eigentlich die Bewegung, die sich in den Aktionen gegen den Vietnamkrieg und die Notstandsgesetze ansatzweise gebildet hatte, fortsetzen sollte, vermutlich eine rein akademische Angelegenheit geblieben, beschränkt auf das "Springer-Tribunal" und einige wissenschaftliche Dokumentationen. Die ungeheure Militanz, mit der die außerparlamentarische Opposition auf den Anschlag gegen Dutschke reagierte und nun doch in einer zentralen Kampagne gegen die Drucke-reien und Auslieferungslager der Springer-Zeitungen vorging, läßt sich nur aus der vorherigen Radikalisierung der Protestbewegung erklären. Für diese Radikalisierungen war eben die theoretische Auseinandersetzung und die Identifikation mit den revolutionären Kämpfen in der Dritten Welt entscheidend. Die Kampagne gegen die Notstandsgesetze, gegen die Manipulation der öffentlichen Meinung durch eine oligopolisierte Presse wie auch der Kampf für eine Reform der wissenschaftlichen Ausbildung wären auch auf der Basis eines bloß radikaldemokratischen Bewußtseins möglich gewesen. Daß der SDS diese Auseinandersetzungen gerade nicht "systemimmanent", sondern "revolutionär" zu führen sich bemühte, war wesentlich Resultat der Vietnamkampagne, durch die "revolutionäre" Perspektiven zur Lösung fundamentaler gesellschaftlicher Konflikte erst wieder – wenn auch zunächst nicht "hier und jetzt" – an Aktualität gewonnen hatten.

### Die Entwicklung des Protestes

Auf der 19. Del.-Konferenz des SDS, 1964, will man eine Unterschriftensammlung an die Regierung der USA und an die UNO einleiten

"mit der Forderung nach sofortiger Einberufung der Indochinakonferenz, um eine politische Lösung des Südvietnamkonfliktes zu erreichen".

Gemessen an späteren Positionen des SDS befremdlich, für die damals noch weitgehend pazifistische, radikaldemokratische Politik des SDS jedoch typisch, heißt es:

"Die augenblickliche amerikanische Regierung... scheint... zu verkennen, daß die direkte Intervention mit konventionellen Streitkräften nicht nur ihrem Ansehen in den Entwicklungsländern zusehends schadet, sondern auch, daß durch eine Flucht nach oorn die Ausweitung des Krieges nach Norden, die Gefahr einer internationalen Eskalation des Konfliktes, einen dritten Weltkrieg heraufbeschwören könnte."

Immerhin geht eine Resolution 1965 schon von der Erkenntnis aus, daß

"unser Aufruf keinen Einfluß auf die militärische Politik der Vereinigten Staaten haben wird. Wir halten es aber für gewissenlos zu schweigen: wer schweigt, stimmt zu"— heißt es weiter in einem Ton, der, bewußt oder unbewußt, an das traditionelle Selbstverständnis von Intellektuellen, "Gewissen der Nation" zu sein, appelliert.

Im Zusammenhang mit der Aufklärungskampagne über den Krieg in Vietnam kam es im Wintersemester 65/66 in West-Berlin zu ersten Konflikten mit der universitären und städtischen Administration. Der Rektor der FU verweigerte "aus baupolizeilichen Gründen" und, um "eine Störung des ordentlichen Lehrbetriebes" zu vermeiden, die Räume der Universität für eine Vietnamausstellung des SDS und für Informationsveranstaltungen.

### Vom Protest zum Kampf

Erste Ansätze zur Überwindung des als rein moralisch kritislerten Protestes sollte in West-Berlin eine illegale Plakataktion, im Februar 1966, bringen. Auf diesen Plakaten hieß es:

"Ost und West arrangieren sich immer wieder auf Kosten der wirtschaftlich unterentwickelten Länder. Jetzt bleibt den Unterdrückten nur noch der Griff zur Waffe. Für sie heißt die Zukunft Revolution."

Der Text der Plakate war pathetisch und ästhetisierend, seine Funktion unklar. Sie konnte nur im "illegalen", provokatorischen Charakter der Aktion liegen. Ihr folgte am Tag darauf, im Anschluß an eine von allen linken Studentengruppen getragene offizielle Vietnam-Demonstration, ein Nachspiel vor dem Berliner Amerikahaus: einige Demonstranten warfen Eier gegen die Fassade und setzten die amerikanische Flagge auf Halbmast. – Schließlich zielte eine Flugblatt-Serie, "Informationen über Vietnam und die Länder der Dritten Welt", die im Mai 1966 begann, in die gleiche Richtung. Programmatisch wird in der ersten Nummer der Impuls für die neuen provokativen Aktionen formuliert:

"Abzug der amerikanischen Truppen", "Freie Wahlen in Südvietnam", das sind Forderungen an den Vietkong, einen gerechten Frieden endlich zu erzwingen, Forderungen, die nicht hilflos bleiben, in der Solidarität mit den Unterlegenen, die eine lahme deutsche Protestbewegung bis heute bejammerte, sondern die schlagkräftiger werden mit jedem abgeschossenen amerikanischen Flugzeug, mit jedem verbrannten Einberufungsbefehl. Was bis heute versäumt wurde, in den Verurteilten, die sich erfolgreich zur Wehr setzen, uns selbst wiederzuerkennen…, das ist endlich zu leisten."

So vage und abstrakt diese Formulierungen waren, mit ihnen war die Frage gestellt: wie kann es gelingen, Protestformen zu finden, die nicht ohnmächtig bleiben, die von der Gesellschaft nicht mehr zu integrieren sind und die eine aktive Unterstützung der kämpfenden Befreiungsbewegungen in Vietnam und in der Dritten Welt darstellen? Seit dem Januar 1966 versuchten die Protestaktionen des SDS dieses Problem zu lösen. Tatsächlich fanden die provokativen Demonstrationsformen in der Presse eine weit größere Resonanz als die traditionellen. Mit der Entrüstung über die Eier an der Fassade des Amerikahauses gelangten auch die Parolen und Argumente der Demonstrierenden in die Schlagzeilen und Berichte auf der ersten Seite der Tageszeitungen. Zugleich machten die Demonstranten beim Vorgehen der Polizei, das zunehmend härter und brutaler wurde, die "sinnlich-manifeste Erfahrung der Repression in den Metropolen".

### Bündnisfrage

Wollte der SDS nicht zur bloßen radikalen Interessenvertretung von Studenten werden und damit seinen Anspruch als sozialistischer Verband aufgeben, dann mußte

# bücher

für Universität und Fachschulen bei

### herbert bärsch nachfolger kg

Frankfurt/Main-Höchst Hostatostraße – Ecke Albanusstraße 29 Telefon 31 36 42 er nach neuen Verbündeten außerhalb des Hochschulbereichs suchen. Das historische Subjekt für die Veränderung der Gesell-schaft in eine sozialistische Gesellschaft mußte neu bestimmt werden. Die Erfahrungen mit der SPD, aber auch mit den Gewerkschaften, zeigten, daß bei der Arbeiterklasse, zumindest bei ihren Organisationen, revolutionäres Bewußtsein nicht zu finden war. In den Arbeiten der "Zeitschrift für Sozialforschung" deren Mitarbeiter ja angesichts der Kapitulation der Arbeiterbewegung vor dem Faschismus vor dem gleichen, nur noch schärfer zugespitzten Problem gestanden hatten, fand sich diese Erfahrung bestätigt und sozialpsychologisch begründet. Die Analysen von Theoretikern wie Marcuse besagten dabei keineswegs, daß es im Kapitalismus keine Widersprüche mehr gäbe. Im Gegenteil: nach wie vor war der Kapitalismus nicht in der Lage, seine mit der Entwicklung der Produktivkräfte objektiv gegebenen Möglichkeiten auch tatsächlich zu realisieren. Dennoch war in den USA, wie in den meisten anderen hochentwickelten kapitalistischen Ländern, festzustellen, daß

"diejenigen Klassen, die früher die absolute Negation des kapitalistischen Systems darstellten, weitgehend in das System integriert worden" (Marcuse) waren. Das hieß aber, daß diese Klassen nicht nur im Augenblick nicht revolutionär waren, sondern daß von ihnen auch in Zukunft keine Bereitschaft zur Revolution zu erwarten

war; denn;

Warum soll der Umsturz des Bestehenden eine Lebensnotwendigkeit für diejenigen sein, die innerhalb des Bestehenden ein eigenes Haus, Fernsehgerät, ausreichende Kleidung und Nahrung haben kön-

Die Antwort auf die Frage nach dem neuen revolutionären Subjekt blieb fragmentarisch und unbefriedigend wie in dem hie, zitierten Referat Marcuses. Weder C. W. Mills' Plädoyer für die revolutionäre Bedeutung der Intelligenz, noch Serge Mallet's Untersuchungen über "die neue Ar-beiterklasse" konnten das Dilemma lösen, denn beide Gruppen waren nur ein revolutionäres Potential, aktuell aber ebensowenig revolutionär wie die Arbeiterklasse.

### Randgruppenmethode

Nach Marx konnte nur die Klasse als revolutionäres Subjekt fungieren, die in sich die Negation der bestehenden Gesellschaft verkörpert. Unter den Bedingungen der gesamtgesellschaftlichen Formierung konnte das nur eine Klasse sein, die diesem Prozeß prinzipiell sich entzog, die sich außerhalb des Systems des Spätkapitalismus befand Diese Voraussetzungen galten, von Randgruppen in den industrialisierten Ländern abgesehen, nur für die Nationen der Dritten Welt. Denn - so formulierte es Mar-

"Hier sind objektiv... die klassischen Bedingungen für den Übergang zum Sozialis-

mus gegeben, nämlich:

1. Das Elend der unmittelbaren Produzenten als Klasse, als agrarisches, nicht-industrielles Proletariat,

das vitale Bedürfnis nach radikaler Umwälzung unerträglicher Lebensbedingun-

3. Die Unfähigkeit der herrschenden Klasse, die Produktionsverhältnisse zu entwickeln,

4. die militante Organisation der nationalen Befreiungsfront, die eine Einheit von nationaler und sozialer Revolution dar-

Entscheidend war aber, daß es sich bei den nationalen Befreiungsbewegungen der Dritten Welt nicht nur um potentiell revolutionäre Kräfte handelt, sondern um wirkliche revolutionäre Kämpfe.

Jedoch die militärisch prekäre Lage der nationalen Befreiungskämpfer stellte das alte Problem in veränderter Form wieder neu: welche Kräfte gibt es in den entwickelten Ländern, die in aktiver Solidarität die nationalen Befreiungsbewegungen zu unterstützen bereit sind,

"deren Minimalziel es wäre, die physische Vernichtung der sich emanzipierenden Länder zu verhindern, und die die politische und ökonomische Repression der kapitalistischen Länder gegenüber der Dritten Well

aufzuheben geeignet wäre (n)"

Erneut war also nach Gegenkräften innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft zu suchen. Die Erfahrung der Vietnamopposition in den Vereinigten Staaten und in der Bundesrepublik ebenso wie die Theorien über den Spätkapitalismus aber besagten, daß das Proletariat als Gegenkraft ausschied. In Frage kamen nur Gruppen, die ebenso wie die Dritte Welt nicht ins System des Spätkapitalismus integriert sind und nicht von ihm profitieren. Die Farbigen in den Vereinigten Staaten waren noch am plausibelsten als solch eine Gruppe zu fassen; bei ihnen war "Unterprivilegierung" bereits bewußt artikuliert und zum Gegenstand der Revolten in den nordamerikanischen Ghettos geworden. Aber gerade hierfür gab es in der Bundesrepublik keine direkte Entsprechung. Eine Zeit lang war da-mit für die neue Linke jede gesellschaftlich unterprivilegierte Gruppe "revolutionsverdächtig" geworden: "Heute kann bei uns jeder x-beliebige Sek-

tierer irgendeine gesellschaftliche Gruppe als revolutionäres Subjekt präsentieren, ohne daß man ihm die Falschheit seiner Konzeption durch den Hinweis auf ein 'aktuelles' revolutionäres Subjekt nachweisen

Die Entscheidung darüber, welche Gruppen potentiell oder aktuell zu den Gegenkräften zu rechnen seien, fiel pragmatisch und wurde meist erst ex post - mitunter recht aufwendig - theoretisiert. Das wichtigste Kriterium war zunächst die Mobilisierungsbereitschaft; und wenn diese gegeben war, versuchte man zu konstruieren, daß die Mobilisierung einer unterprivilegierten Gruppe, wie die der Schüler, "diese Gesellschaft vielleicht an ihrem

empfindlichsten Punkt treffen"

könnte. Modell für diese zu mobilisierenden Randgruppen blieben die nationalen Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt, als Negation des Bestehenden, und nach diesem Leitbild wurden die Gegenkräfte in den Metropolen theoretisch modelliert:

"Radikaldemokratische Aktionen einer relevanten Mehrheit der Pubertierenden dieser Gesellschaft würden aber die Gesellschaft tendenziell vor die Alternative stellen, entweder ihren Nachwuchs totzuschlagen oder ihr repressives Verhältnis zu ihm zu ändern. Eine Alternative also, die gleichzeitig wäre mit der, die für die reichen Länder im Verhältnis zu den armen entsteht".

In einer Diskussion zwischen H. M. Enzensberger und Vertretern des Berliner SDS wies Bernd Rabehl darauf hin, daß die Neue Linke im Grunde den Bakuninschen Proletariatsbegriff wieder aufnehme:

"deklassierte Intelligenz, Intelligenz, die außerhalb der Apparate steht, die gewisse Einsichten hat und sich weigert, im Apparat mitzuarbeiten; ferner das Lumpenprole-tariat... im Sinne jener Randschichten, die durch die Strukturkrise gefährdet werden oder deren Stellung im Produktionsprozeß gefährdet ist. ... Bakunin rechnete noch mit einer revolutionären Bauernschaft. Die revolutionäre Bauernschaft lebt aber heute in der Dritten Welt. Das Proletariat im Bakuninschen Sinn hat sich über die ganze Welt verteilt".

Interessant ist hier nicht nur, daß mit diesem theoretischen Rückgriff per analogiam die Einheit der antiimperialistischen Bewegungen in der Dritten Welt und in den Metropolen herzustellen versucht wurde, sondern mehr noch, wie das ge-

### Unerschütterliche Verhältnisse

Die Frage nach dem historischen Subekt wurde in der Theorie der Neuen Linken keineswegs systematisch deduktiv beantwor-

### **Das Kapital**

Otto Rühle Kritik der politischen Ökonomie 155 Seiten broschiert 6,- DM

### Geschichte und Dialektik

Leo Kofler Zur Methodenlehre der marxistischen Dialektik 250 Seiten broschiert ca. 9, - DM

### Marxismus-Archiv

Band 1 Dokumente zur theoretischen Begründung revolutionärer Politik. Aufsätze aus der Marxismus-Diskussion der zwanziger Jahre 400 Seiten broschiert ca. 12,- DM

### Marxismus-Verlag

R. Böhme - Oberaula -6 Frankfurt am Main 70 Postfach 701253

tet. Alle diesbezüglichen Theoreme waren vielmehr zu einem Großteil pragmatisch, fragmentarisch und ad hoc formulierte Verallgemeinerungen aktueller historischer Erfahrungen. Wurde die spätkapitalistische Gesellschaft als "integriert" und "eindimensional" beschrieben, so war das weniger Resultat detaillierter Analysen dieser Gesellschaft; sondern mit dieser Aussage wurde nur die Erfahrung einer Opposition formuliert, die faktisch auf kleine Randgruppen der Gesellschaft, vornehmlich jugendliche Intellektuelle, beschränkt war. Diese Erfahrung selbst wurde vom SDS kaum auf ihre historischen Bedingungen hin untersucht, sie wurde lediglich, anknüpfend an die Arbeiten Herbert Marcuses, artikuliert. Da der SDS sich jedoch - im Unterschied zu den meisten Gruppen der amerikanischen Studentenbewegung – in der Tradition des wissenschaftlichen Sozialismus verstand, lief er oft Gefahr, die Artikulation von Unbehagen in abstrakten Begriffen bereits für eine Analyse zu halten. Die subjektive perspektivische Verzerrung ihrer Theoreme wurde den Theoretikern der Neuen Linken oft nicht bewußt. Die Erfahrungen oppositioneller Studenten wurden dann leicht zu einem dualistischen Weltbild stilisiert, in dem es nicht mehr Widersprüche zwischen den sozialen Klassen und in nerhalb der sozialen Klassen gab, sondern in dem den zum "falschen Ganzen" geronnenen gesellschaftlichen Verhältnissen nur noch eine Minderheit von - seltsamerweise - nicht integrierten Randgruppen gegenüberstand. Die praktisch politischen Konse-quenzen einer solchen Konstruktion, werden von Habermas recht genau bezeichnet:

"Die Theorie schreibt den Verhältnissen soviel unerschütterliche Objektivität zu, daß sie mit der Praxis nicht zu vermitteln ist, es

sei denn subjektivistisch"

Während der liberale Kritiker die Verbindung zwischen Einzelfall und gesell-schaftlicher Totalität offenließ oder abstritt, bestand und besteht beim SDS die Neigung, diese Verbindung kurzzuschließen. Weil der SDS als diskriminierte und isolierte oppositionelle Gruppe mit dem Herrschaftsapparat (Polizei und Justiz) und dem Manipulationsapparat (Springerpresse und andere Massenmedien) in der Bundesrepublik kollidierte, tendiert er dazu, Herrschaft und Manipulation als primäre Interessen in der Gesellschaft und nicht als spezifische Instrumente der Aufrechterhaltung des Kapitalakkumulationsprozesses anzunehmen.

Dem entspricht der inflationäre Gebrauch von Begriffen wie "faschistisch", "faschistoid" zur Charakte-"autoritär", risierung der Verhältnisse in der Bundes-Es kann nicht bestritten werden, daß die Herrschenden gegen die studentische Opposition Mittel in Bewegung setzen, die von der Diffamierung über die Minoritätenhetze bis hin zur gezielten Einschüchterung durch massierte Polizeieinsätze reichen. Aber die Klassenauseinandersetzungen haben - von beiden Seiten gewissermaßen - noch längst nicht solche Schärfe angenommen, daß von Faschismus die Rede sein könnte, bei dem es nicht mehr um die Einschüchterung, sondern um die systematische Zerschlagung und physische Liquidierung der Opposition und - wie im Fall des deutschen Faschismus - von gesellschaftlichen Außenseitern geht.

Der Topos vom übermächtigen autoritären Staat wurde also nicht aus einer Analyse des Staates und seiner Funk-

tionen gewonnen, sondern in falscher Analogie zur Theorie des faschistischen Staates, der sich allerdings, etwa in den letzten Phasen des Krieges, gegenüber konkreten ökonomischen Interessen verselbstän-

digt hatte, aus der subjektiven Erfahrung von Ohnmacht und Isolierung heraus kon-

Imperialismustheorie

Die falsche Globalisierung zweier subjektiv wichtiger Erfahrungen, der Erfahrung der eigenen politischen Ohnmacht und der Erfahrung der revolutionären Kämpfe in der Dritten Welt, wird gestützt durch eine Reihe von problematischen theoretischen Hilfskonstruktionen, von denen die Manipulationstheorie und die Imperialismustheorie die mächtigsten sind. Vom strategischen Wert der Manipulationstheorie war bereits die Rede. Ebenso wie sie ist auch die Imperialismustheorie im SDS selbst kritisiert worden. So schreibt beispielsweise Kurt Steinhaus:

"Insgesamt steht... eindeutig fest, daß ungeachtet der in absoluten Zahlen steigenden neokolonialen Extraprofite - die Ausbeutung der ökonomisch schwach entwickelten Gebiete an relativer Bedeutung für die sozioökonomische Stabilisierung der USA verliert. Das gleiche gilt für das gesamte internationale kapitalistische System"

In der praktischen Agitation schlug sich das jedoch kaum nieder, sondern, sooft man vom US-Imperialismus sprach, war damit die - wie immer modifizierte - Geltung der Imperialismustheorie impliziert. Dieser Widerspruch entspricht jedoch dem unsystematischen Charakter der Theorienbildung des SDS. Im Grunde erfüllte die Formel vom US-Imperialismus keine andere Funktion, als stets zu signalisieren, daß der politische Gegner mehr als nur das bundesdeutsche Establishment, nämlich der inter-

nationale Kapitalismus war.

Als vereinheitlichendes Element hat die Imperialismustheorie auch für Diskussionen, wie etwa über die Notstandsgesetze, einen neuen Problemhorizont eröffnet: den Zusammenhang zwischen autoritären Tendenzen in der kapitalistischen Gesellschaft und zugrundeliegende ökonomischen Interessen. In dem Maße, in dem der SDS jedoch nicht in der Lage war, die damit vorgegebenen Agitationsmuster wirklich inhaltlich zu füllen, bestand und besteht für ihn die Gefahr der Orthodoxie und des Sektierer-

Eine zweite Konsequenz aus der theoretischen Konstruktion ist, daß eine auf radikale Minderheiten beschränkte oppositionelle Praxis nicht nur als zeitweilig faktisch unvermeidbar angesehen, sondern als langfristige Strategie projektiert wird.

Es kann hier selbstverständlich nicht darum gehen, den SDS und die Studentenbewegung höhnisch als "kleine radikale Minderheit" abzutun. Nur: die Konstruktion seiner Theorie verleitete den SDS nur leicht dazu, die Not der eigenen Isolation, als formales Indiz für Radikalität zur revolutionären Tugend zu erheben.

### Arbeiter als ,Geherda'

Die Tatsache, daß der SDS inzwische auch außerhalb der Hochschule, bei Schülern und jungen Arbeitern, Sympathisanten gefunden hat, hat bisher den spezifisch "studentischen" Charakter der außerparlamentarischen Oppositionsbewegung kaum verändert. Die Erfahrung der verhängnis-vollen Isolation nach dem 2. Juni 1967 hatte den SDS erstmals wieder "eine große Hinwendung zum Proletariat" vollziehen lassen. Aber diese Wendung blieb bisher, wie Krahl 1968 in diesem Zusammenhang bemerke.

"mehr blinder Reflex unserer eigenen Praxis als eine reflektierte Strategie".

Nur das Bündnis mit einer reaktivierten Arbeiterbewegung kann das Scheitern der radikalen Minderheiten in der Dritten Welt und in den Metropolen verhindern. Aber der theoretischen Konstruktion nach reagiert diese Arbeiterbewegung nicht mehr ihren eigenen Interessen entsprechend auf die immanenten Widersprüche des Kapitalismus, sondern reiht sich nur noch ein in den bereits von den Studenten begonnen Kampf "zwischen lebendiger Arbeit unverselbständigten Institutionen".

In dieser Inkonsistenz zwischen Theorie und alltäglicher Praxis zeigt sich eine Neigung, in einer möglicherweise erneut politisierten Arbeiterschaft nur den - unentbehrlichen – "Gehherda" (Brecht) für die kritischen Ideen der aufgeklärten Minderheit von Studenten zu sehen. Zumindest werden bei fortbestehender faktischer Isolierung der Studentenbewegung und bei gegebenem Verhältnis von Theorie und vortheoretischer Erfahrung sich alte oder modifizierte Randgruppentheorien immer wieder

als Rationalisierung anbieten.

# Technische Intelligenz und Gewerkschaften in der BRD

Abdruck aus der Einleitung zu "Die neue Arbeiterklasse". Technische Intelligenz und Gewerkschaften im organisierten Kapitalismus; mit Texten von Serge Mallet, Manuell Bridier, Ernest Mandel, Alaine Touraine u. a.; herausgegeben und eingeleitet von Frank Deppe, Hellmuth Lange und Lothar Peter. Best.-Nr. 1036, Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt.

# Entwicklung und Struktur der technischen Intelligenz

Wo die verschiedenen Gruppierungen der Angehörigen technischer Berufe im allgemeinen Sprachgebrauch unter den Sammelbegriffen "Techniker", "technische Intelligenz", "technische Angestellte" oder "neue Arbeiterklasse" zusammengefaßt werden, wird ein Arbeitszusammenhang bezeichnet, der bei allen Gruppen in entscheidender Weise durch die Technik und ihren beständigen Wandel geprägt ist. Diese Arbeit unterscheidet sich sowohl von der traditionellen Arbeit im Produktionsbereich als auch von den überkommenen Formen der kaufmännischen und verwaltenden Arbeit. Sie verlangt neue Formen der Qualifikation, sie erfordert andere Formen der Kooperation und sie verändert die Hierarchie der Kontroll- und Anweisungsinstanzen.

Die Büroarbeit wird zunehmend von mechanischen und halbautomatischen Anlagen übernommen; die Arbeit im Produktionsbereich nimmt Formen an, die früher geradezu als Charakteristika der Büroarbeit angesehen wurden (vom äußerlichen Merkmal des weißen Kittels bis zum sehr viel wesentlicheren der "Kopfarbeit"). In dem Maße also, wie verwaltende und produzierende Bereiche nicht mehr eindeutig durch das Vorherrschen verschiedener Arbeitsmethoden getrennt sind, sondern sich durch die Anwendung ähnlicher oder gleicher technischer Systeme immer mehr einander angleichen, stellt sich zunächst die Frage nach den Kriterien, die geeignet sind, diese Berufsgruppen statistisch zu erfassen. Sammelbegriffe wie "technische Angestellte", "technische Intelligenz" oder gar "neue Ar-beiterklasse" sind hier weitgehend unbrauchbar, da sie weniger Personen mit weitgehend identischer Berufsausbildung als vielmehr den Arbeitszusammenhang bezeichnen, innerhalb dessen sie die erworbenen Kenntnisse anwenden. In diesem Sinne definiert z. B. Mallet die "neue Arbeiterklasse" als die Fraktion der Arbeiterklasse, die mit dem neuesten technologi-

schen und ökonomischen Stand der industriellen Entwicklung verbunden ist. Da die Wirtschafts- und Berufsstatistik aber lediglich Aufschluß über Berufe, Ausbildung und Stellung im Beruf gibt, bleibt der Versuch, die Größe dieser Fraktion exakt zu bestimmen, von vornherein problematisch. Auch die Abgrenzung zwischen Diplomingenieuren, Ingenieuren und Technikern ist problematisch: Zwar ist sie durch gewandelte Qualifikations- und Kooperationszusam-menhänge der Arbeit vielfach überholt und zum Teil hinfällig geworden. Dennoch sind diese unterschiedlichen Qualifikations- bzw. Berufseinstufungen nach wie vor mit unterschiedlichen Rechten verbunden, die - trotz der weitgehend angeglichenen objektiven Verhältnisse - zu unterschiedlichen subjektiven Interpretationen dieser Verhältnisse und entsprechend unterschiedlichem politischen Verhalten führen.

Diese Differenzierungen sind jedoch immerhin noch der allgemeinen Statistik zu entnehmen. Das gilt aber nicht für Faktoren wie Alter, Berufsschicksal, soziale Herkunft etc., die für die Analyse des politischen Verhaltens der technischen Intelligenz wichtig sind. Daher wird eine quantitative Erfassung dieser Gruppe erschwert. Die folgenden Zahlen können deshalb nur einen Rahmen abstecken, innerhalb dessen über die Struktur und Verteilung der wissenschaftlich-technischen Intelligenz diskutiert werden kann.

Die Zahl der Ingenieure, der Techniker und der Beschäftigten verwandter Berufe sowie der technischen Sonderfachkräfte hat sich zwischen 1950 und 1961 nahezu verdoppelt. 1hr Anteil an der Erwerbsbevölkerung ist von 1,5 % auf 2,6 % gestiegen. 1966 betrug der Anteil der technischen Angestellten an den Beschäftigten 9,4 %. Gegenüber 1958 ist das ein Zuwachs von mehr als 100 %. Die Aufgliederung nach Wirtschaftsabteilungen zeigt, daß der Anteil der technischen Angestellten vor allem in der Investitionsgüterindustrie deutlich über dem Durchschnitt liegt. (12,9 % gegenüber einem Durchschnitt von 9,4 %). Zugleich liegt hier der Anteil der Arbeiter erheblich unter dem Durchschnitt (69,7 % gegenüber einem Durchschnitt von 73,9 %). Das gleiche gilt für den Anteil der kaufmännischen Angestellten an den Angestellten der Wirtschatfsabteilung (50 % gegenüber einem Durchschnitt von 55,7 %). Ein Blick auf die entsprechenden Zahlen der einzelnen Industriezweige zeigt, daß die Konzentra-tion der technischen Angestellten in einigen Zweigen - den technisch fortgeschrittenen - den Durchschnitt noch erheblich stärker übersteigt.

Da darüber hinaus ein erheblicher Anteil der technischen Angestellten in Großbetrieben arbeitet, kann man annehmen, daß es auch in der Bundesrepublik nicht nur Industriezweige, sondern auch Unternehmensstrukturen gibt, in denen die technischen Angestellten mit ihren besonderen Problemen die betrieblichen Auseinandersetzungen wesentlich mitbeeinflussen.

Die Einführung von immer komplizierteren Maschinen und Maschinenaggregaten, die zu der schnellen Ausweitung des Anteils der technischen Berufe an den Beschäftigten insgesamt geführt hat, geht nicht auf die Fortschrittsbesessenheit der Unternehmer, sondern vor allem auf ökonomische Strukturprobleme zurück: Bis zum Ende der fünfziger Jahre wurde das wirtschaftliche Wachstum vor allem durch die Erweiterung der Zahl der Beschäftigten gewährleistet. Mit Beginn der sechziger Jahre war das Reservoir an Arbeitskräften jedoch so klein geworden, daß die Steigerung des Produktionsergebnisses im wesentlichen durch die Effektivierung der Produktionstechniken erreicht werden mußte.

Zuwachs der Beschäftigten in der BRD: 1950–1956: 47,7 %; 1956–1960: 8,7 %.

Während ab 1960 die Zahl der Beschäftigten stagnierte und - durch die Rezession bedingt - 1967 sogar sank, erhöhte sich innerhalb dieses Zeitraumes die Zahl der eingesetzten EDV-Maschinen um ein vielfaches. In den Jahren 1957-1959 stieg die Zahl der jährlich installierten EDV-Maschinen von 62 auf 94. Im Jahre 1962 arbeiteten insgesamt ca. 650 Maschinen. Für das Jahr 1969 gibt der Bericht der Bundesregierung über "Wissenschaft und Forschung in geteilten Deutschland" 6200 kleine und 3863 große (zusammen über 10 000) elektronische Datenverarbeitungsmaschinen an. Dementsprechend hat während dieser Zeit auch das Ausbildungswesen für technische Fachkräfte eine enorme Ausweitung erfahren. 1958 absolvierten 15 691 Studierende ihre Prüfung als Techniker. 1965 waren es schon 25 926. Die Zahl der betreffenden Schulen wuchs während dieser Zeit von 86 auf 246.

Bis 1970 ist - bezogen auf 1966 - eine weitere Ausdehnung der Kapazitäten um 53 % geplant. Der Schwerpunkt liegt bei den Fachrichtungen Maschinenbau, Elektrotechnik, Ingenieurbau, Verfahrenstechnik, Vermessung und physikalische Technik. Freilich kann der Hinweis auf das zusammengeschmolzene Arbeitskräftereservoir die technologischen Veränderungen, die die letzten zehn Jahre der industriellen Entwicklung in der Bundesrepublik kennzeichnen, nicht ausreichend erklären. Technische Neuerungen werden niemals linear in allen Bereichen einer Volkswirtschaft zugleich eingeführt weil das Reservoir an Arbeitskräften insgesamt zusammengeschmolzen ist. Charakteristisch ist. vielmehr eine ungleiche Entwicklung des technischen Fortschritts und eine entsprechend ungleiche Nutzung des Arbeitskräftereservoirs sowohl innerhalb der gesamten Wirtschaft als auch innerhalb einzelner Wirtschaftszweige, einzelner Industrien und schließlich einzelner Unternehmen und Betriebe. Folglich können Innovationen oder Erweiterungen der Beschäftigtenzahlen für die Unternehmensleitungen auch nur in begrenztem Maße alternative Planungsstrategien darstellen. Es muß darüber hinaus berücksichtigt werden, daß Innovationen zwar Folge von gestiegenen Lohnkosten sein können,

daß aber zugleich Innovationen die Voraussetzung für die Erweiterung der Beschäftigtenzahlen darstellen können. Der hohe En wicklungsstand der "pilot-industries" und ihrer Produkte – allen voran der elektronischen, der chemischen und der Maschinenbauindustrie - bot vielfach erst die Voraussetzung dafür, daß in anderen Bereichen in erheblich größeren Dimensionen geplant und produziert werden konnte. Vielfach erst als Folge dieser Entwicklung erhöhte sich der Bedarf an Arbeitskräften in einzelnen Abteilungen (Versand-, Verkaufs- und Reparaturabteilungen) und in den vor- und nachgeordneten Industrien mit ihren Zulieferbetrieben, der mit einem entsprechenden Zuwachs an Lohnkosten verbunden war. Erst hier, gleichsam in einer zweiten Phase, entstand also die Notwendigkeit einer umfassenden Rationalisierung und technischen Entwicklung der Produktions- und Verwaltungstechniken. Das verlangsamte Wachstum der Beschäftigtenzahlen gegen Ende der fünfziger und zu Beginn der sechziger Jahre kann daher nur als ein zusätzlicher Faktor bei der Beschleunigung des technischen Wandels verstanden werden, der ohnehin ein notwendiges Moment kapitalistischer Akkumulation darstellt.

# Organisation der technischen Intelligenz in der BRD

Diese verschiedenen Erscheinungsformen und Ebenen des gesellschaftlich-politischen Bewußtseins von Gruppen der technischen Intelligenz spiegelf sich auch in den verschiedenen Organisationen und Verbänden wider, die deren Interessen repräsentieren und wahrnehmen. Die Skala reicht hier von der Union der leitenden Angestellten (ULA), der Vereinigungen der angestellten Akademiker verschiedener Branchen angehören, über den Verband der deutschen Ingenieure (VDI) bis zur Deutschen Angestelltengewerkschaft (DAG) und den einzelnen Industriegewerkschaften im Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB).

Die ULA repräsentiert den Teil der technischen Intelligenz, die ihrem Bewußtsein nach zu rückschrittlichen, berufsständischen Elitevorstellungen tendieren. In einem Vortrag zur Sprechertagung des Verbandes der angestellten Akademiker der Chemischen Industrie im Jahre 1968 klagte der Vorsitzende, Klaus Vester, über die angebliche "Nivellierung des leitenden Angestellten in Industrie und Gesellschaft". "Ein promovierter Chemiker verdient doppelt so viel wie ein angelernter Arbeiter, d. h. die Kenntnisse eines Naturwissenschaftlers sind in der Industrie nicht mehr wert, als die angelernte, einfache Tätigkeit von zwei Arbeitern. Die sozial als vorbildlich geltenden Zeiss-Werke hatten bis vor dem Kriege feste Einkommensrelationen der verschiedenen Belegschaftsgruppen, wonach beispielsweise Angehörige der Unternehmensleitungen zehnmal so viel verdienten wie das durchschnittliche Arbeitereinkommen betrug. Ahnliche Relationen werden auch heute noch in Italien und Frankreich beobachtet.

Nach dieser Auffassung trifft die Schuld für diese Entwicklung nicht nur die Unternehmer, sondern auch die gesetzgebenden Körperschaften: "Man muß sich fragen, ob es sich ein moderner Staat... leisten kann, diejenigen Familien zu diskriminieren, die ihm trotz ihrer relativ kleinen Zahl mit Abstand den am meisten qualifizierten Nachwuchs heranziehen. Während die Arbeiterschaft in Deutschland. 50 % der Bevölkerung stellt, beträgt der Anteil der Studenten aus dieser sozialen Gruppe nur 5 %."

Solche - eigentlich im Bereich faschistoider Anthropologien zu lokalisierende -Ideologien, die hier im Namen leitender technischer Angestellter vorgetragen werden, beleuchten das elitäre Selbstverständnis des Verbandes und der Gruppe. Die Gesellschaft wird als eine Hierarchie verstanden, in der die Qualifikation und Position über das Einkommen, das Prestige und die Macht entscheiden sollen. Unternehmenspolitisch wird die Gruppe der leitenden Angestellten der Unternehmensleitung beigeordnet. Das zeigt sich vor allem in dem Gesetzesvorschlag der ULA zur Institutionalisierung eines Sprecherausschusses der leitenden Angestellten:

"§ 7, Abs. 1: Es ist die Aufgabe des Sprecherausschusses, das Wohl des Betriebes und die Erhaltung des Arbeitsfriedens

Abs. 2: Der Sprecherausschuß hat die wirtschaftlichen, sozialen und persönlichen Belange der leitenden Angestellten gegenüber dem Arbeitgeber zu vertreten."

In einem Kommentar zum Gesetzesvorschlag heißt es: "Unter Wahrung der Koalitionsfreiheit hat der leitende Angestellte bei Auseinandersetzungen, die nicht den leitenden Angestellten betreffen, grundsätzlich auf der Seite des Unternehmens zu stehen."

Aus diesen verbandsoffiziellen Verlautbarungen ist deutlich zu erkennen, daß die leitenden Angestellten die derzeitigen technologischen und ökonomischen Strukturwandlungen als eine objektive Bedrohung ihres privilegierten Status empfinden. Das Schlagwort von der "Nivellierung" schreibt im Grunde die intensivere Abhängigkeit sowie die immer geringere Chance, in gesellschaftliche Spitzen- und Herrschaftspositionen aufzusteigen. An die Adresse des Staates und der Unternehmer gerichtet, werden von den Verbandssprechern die drohenden Folgen dieser "Nivellierung" beschworen: "Wenn aber bei den leitenden Angestellten das Gefühl um sich greift, sie seien Opfer der Nivellierung und eine besondere Politik ihnen gegenüber bestehe nicht mehr, dann darf man sich nicht wundern, wenn sich in diesem Personenkreis eine Denkweise ausbreitet, die ihrerseits der Nivellierung entgegenkommt, was aus der Sicht des Unternehmens keineswegs wünschenswert ist."

Der VDI ist nicht – wie z. B. die ULA – eine wirtschaftliche und soziale Interessenvertretung, sondern eine "wissenschaftlich-technische Vereinigung", deren "Hauptaufgabe in der Auswertung und Vermittlung von Informationen zwischen Forschung und Entwicklung, zwischen Hochschule und Industrie besteht und die darüber hinaus in der Beratung staatlicher Instanzen über die Förderung der wissenschaftlich-technischen Entwicklung sowie in der Fortbildung der im Beruf stehenden Techniker eine bedeutende Rolle spielt."

Obwohl die überwiegende Mehrzahl der Mitglieder des VDI unteren und mittleren Qualifikationsstufen der technischen Intelligenz zuzurechnen ist – nur 5,4 % der 55 000 Mitglieder sind dem "topmanagement" zuzurechnen –, spiegeln sich innerhalb des Verbandes die objektiven Widersprüche im Bereich der Produktion und des Ausbildungssystems noch nicht wider. Der VDI propagiert dagegen, daß dem Inge-

nieur "in der Wirtschaft eine überragende Führungsrolle" zukommt, er hebt die "beachtliche Anzahl von Ingenieuren in den politischen Instanzen des Staates und der Verwaltung" hervor und macht dabei seine Mitglieder auf die "wachsende Verantwortung für das investierte Kapital" aufmerksam. Das vom VDI vertretene Berufsbild und Gesellschaftsbewußtsein der technischen Intelligenz entspricht daher noch jener Einstellung, die Klages zufolge den Ingenieur der Jahrhundertwende charakterisierte: "Die Ingenieure der Zeit vor der Jahrhundertwende und auch noch nach der Jahrhundertwende besitzen ein hoch entwickeltes soziales Selbstbewußtsein, das sich ganz offensichtlich aus der Dimension beruflicher Qualifikation speist, wobei man sich aber anscheinend weniger auf die aktuell ausgeübte Tätigkeit als vielmehr auf das im Wege der Ausbildung und allgemeinen Berufsvorbereitung erworbene Qualifikationspotential beruft... Das Problem-bewußtsein, das der deutsche Ingenieur aus der Erfahrung seines Struktur- und Situa-tionswandels ableitet, ist vorwiegend professioneller, nicht sozialer und ökonomi-

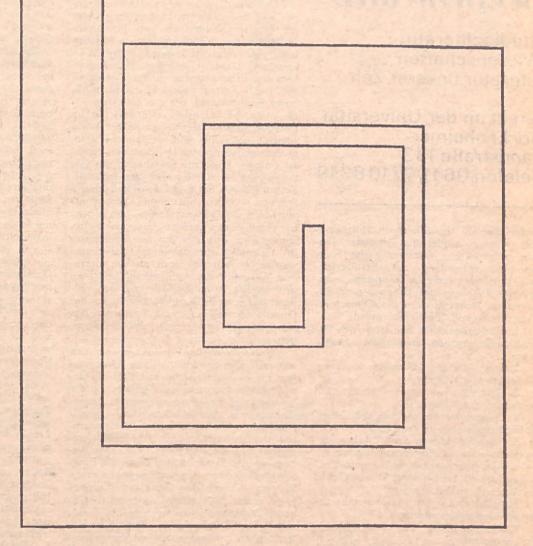
Gegenüber diesen elitären Berufsverbänden, die wesentlich die Ideologie jenes Teils der technischen Intelligenz reproduzieren, die objektiv Kapitalfunktionen oder un-Disziplinierungsfunktionen ternehmerische wahrnehmen, lassen die Diskussionen in den Industriegewerkschaften über die Situation und die beruflichen Perspektiven der technischen Angestellten ein differenziertes und realitätsbezogenes Verständnis erkennen. So erklärte Heinz Dürrbeck vor der 3. Berufsgruppenkonferenz der technischen Angestellten in der IG Metall: "Der Mißbrauch der Technik zur Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft und die Unfähigkeit der Privatindustrie, ein sinnvolles Gleichgewicht von Produktion, Konsumtion und Vollbeschäftigung langfristig zu planen, zeitigen höchst zwiespältige soziale Ergebnisse dieser technischen Revolution:

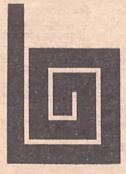
Einerseits: Industrielle Massenproduktion, bessere Lebensbedingungen, höherer Lebensstandard für Millionen von Menschen. Andererseits: Selbstentfremdung in der Arbeit und Existenzunsicherheit im kapitalistischen Produktionssystem, Manipulation von Freizeit und Bewußtsein, Massenvernichtung."

Darum habe eine "qualifizierte Mehrheit (der Techniker) bereits erkannt, daß nicht die Technik an sich, sondern eine bestimmte kapitalistische und totalitäre Nutzbarmachung das verursacht, was man zu Unrecht den Fluch der Technik genannt hat." In einem anderen Zusammenhang hat Dürrbeck – offensichtlich auch in Anlehnung an die Theorie von Serge Mallet – die These vorgetragen, daß die Widersprüche der kapitalistischen Entwicklung politisierend auf das Bewußtsein und Verhalten der technischen Intelligenz wirken: "Gerade die Angestellten, die gewohnt sind, in komplexeren Zusammenhängen zu denken, können durch gewerkschaftliche Bildungsarbeit zur politischen Avantgarde der Arbeitnehmerschaft stoßen."

In den Diskussionen und Forderungen der gewerkschaftlichen Fachausschüsse stehen zunächst noch Probleme im Zentrum, die auf die Abwehr von negativen Auswirkungen des technischen Fortschrittes auf die technische Intelligenz gerichtet sind. So werden in den Berichten der Fachausschüsse der Physik- und Chemielaboranten, der Konstrukteure, der technischen Zeichner und der Arbeitstechniker – also wesentlich des

# Proteste Radikalisierung Gewalt





Well Lehrlinge ausgebeutet werden, unsere Schulen, Hochschulen, Universitäten veraltet sind? Einrichtungen einer Welt von gestern entsprechen nicht immer den Erfordernissen unserer Zeit. Von ihnen hängt aber Ihre Zukunft ab. Welche Möglichkeiten haben Sie, um zu verändern — zu reformieren? Proteste allein sind Halbheiten! Unsere Orientierungshilfen zeigen Ihnen, wo und wie Sie auf politische Entscheidungen in Ihrem Sinne wirkungsvoller Einfluß nehmen können. Schreiben Sie uns, fragen Sie uns zu Problemen unserer Zeit. Bundeszentrale für politische Bildung, 53 Bonn, Berliner

Bundeszentrale für politische Bildung

### BOCKENHEIMER BÜCHERWARTE

Studienliteratur Wissenschaften Literatur unserer Zeit

direkt an der Universität Bockenheimer Landstraße 133 Telefon 06 11/77 10 83 19

wissenschaftlich qualifizierten Hilfspersonals – immer wieder die folgenden Themen aufgegriffen: Veralterung der Fachkenntnisse, Entwertung der Berufserfahrung, Unterbewertung der Tätigkeiten, mangelhafte Regelung des Urheber- und Patenrechtes. Daher fordern die Chemotechniker, Physik- und Chemielaboranten:

1. Eine zeitgemäße, den modernen Untersuchungsmethoden angepaßte Ausbildung:

dung;
2. Einen jährlichen Bildungsurlaub von mindestens vier Wochen;

3. Unkündbarkeit nach fünfzehnjähriger Betriebszugehörigkeit;

4. Gesetzliche Absicherung des Gehaltes bei älteren Angestellten;

5. Nach Vollendung des 35. Lebensjahres alle zwei Jahre eine Versorgungskur;
6. Alle Arbeitnehmer sollen nach Voll-

6. Alle Arbeitnehmer sollen nach Vollendung des 60. Lebensjahres in den Genuß des Altersruhegeldes kommen.

Für zusätzliche Manteltarifvereinbarungen wird weiterhin gefordert:

1. Routinemäßige Umbesetzungen in den Laboratorien;

2. Laufende Schulung, Einweisung und Unterrichtung in der neuesten analytischen Methodik.

Analysiert man die konkreten Erfahrungen, die in diese Forderungen eingegangen sind, kommt man notwendig zu der Feststellung, daß sich die Arbeitsbedingungen und Berufsperspektiven der technischen Intelligenz – hier vor allem der Masse des wissenschaftlich-technischen Hilfspersonals – nicht von den beschriebenen Erfahrungen in anderen kapitalistischen Ländern unterscheiden: Die Ausbildung entspricht nicht den tatsächlichen Anforderungen. Die Möglichkeiten für die ständige Anpassung der Qualifikation an die technologischen Ver-

änderungen sind erheblich eingeschränkt; d. h. der Wert der Ware Arbeitskraft unterliegt einem schnellen Verschleißprozeß. Daraus wiederum resultiert – vor allem für die älteren Arbeiter und Angestellten – eine Unsicherheit des Arbeitsplatzes und des Lohnes. Darüber hinaus führt der ständige Anpassungs- und Arbeitsdruck zu einem schnellen Verschleiß der psychischen und physischen Arbeitskraft, der Gesundheit.

Der Vergleich zwischen den Forderungen und dem Selbstverständnis verschiede-ner Berufsorganisationen und Interessenverbände der wissenschaftlich-technischen Intelligenz zeigt, daß zwischen Akademikern und Diplomingenieuren und Technikern und Laboranten erhebliche Diskrepanzen, wenn nicht gar ein noch unüberbrückbarer Bruch besteht, der die kollektive Artikulation von Interessen verhindert. Für die hochqualifizierten Gruppen muß die Wirksamkeit materieller und ideologischer Inte-grationsstrategien der Unternehmer beachtet werden. Allein die Berechnung des Gehaltes von Akademikern in der Industrie, dessen Höhe in der Regel durch individuelle Prämien und Leistungszulagen, Wohnungszuschüsse und Gewinnbeteiligungen u. ä. m. auf einem relativ geringen Grundgehalt bestimmt wird, und über das die Akademiker oft vertraglich zum Schweigen gezwungen werden, erweist sich noch als ein wirksames Instrument der Atomisierung und Integration. Die Arbeitsbedingungen der mittleren und unteren Qualifikationsebenen der Gruppe der technischen Intelligenz gleichen sich dagegen immer mehr den Bedingungen der Arbeiter an.

Unter diesen Bedingungen erweist sich natürlich die gewerkschaftliche Organisation als ein unverzichtbarer Hebel der Bewußtseinsbildung und des Kampfes um die Verteidigung der Interessen und um die Erringung von betrieblichen und gesell-schaftlichen Machtpositionen. Diesem zunächst abstrakten Postulat steht freilich entgegen, daß die derzeitige Politik der Anpassung und Unterwerfung unter die Funktionsbedingungen des spätkapitalistischen Systems, die von den Gewerkschaftsapparaten in der BRD verfolgt wird, die theoretische Bestimmung ebenso wie die Praxis einer konfliktorientierten Strategie der technischen Intelligenz als Teil der gesamten Arbeiterklasse verhindert. Gewerkschaften, die sich nicht als kämpferische Interessenvertretung der Lohnarbeit gegen das Kapital, sondern als konjunkturbewußte betrachten, "Dienstleistungsunternehmen" werden nicht in der Lage sein, sowohl die notwendigen theoretischen Untersuchungen über die gesellschaftliche Situation der technischen Intelligenz zu leisten als auch objektiv gegebene Konfliktmomente in der Weise auszunutzen, daß die Dialektik von defensiven und offensiven Kämpfen der Lohnabhängigen entfaltet werden kann.

Während also einerseits die Entwicklung der Gewerkschaftspolitik selbst entscheidend das künftige gesellschaftlich-poli-

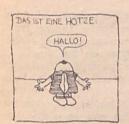
tische Bewußtsein der technischen Intelligenz und ihre antikapitalistische Kampfbereitschaft bestimmen wird, so ist andererseits schon heute die Struktur der Universitäten, technischen Hochschulen und Fachhochschulen sowie das politische Bewußtsein der Studentenbewegung eine wesentliche Voraussetzung zukünftiger gesell-schaftlicher Konflikte. Die Studenten der natur- und ingenieurwissenschaftlichen Fachbereiche, deren Zahl sprunghaft ange-stiegen ist und sich weiter erhöhen wird, werden die wissenschaftlich-technische Intelligenz in der Produktion von morgen sein. Gerade die jüngsten Strukturwandlungen im Bereich der Ausbildung signalisieren die Veränderungen in der Zusammensetzung der Arbeiterklasse. Die Universitäten werden mehr und mehr auf die Funktion verwiesen, verwertbares Wissen und verwertbare Qualifikation zu produzieren. Das heißt: In dem Maße, wie die Wissenschaft unmittelbar in die Produktion integriert wird, steigt der Anteil der Akademiker, die nach Abschluß ihrer Ausbildung als abhängig Arbeitende in den Prozeß der Kapitalverwertung einbezogen werden. Die künftigen Auswirkungen der gegenwärtigen Studentenbewegung gründen daher nicht nur in ihrem antikapitalistischen und antiimperialistischen Bewußtsein und in ihrer - z.T. abstrakt postulierten - Beziehung zur Arbeiterbewegung, sondern auch in der Übernahme von Formen des Kampfes, die traditionell auf die Arbeiterbewegung beschränkt waren. Die Streiks von Studenten der Ingenieurschulen und von Assistenten naturwissenschaftlichen Fachbereiche sind so auch Formen der politischen Bewußtseinsbildung, die in gewisser Weise als Vorwegnahme und Einübung künftigen gewerkschaftlichen und politischen Verhaltens in der Industrie zu begreifen sind. Die Bewußtseinsbildung und Mobilisierung der Studenten, die als Teil der wissenschaftlich technischen Intelligenz und als Schicht de Arbeiterklasse an den Hochschulen ausgebildet werden, kann jenen Unternehmensstrategien und herrschenden Ideologien den Boden entziehen, die heute noch in dem Bruch zwischen Akademikern und ihrem Hilfspersonal, aber auch zwischen der wissenschaftlich-technischen Intelligenz und den anderen Schichten der Arbeiterklasse wirksam werden.

Frank Deppe Hellmut Lange Lothar Peter

# Sex

Raubdruck aus Sex Front von Günter Amendt. ,Comic' für Intilektuelle? Beitrag zur Technokratie-Diskussion? Konsumterror? Sex als Ware?
Der reduzierte
Sex als
Unterhaltung
oder Sport
(Trimm-Tips)?
,Comics' gegen
Kastrationskomplexe?

Oder Freilegung der zweiten Schicht in Wilhelm Reichs Schichtmodelle des Kulturmenschen?









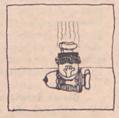










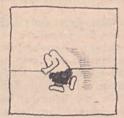












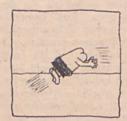














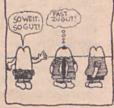












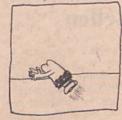






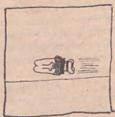












# **Der Numerus** clausus in der Medizin

Heute erfahren etwa 70 % aller Abiturienten, die Medizin studieren wollen, kurz vor oder bei Semesterbeginn:

Ihrem Antrag auf Zulassung zum 1. vorklinischen Semester kann wegen Mangels an Studienplätzen nicht entsprochen werden... Ich bedaure es außerordentlich, Ihnen keinen anderen Bescheid geben zu

Damit findet sich der Betroffene in einer exklusiven Lage: 1. Hat er eine Durchschnittsnote von besser als 2,5 im Abitur, so braucht er "nur" 1 Semester zu warten; Noten darüber hinaus bewirken viel längere Wartezeiten bis zu 6 Jahren. 2. Die An-meldefristen der Universitäten sind abgelaufen, so daß ein Ausweichstudium zwecks Allgemeinbildung nicht mehr in Frage kommt. 3. Für ihn soll scheinbar die Hessische Verfassung und das Grundgesetz der BRD nicht gelten, die besagen:

Der Zugang zu den Mittel-, Höheren und Hochschulen ist nur von der Eignung des Schülers abhängig zu machen." (Art. 59/2 HV) "Alle Deutschen haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen, (lediglich) die Berufsausübung kann durch Gesetz geregelt wer-

den." (Art. 12/1 GG) In ungeahnter Weise kommt man dem Kern der Sache nahe, wenn man aus der Geschichte weiß, daß früher die Zünfte der Handwerker einen Numerus clausus praktizierten, mit dem sie die Zahl ihrer Mitglieder einigermaßen konstant hielten. Das geschah mit dem erklärten Ziel, durch ein minimales Angebot die Nachfrage in maximale Preise zu treiben. So redet man natürlich heute in den medizinischen Institutionen nicht, aber der Leser mag aus dem Folgenden selbst ersehen, wieviel der Numerus clausus in der Medizin mit den damaligen Gepflogenheiten gemein hat.

### Zulassungs beschränkung und Planstellen erhöhung

In der Medizin besteht am längsten von allen Studienfächern eine Begrenzung der Zulassung. Ein genaues Anfangsdatum ist nicht festzustellen, da die einzelnen Universitäten sie zu verschiedenen Zeitpunkten einführten. Im allgemeinen wird das Jahr 1962 angegeben. Jedenfalls bewarben sich schon im Sommersemester 1963 66 % der Abiturienten, die Medizin studieren wollten, an mehreren Universitäten, da sie eine Ablehnung fürchteten (1). Die Mehrfach-Bewerbungen wurden zum Vorwand genommen, eine zentrale Registrierstelle einzurichten und so das Verfahren der Auswahl zu vervollkommnen, indem sich die Universitäten eines Teiles der Zuständigkeit beraubten und dem Verfahren jegliche Transparenz nahmen.

Der große Abfall der Zulassungsquoten begann 1962/63, einem Jahr, in dem die Gesamtzulassungsquote der BRD von ca. 6000 auf ca. 4500, also um 25 % abfiel. Diese Bewegung wurde zum Trend. Betrachtet man allein die Zulassungszahl der Universität Frankfurt, so fiel sie von 372 im Jahre 1962 auf 163 im Jahre 1969. Erst seit dem Wintersemester 69/70, in dem wir uns stark für eine vernünftige Kapazitätsausnutzung einsetzten, ist die Quote wieder, und zwar erheblich, gestiegen, so daß in diesem Jahr 252 Studienanfänger der Medizin regulär zugelassen wurden (2).

Dieser Entwicklung ist gegenüberzustellen, daß sich die Zahl der Planstellen im med. Bereich von 1960 bis 69 in Hessen ver-

sechsfacht hat (3).

Auffallend ist, wenn man sich nach Zahlenmaterial umsieht, daß erhebliche Differenzen bestehen zwischen Angaben des Statistischen Bundesamts und der Zentralen Registrierstelle für die Zulassung zum Medizinstudium. Dabei ergab sich, daß die Zahlen der Registrierstelle, die nebenbei bemerkt von der WRK eingerichtet worden ist, um bis zu 1000 höher liegen als die des Statistischen Bundesamts, was immerhin einer Abweichung von etwa 30 % entspricht (4). Bei Einzeluntersuchungen ergaben sich noch größere Unterschiede, und die Fachschaft Medizin in Frankfurt hat wohl Staunen ausgelöst, als sie bei der zentralen Eintragung, bei der sich alle Studenten in diesem Semester für Kurse und Praktika einschrieben, feststellte, daß die heutige Kapazität der Klinik im Durchschnitt nur zu 80 % ausgenutzt wird. Dabei geht man sogar von den Angaben der Fakultät aus, die auf den ungeprüften Aussagen der Klinik- und Institutsleiter beruhen. Um diese Zahlen noch zu ergänzen, ist die Entwicklung der Zulassungsquoten für Medizin an Hessischen Universitäten dargestellt (5).

### Wie wird man Medizinstudent

Dieser Abschnitt muß so heißen, weil wie gesagt 70 % derer, die heute Medizin studieren wollen, dieses Ziel nicht oder zumindest nicht zum gewünschten Zeitpunkt erreichen. Das Verfahren der Auslese ist in der Medizin so differenziert, daß es sich lohnt, kurz darauf einzugehen. Hier wurde ein musterhafter technokratisch-bürokratischer Apparat errichtet, dessen Schilderung allein schon ein Argument in der Technokratie-Diskussion ist.

Direkt nach dem Abitur muß das Zulassunasverfahren eingeleitet werden, was dann in den großen Tageszeitungen in kleinen Notizen auf hinteren Seiten bekanntgegeben wird. Dabei findet eine erste Aus-

lese statt, da ja nur die sozialen Schichten, die regelmäßig eine solche Zeitung lesen, auf diese Weise erreicht werden. Außerdem, wer denkt schon im Juli daran, im Oktober zugelassen zu werden? Wenn man nun rechtzeitig an ZRM (Zentrale Regi-strierstelle für die Zulassung zum Studium der Medizin, Zahnmedizin, Tiermedizin u. a.) geschrieben hat, und wenn man weiterhin diesem Schreiben einen Freiumschlag DIN A 5 beigefügt hat, erhält man einen 8 Seiten langen Fragebogen. Zur weiteren Verunsicherung liegt ein Informationsblatt von ca. 80 Seiten bei. Darin sagt diese wahrhaft ideale Dienststelle über sich selbst (6): "Die ZRM ist nur verantwortlich für das technische Funktionieren des Zulassungsverfahrens... Die ZRM hat keine Entscheidungsbefugnisse... Es ist demnach zwecklos, Befürwortungen oder Empfehlungsschreiben für einzelne Bewerber der ZRM einzureichen... sie ist keine zentrale Auskunfts- und Beratungsstelle." Und weiter über die Arbeit der Zulassungsaus-schüsse der einzelnen Universitäten: "Die Zulassungsausschüsse sind verpflichtet, über die von der ZRM vorgeschlagenen Ranglisten zu entscheiden... Rangänderungen sind besonders in den Fällen erforderlich, wo eine zweifelsfreie Rangzuardnung vom Rechner nicht vorgenommen werden konnte, weil ... besondere nicht schematisch quantifizierbare Tatbestände... vorliegen... Außerdem hat der Zulassungsausschuß das Recht, Bewerber von der Rangliste zu streichen wenn besondere Gründe vorliegen, wie z. B. falsche Angaben ,oder nicht gewahrte Fristen." Aus dem Ablauf wird klar, daß alles versucht wird, um die individuelle Situation des Bewerbers zu berücksichtigen.. Die Zulassungschancen werden beeinflußt durch die persönlichen Daten des Antragstellers (z. B. Abiturnoten-Durchschnitt, Jahrgang des Reifezeugnisses, Bundeswehrdienst, Krankenpflege-Praktikum) ... "Somi ist die faire und individuelle Behandlung je des Bewerbers gewährleistet."

Und noch einen "Vorteil" hat die ZRM: wenn das Zulassungsverfahren abgeschlossen ist, löst sie sich auf. Das bedeutet, daß man zwar, wenn man herausfinden sollte, daß sie eine falsche Durchschnittsnote berechnet hat (wie in meinem Fall) in einem Brief um Aufklärung bitten kann, jedoch weder diesen Brief noch eine Antwort zurückerhält. Solche Fehler sind übrigens nicht ganz leicht festzustellen: Ich erfuhr davon erst bei der Zulassungsreferentin in Berlin, die mir freundlicherweise die Listen zeigte.

Aus all dem geht hervor, wie optimal die Zulassung zum Medizinstudium organisiert ist, besonders für diejenigen, die es durchführen. Bei einer Vorführung des Zulassungsverfahrens darf nicht unerwähnt bleiben, welch "direkter Zusammenhang" zwischen Abiturnoten und Studienleistungen, soweit sie bei Prüfungen erfaßt werden, be-

Schon 1968 wies Schütz exemplarisch nach, daß bei einer durch Losverfahren zugelassenen Studentengruppe – bei der also das Abiturzeugnis unberücksichtigt blieb – von 3160 Studenten der Korrelationskoeffizient zwischen Abtiurdurchschnittsnote und Vorphysikumsdurchschnittsnote 0,34 betrug; für die Korrelation Abitur/Physikum nur 0,28 (7).

Um auch denjenigen, die mit statistischen Begriffen nichts anfangen können, einen Eindruck zu vermitteln, sie gesagt, daß der Korrelationskoeffizient den Zusammenhang zwischen 2 Größen bezeichnet. Bei völliger Unabhängigkeit der verglichenen Größen ist er 0, bei direkter Abhängigkeit 1. In einer Studie über College-Zulas-sung in Amerika urteilte D. K. Whitla (8): "Wenn der multiple Korrelationskoeffizient geringer als 0,41 ist, hat es keinen Sinn, Noten vorauszusagen, indem man eine Formel benutzt, denn die Fehler werden so groß sein, daß man mit diesem Vorgehen wenig gewinnt." Betrachtet man mit dieser Kenntnis das derzeitige Zulassungsverfahren, dann wird die Unverfrorenheit aller verantwortlichen Gremien (WRK, Kultusministerien und med. Fakultäten) deutlich, die seit Jahren behaupten, das Abitur sei das beste Auswahlkriterium.

In der Verurteilung der Verwendung der Abiturnoten in diesem Zusammenhang treffen sich konservativste Ordinarien, wie der ehemalige Kieler Zulassungsreferent Prof. v. Kügelgen, der bis zum SS 70 ein nicht ganz durchsichtiges Ausleseverfahren praktizierte, mit den progressivsten Numerus-clausus-Gegnern. Im Gegensatz zu diesen vertritt v. Kügelgen, dessen Verfahren im Sommer vom Kieler Kultusminister durch das schematische Durchschnittsnoten-Verfahren der anderen Universitäten abgelöst wurde, den Standpunkt, eine Auslese unter den Studienbewerbern sei notwendig, und der Numerus clausus müsse durch Änderung des Grundgesetzes legitimiert werden; eine Position, die er unverhohlen damit untermauert, daß bessere Möglichkeiten für Arztkinder geschaffen werden müßten (9). Ein Kommentar dazu erübrigt sich wohl.

Insgesamt wird deutlich, welche Gefahren von Seiten des zur Technokratie neigenden Ministers Leussink drohen, der lieber heute als morgen den Zugang zu allen Studiengängen über eine Registrierstelle nach dem Vorbild der Hamburger ZRM regeln würde.

Nachdem in der Medizin dieses System einigermaßen gefestigt ist, schreitet man hier nun zur nächsten Tat, der Formierung und Disziplinierung der Studenten durch eine neue Approbationsordnung, die, wenn sie zum vorgesehenen Zeitpunkt (WS 72/73) eingeführt wird, zugleich verheerende Folgen für die Beseitigung des Numerus clausus haben wird. Durch sie wird nämlich die Unterrichtszeit in all den Fächern verdoppelt, die heute die Zulassungsquoten bestimmen. So werden gleich 2 Fliegen mit einer Klappe geschlagen:

1. Die Zulassungsquoten müssen erheblich gesenkt werden und

2. die aus der Ausbildung hervorgehenden Mediziner werden disziplinierte Fachidioten sein, die durch ein geschickt verteiltes Prüfungssystem unter strikten Leistungsdruck gestellt worden sind.

Man sieht, der Slogan "Hessen vorn" läßt sich für die Bildungspolitik in "Medizin vorn" verwandeln; hier sind Muster geschaffen worden, und eine Aufgabe studentischer Politik wird es sein, zu verhindern, daß diese Kollektion in Serie geht. Schlimm genug, daß es den Medizinern nicht möglich war, einen effizienten Kampf gegen die Entmündigung durch die Ministerien und die WRK zu führen; mögen die anderen mehr Erfolg haben!

### Rechtslage und deren Konsequenzen

Seit etwa 2 Jahren wird der Numerus clausus, nachdem die politische Bekämpfung nicht gelang, immer wieder von einzelnen abgewiesenen Studienbewerbern über die Verwaltungsberichte bekämpft. Und da einstweilige Anordnungen, die von den Abgewiesenen angestrebt werden, nur in 2 Instanzen verhandelt werden, kam es zu unterschiedlichen Erfolgen in den einzelnen Bundesländern. In Bayern, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz liegen Urteile der II. Instanz zugunsten der Antragsteller vor, in Hessen, Hamburg und Berlin dagegen negative. In Frankfurt speziell bemüht sich das Verwaltungsgericht, den Studienbewerbern zu ihrem Recht zu verhelfen und hat in diesem Sinne schon mehrmals den Urteilen des Hessischen Verwaltungsgerichtshofs widersprochen, bzw. neue Kategorien in der Begründung ausgeschöpft (10). Auch im Moment hat die Universität gegen 12 einstweilige Anordnungen aus dem SS 70 bei der II. Instanz in Kassel Berufung eingelegt. Zwischen den meisten Antragstellern der letzten Semester und der Universität wurden inzwischen Vergleiche geschlossen, "die das Klagebegehren beinhalteten". wurde für die medizinische Fakultät und das Rektorat unumgänglich, nachdem öffentlich bekannt geworden war, um wieviel die Kapazitäten tatsächlich größer sind als ursprünglich angegeben worden war. Durch Einbeziehung moderner Unterrichtsmittel konnten manche Praktika um ganze 50 % vergrößert werden.

In diesen Auseinandersetzungen hat das Engagement der Studenten im Fachbereich Medizin neue Akzente gesetzt. Im laufenden Semester wurde erstmals nach Münchner Vorbild ein Merkblatt für abgewiesene Studienbewerber herausgegeben und die Möglichkeit des gerichtlichen Vorgehens gegen die Universität überregional bekannt gemacht. Außerdem wurde, wie allerdings auch schon früher, die Position der Abgewiesenen vor I. und II. Instanz gestärkt.

Das alles kann jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Prozesse vor den Verwaltungsgerichten nur eine Zwischenfunktion haben können: das Versagen der Ordinarien und der Kultusbürokratie aufzudecken. Auf diese initiale Erschütterung muß studentisches Engagement folgen, das die vollständige Transparenz bei der Feststellung der Zulassungsbedingungen durchsetzt und die berechtigten Forderungen mit sachaemäßem Einsatz stellt. Dabei wird der universitäre Rahmen endgültig ge-sprengt, und die Landesregierung wird Stellung beziehen müssen, wie sie den Unter-nehmern antwortet, die letztlich auch öffentlich forderten, man müsse sich zwischen Wirtschaftsstabilität und hohen Sozial- und Bildungsinvestitionen entscheiden. Hier erscheint es von grundsätzlicher Bedeutung, daß die verschiedenen Ministerien darauf anstelle einer Korrektur der Fragestellung die Kürzung unter anderem des Hochschul-etats leisten, wobei z. B. 30 Mill. DM allein am Ausbau des Universitätsklinikums Frankfurt gespart werden sollen.

### Numerus clausus-Interessen

Auf die Frage, wer ein Interesse am Numerus clausus in der Medizin hat, gibt es mehrere Antworten, die Teilaspekte beschreiben.

Die Ordinarien: Nachdem 1964 die Hörgeldpauschale für alle Ordinarien eingeführt wurde, und seitdem direkte finanzielle Interessen an der Studentenzahl mit Sicherheit auszuschließen sind, muß an ein Desinteresse aus finanziellen Gründen gedacht werden, das sich dahingehend äußert, daß bei Verminderung der Studentenzahlen der Arbeitsaufwand für den Unterricht ebenfalls verkleinert werden kann, ohne daß finanzielle Folgen entstehen. Andererseits muß gesagt werden, daß die jetzige Vergütung für die Unterrichtsarbeit unattraktiv genug ist, um diese hinter anderen Tätigkeiten zurückzustellen.

Die Standesorganisationen: 1964 trieb die Deutsche Bundesärztekammer (BÄK) ein augenfälliges Understatement, indem sie einen jährlichen Ergänzungsbedarf an Ärzten mit ca. 1600 angab. Schon damals stellt der Wissenschaftsrat dem eine jährliche Bedarfsquote von 4000-4200 Zulassungen gegenüber (11). 1963 kam sogar der konservative baden-württembergische Innenminister Filbinger zu einer Erkenntnis, die sich äußerte: "...ich habe mich im Interesse der Volksgesundheit gegen eine zweckpessimistische Rationierung des Ärztenachwuchses gewandt." Der Sinn des Verhaltens der Standesorganisation ist leicht zu fassen, insofern ein geringes Ärzteangebot bei steigender Nachfrage zu einer höheren Einschätzung der ärztlichen Leistung führt. Man fürchtet schlechte Berufsaussichten;

# Der Fall Medizin

ein Chefarzt malte mir aus, daß in einigen Jahren "ein gewisser Lebensstandard" nicht mehr erreicht werde - Chefärzte verdienen heute wohl im allgemeinen nicht unter 10 000 DM pro Monat. Tatsächlich wird es auf eine Umverteilung der Gewinne aus ärztlichen Leistungen ankommen, wenn das derzeitige, nicht durchsichtige und wohl für den Patienten manchmal gefährliche System abgeschafft wird. Weitere Ausführungen zu diesem Thema würden hier vom Numerus clausus wegführen, aber die kurze Erwähnung mag die Verhältnisse erhellen. Als weiterer Interessent am Numerus clausus ist die pharmazeutische Industrie zu nennen, die davon profitiert, daß der Arzt heute so überlastet ist, daß er auf ihre Werbung als Information angewiesen ist, und der aus dem gleichen Grunde den ganzen Komplex der funktionellen, über die Psyche in duzierten Erkrankungen pharmazeutisch behandeln muß, anstelle einer kausalen Therapi. In diesem Zusammenhang sei nur auf den ungeheuren Umsatz der Sedativa und Tranquilizer verwiesen. Zusammenfassend ergibt sich ein so starker Interessendruck, daß auch in den Plänen zur Beseitigung des Numerus clausus, die auf Grund der öffentlichen Aufmerksamkeit in den letzten Monaten erstellt wurden, der Numerus clausus in der Medizin ausgespart bleibt. Der Kampf gegen die Zulassungsbeschränkung wird daher auch in Zukunft von den Schülern und Studenten geführt werden müssen.

Michael Krawinkel

1), 2), 4), 5), 11) Der Numerus clausus in der Medizin H. Krähe und R. van den Bussche in Studentische Politik 2/70 von den gleichen Autoren auch: Beschränkung und Lenkung in med ass 4/70.

3) Berufungsbegründung der JWG-Uni vom 3. 9. 69 im Verfahren II/OG – 99/69 vor

dem Hess. VGH.

4) Informationsblatt über die Richtlinien für die Zulassung von Studienanfängern zum Studium der Medizin, Zahnmedizin, Tiermedizin u. a. erscheint jeweils 4 Monate vor Semesterbeginn bei der Zentralen Registrierstelle für die Zulassung zum Studium der Medizin u. a. (ZRM) in Hamburg, Rotenbaumchaussee.

7) Studien- und Schulleistungen, Prof. Dr. med. E. Schütz/Münster, in Deutsches Ärzteblatt 1968 / Heft 9 / Seite 510-16.

\*) Zitiert nach 1.

") Wer überhaupt kann eigentlich noch Medizin studieren?, Prof. Dr. med. A. von Kügelgen/Kiel, in Deutsches Ärzteblatt 1970/Heft 34 / Seite 2530-36.

<sup>10</sup>) Urteil des WwG Ffm referiert in Juristenzeitung 1970 Nr. 11/12 / Seite 365-67 Urteil des Hess. VGH in Kassel referiert in Neue Juristische Wochenschrift 1970 / Heft 30 / S. 1340-42.

Außerdem verschiedene kleinere Veröffentlichungen und Tabellen. Dr. Hans Mausbach, Assistenzarzt des Nordwestkrankenhauses in der Stellung des Stationsarztes der Wachstation, wurde degradiert, weil er in einer kritischen Fernsehsendung auftrat. Sein Chef, leitender Arzt Prof. Dr. Ungeheuer, versetzte ihn unter ausdrücklicher Bekundung der Mißbilligung in die Position eines untergeordneten Assistenzarztes. Hier Hans Mausbachs Stellungnahme im Wortlaut:

"Der Kampf um Laufbahn, Macht, Prestige und Geld wird auch auf dem Rücken der Patienten ausgetragen. Einige Beispiele

unter vielen

1. Experimente am Menschen dürften nach dem Sinngehalt unserer Verfassung nur nach Aufklärung und Einwilligung der Betroffenenn durchgeführt werden. Ich sage: dürften.

2. Kommerzielle Interessen fließen sogar unmittelbar in die Operationsentscheidung ein, ohne daß die Betroffenen etwas davon ahnen.

3. Mit der Gefälligkeitspublizistik für die pharmazeutische Industrie, für die die Kranken als Versuchsobjekte dienen, könnte man eine ganze pseudowissenschaftliche Bibliothek füllen.

Dieses System produziert Unselbständigkeit, Karrieristentum um jeden Preis, gebrochenes Rückgrat am Fließband. Der Assistenzarzt, der unter solchen Bedingungen sich zum Oberarzt hochgekrochen hat, wird als Chefarzt ins Kreiskrankenhaus gelassen, er wird die Demütigung auf seine neuen ihm wiederum hilflos ausgelieferten Untergebenen abwälzen."

Was ist so anstößig in diesem Text, daß es zu massiven Repressalien Anlaß gibt? Chefarzt und Oberärzte brauchen Vokabeln wie "illoyales Verhalten", "Aufkündigung der Kollegialität" und "Nestbeschmutzer". Es sind Vokabeln eines Jargons, der aus anderem Zusammenhang wohlvertraut ist. Die Worte sind Kleingeld in Dingen "nationale Ehre". Es ist die Haltung standesbewußter Akademiker auf Kritik. Nacken steif halten und sich taub stellen. Wenn Ignorieren nicht mehr möglich ist, werden dem Kritiker schäbige Motive unterstellt. Beim Thema Drittes Reich sind die Formeln schnell zur Hand. Wer das eigene Volk in den Schmutz zieht, besorgt das Geschäft der Kommunisten. Wer nur kritisiert und alles verächtlich macht, dem geht das Ehrgefühl ab.

Aber Prof. Ungeheuer und seine Oberärzte sind so blöde nicht wie die Deutschnationalen, deren Wortschatz sie teilen. Zu vieles ist zu unwahrscheinlich am Fall Hans Mausbach, als daß die verletzte Standesehre und die persönliche Empörung glaub-

haft wären.

Als die Strafversetzung vor dem Arbeitsgericht anhängig war, wurde die Empörung in Worten bekundet, die selbst für die ausgetrocknete Phantasie von Akademikern zu papieren klingen. Einem Chirurgen zitterte das Skalpell in der Hand vor innerer Empörung. Einer bezeugte, der versammelten Chirurgen vor dem Operationstisch habe sich solche Wut bemächtigt, daß die Operation verschoben werden mußte. Anlaß der Verschiebung: Dr. Mausbach habe vor der Klinik Flugblätter verteilt. Mehrere nahmen eine veränderte Einstellung der Patienten wahr. Ihr Vertrauen in die ärztliche Zunft sei erschüttert, wollen sie erfühlt haben.

Weitere auffällige Ungereimtheiten kamen vor Gericht zutage:

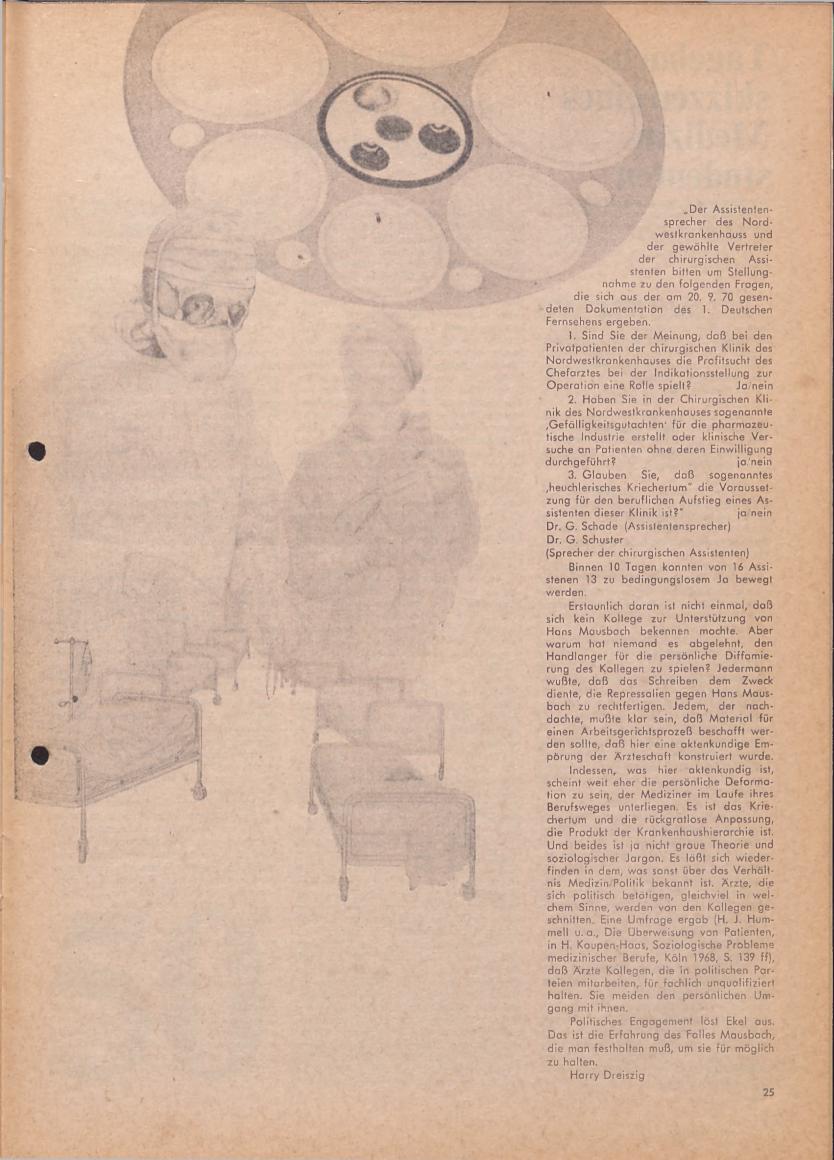
Keiner der Ärzte, die sich nach eigener Bekundung durch die Stellungnahme per-sönlich angegriffen fühlten, hat die Sendung selbst gesehen. War sie ihnen nur vom Hörensagen bekannt? Waren sie von empörten Kollegen angerufen worden? Hatten sie bei Radio Bremen um den Wortlaut der Sendung gebeten? Nichts davon trifft zu. Und doch - die Sendung lief Sonntag, den 20. September, über das Er ste Programm - zogen schon am Montagmorgen Chefarzt und Oberärzte der Klinik Konsequenzen. Ohne genaue Informationen hatten sie ein abschließendes Urteil gebildet. Wie das möglich war, kam ans Licht, als Oberarzt Dr. März von Hans Mausbachs Anwalt ins Verhör genommen wurde. Dr. März räumte ein, daß die Wertung nicht die Sache meinte. Dergleichen, sagte er aus, sei im Kollegenkreis durchaus diskutabel. Weit schlimmere Vorwürfe kursierten im vertraulichen Gespräch. Anstößig sei, daß Kritik öffentlich geäußert

Weiter räumte Dr. März ein, daß er selbst sich weder zur Sache noch zum politischen Engagement von Hans Mausbach eine eigene Meinung gebildet habe. Der Text der Stellungnahme von Hans Mausbach sei ihm vielmehr von der Landesärztekammer zugespielt worden.

War Dr. Mausbachs Ehre demnach auf höheres Kommando verletzt? Das Gericht bekam dazu folgendes zu hören: De Präsident der hessischen Landesärztekam mer, Dr. Stroh, habe die Sendung auf Tonband aufgenommen, nachschreiben lassen und den Kollegen am Nordwestkrankenhaus zugehen lassen.

Der Wink von oben genügte dem leitenden Arzt und seinen Oberärzten, Hans Mausbach formell das Vertrauen zu entziehen und seine Zurückstufung zu beschließem. Während also die Chefs prompt im Sinne der Standesorganisation aktiv wurden, brauchte das Anschalten der Empörung bei den untergeordneten Ärzten länger. Sie haben sich die Regeln standesbewußten Verhaltens noch nicht so völlig einverleibt. Sie zeigen noch Ansätze, selbst zu denken.

Um die Meinungen in dieser Gruppe zu unterdrücken, mußte ihnen erst vorgelegt werden, was sie zu denken hätten. Das Nötige dazu besorgten, nach Absprache mit den Chefs, aber ohne Rücksprache mit ihren Kollegen, die Assistentensprecher der chirurgischen Klinik. Sie ließen folgende Umfrage umlaufen:



# Tagebuchskizzen eines Medizinstudenten

Wir drucken kommentarlos zwei Schriftstücke mit dokumentarischer Qualität ab: Ein Mediziner und ein Soziologe berichten aus ihrer spezifischen Perspektive über frühe Erfahrungen aus zwei deutschen Krankenhäusern.

14. Juli

Mein 1. Tag in der Klinik heute. Etwas ungewohnt, die weiße Kleidung. Hatte da auch gleich Ärger. Wußte nicht, daß Ärzte den Kragen aufgestellt, Pfleger eingeklappt tragen. Beim Anziehen muß mein Kragen wohl stehen geblieben sein. Meine Station, die mir Pfleger Windigen zeigte, ist die C 35, C für Chirurgie...

15. Juli

War heute auf der Verwaltung – Papiere unterschreiben. Arbeitszeit von 8 – 12 und von 16 bis 20 Uhr. Auch samstags. Taschengeld 70,– DM pro Monat. 8 Wochen dauert das Praktikum...

17 Inli

Kenne die Station jetzt, d. h. Bad, Toilette und Küche; auch einige Patienten – soweit sie nach ihrer Urinflasche oder dem Topf läuteten. Bereitete einen Patienten für den OP vor, Bauchhaare abrasieren und so. Hatte noch nie ein Rasiermesser in der Hand gehalten. Pfleger Windigen konnte nicht, war total besoffen. Am Nachmittag wurde ich von der Stationsschwester zum Kaffee eingeladen. Anschließend half ich beim betten...

18. Juli

... Freitags ist Chefvisite. Versäumt. War beim Oberpfleger, betten sei Schwesternarbeit, meinte er. Wenn man den Schwestern den kleinen Finger gäbe, wollten sie gleich die ganze Hand. Wenn ich nichts zu tun habe, muß ich ins Pflegerzimmer kommen. Ich bin den Pflegern unterstellt, und die trinken ja nicht mit Schwestern Kaffee. Oberpfleger Müller trägt den Kragen aufgestellt. Verließ mit ihm das Zimmer. Müller wurde mit Doktor angesprochen. Wies bescheiden darauf hin, daß er Pfleger sei, Oberpfleger...

22. Juli

... Stationsschwester Gerda ist eine eigenartige Mischung: geizig wie sie ist, hat sie es geschafft, schon 3 × hintereinander den von der Verwaltung ausgeschriebenen Preis für sparsamsten Wäscheverbrauch zu erlangen. Trotzdem: in bezug auf Schwester Gerda sind wir eine Familie. Wird einer von uns durch irgendeine weiße Instanz gerügt, nimmt sie ihn in Schutz, bärbeißig wie sie gegen alles Fremde ist. Und fremd ist, was nicht zur Station gehört...

24. Juli

...Den Nachmittag verbrachte ich im Pflegezimmer, Skat. Ich wurde gewettet. Muß die nächste Nachmittagsleiche unserer Station mit dem Elektrokarren zur Prosektur fahren. Zusammen mit Pfleger Alfonso. Wir sollen versuchen, schneller zu sein als Windigen/Gruber. Die 15 Pfleger unseres Trakts konsumieren durchschnittlich 6 Kasten Bier am Tag.

25. Juli

10.30 Uhr war Chefvisite, ein großes Durcheinander. Ab 10 Uhr stehen sie auf dem Gang und warten, das Personal. Ich mußte zur Apotheke rennen und des Chefs Handcreme holen. Hat seine eigene Marke. Er erinnert mich an Spönlein, war Pfarrer und Studienrat, half in unserer Kirche. Wehe, wenn der Küster nicht seinen privaten Meßwein bereitstellte. So zelebrierte auch Pohns, der Chef. Drückte die Hand eines Patienten, den Bauch, nickte, drückte wieder die Hand. Schwester Helga reichte die Spezialseife, Lavabo, ich die Handcreme. Der nächste Patient, Herr Ott, sie nennen ihn hier nur den Rektum auf 20. Stationsarzt Grubenfeger wußte die Woche über nicht, wie er seinen Zustand einschätzen sollte, ordnete Medikamente an, setzte sie 2 Stunden später wieder ab. War ganz ulkig. Mit gewinnendem Lächeln, sicher, beflissen reichte Grubenfeger dem Chef heute die Kurven und Bilder. Der Chef überflog die Werte, fragte kurz etwas und murmelte dann: previs ante (kurz davor). Mit strahlender Miene ging der Grubenfeger auf Ott zu, schüttelte ihm die Hände, meinte, es ginge besser, er könne nun wieder Bier trinken.

26. Juli

Samstags schiebe ich eine ruhige Kugel, nur Notfälle werden operiert. Richtete Blumenvasen für die sonntäglichen Besucherströme. Allerseelenstimmung. Der Blumenkult im Krankenhaus erinnert mich immer an Friedhöfe. Heute schreibe ich nur kurz, werde nachher noch vögeln.

28. Juli

Mußte heute den ganzen Tag Betten schieben. Vom OP zur Station, von der Station zum OP. Auch für den Frauentrakt und die Urologie. Ab 17 Uhr schaute ich im Pflegerzimmer die Kinderprogramme im Fernsehen an.

29. Juli

. Über meine Mittagspause starb Herr Ott. Ich glaube am Alkohol. Pfleger Alfonso hörte davon, erinnerte mich an die Wette. Wäre es nicht Herr Ott gewesen, ich glaube, ich hätte zugestimmt. Windigen/ Gruber holten ihn dann gegen 19 Uhr. Als ich mich umzog, waren sie nebenan bei der Siegesfeier. 4 Minuten, 36 Sekunden. Krankenhausrekord. Die Leichen werden mit dem Leichenkarren über dunkle Gänge an verschlossenen Zimmern vorbei, vorbei an kreischenden Putzfrauen und salbungsvollen Schwesternblicken durch gesperrte Aufzüge in den Keller gebracht. Ein zwanghaftes Verhältnis haben sie hier zum Tod; wohl weil nicht sein kann, was nicht sein darf. Vom Keller aus werden die Leichen tagsüber durch die unterirdischen Verbindungsgänge der einzelnen Kliniksbauten zur Prosektur geschoben. Abends aber, wenn das letzte Essen ausgefahren ist, stehen dort die Elektrokarren der Zentralküche. Ein Pfleger setzt sich ans Steuer, der andere rittlings auf dieses Gefährt und hält dabei-den Leichenkarren fest. Die abenteuerliche Fahrt geht los. Nur zweimal, rief mir beim Verlassen des Pflegerzimmers Windigen nach, sei die Leiche heruntergekippt.

31. Juli

... Danach fragte ich Oberpfleger Müller, ob ich im OP mal bei einer Operation zuschauen dürfte. Er meinte, nach knapp drei Wochen im Krankenhaus sei man noch nicht sterit genug, vor allem Studenten. Wir stritten heftig. Dabei

1. August

Mit Monatsbeginn bin ich zur Intensivpflege und Wachstation versetzt. Zufall? Habe die technische Einrichtung studiert, ganz schön kniffelig. Nur die Kästen der Alarmanlage sind vorn am Überwachungspult ausgebaut. Stationsschwester Friederike meint, sie hätte früher zu häufig geschrillt; auch die Blinkwarnanlage...

2. August

... Das Mädchen mit dem schweren Gehirntrauma, wie nachzulesen seit Wochen unverändert nicht ansprechbar, baut rapide ab. Der Oberarzt zog heute einen Neurologen hinzu. Reflexprüfungen. "Allerhöchstens das Stadium eines niederen Wurms." Kollegialer Schulterklaps. "Geben Sie es auf." Heute nachmittag wurden der Patientin einige Medikamente abgesetzt.

4. Augus

rüh zum Dienst. Wurde geschickt, Schwester Monika zu suchen. Erfolglos; Nachfrage; Tip: Dachgarten. Ab dem 9. Stockwerk war der Aufzug gesperrt. Benutzt die Nottreppe bis zum Dachgarten. Sah zuerst unseren Oberarzt, dann auch Schwester Monika auf dem Liegestuhl. Ihre vorne zu knöpfende Kleidung fiel zu beiden Seiten herab. Das Schwarze ihrer Wäsche kontrastierte erregend mit dem Weiß von Dr. Heppsteins Anzug. Unbemerkt trat ich den Rückzug an. Im Aufzug traf ich die Oberschwester. Sie blickte starr. Hatte sie mein Grinsen bemerkt? Weshalb ich sie überhaupt erwähne? Oberschwestern sind im allgemeinen geschlechtslos...

6. August

Heute früh war das Bett des Mädchens mit dem Gehirntrauma leer. Als ich später eine Leiche zur Prosektur fuhr, lag sie dort, die Beine weit gespreizt, dazwischen ein Büschel Wiesenblumen. Die Szene muß mich mitgenommen haben. Als ich anschließend zusah, wie einer Patientin Blut abgenommen wurde, fiel ich um... Später wurde ich nach Hause entlassen...

7. August

...Für Spott brauchte ich also nicht zu sorgen. War die meiste Zeit unauffindbar. Bat um Versetzung. Gewährt, Komme zur Urologie.

14. August

Heute durfte ich auf der ganzen Station Blutdruck, Temperatur und Puls messen. Schwesternarbeit. Daraufhin holte mich mein Pfleger dann zum Einlaufmachen und Katheterisieren. Ich werde den Verdacht nicht los, daß mein neuer Pfleger pervers ist. Die Art und Weise, in der er Darm-

# Praktikumsbericht eines Soziologen

rohre einführt, möglichst große, ungeschmiert, vor allem bei Patienten mit Hämorrhoiden, ist mir unheimlich. Wenn es möglich wäre, würde er die Patienten mit Darmrohren katherisieren. Noch nie sah ich ihn ein Klysma machen, immer gleich Schwenkeinläufe. Fühlte er sich unbeobachtet, würde ich ihm einen Mord zutrauen; oder täusche ich mich? Nachmittags bestellte...

15. August

Bei meinem Zimmerdurchgang um 8 Uhr entdeckte ich in einem Einzelzimmer einen Mann an den Spiromaten angeschlossen. Mußte während der Nacht eingeliefert worden sein. Lag da wie tot, nur sein Brustkorb hob und senkte sich im Rhythmus der laut und leiser werdenden Maschine. Kein Puls, Blutdruck ohne. Ich fragte Schwester Margarete nach dem Patienten. Sie meinte, er sei tot, Schwester Susanne, er lebe, der Stationsarzt sei unsicher und habe den Oberarzt angerufen. Der kam, ließ sich berichten, ging zur Maschine, stellte sie ab und konstatierte: Exitus. Schwester Margarete notierte die Uhrzeit. Ich schlich mich auf den Balkon des Schmutzraumes, und als ich mir ausmalte, was hier zu dieser Zeit noch alles geschehen möchte, wurde mir übel. Ich erinnerte mich, daß zu dieser Zeit auf C 35 Chefvisite ist. Daß die Unruhe dort jetzt immer größer wird, daß die Schwestern ihre Häubchen jetzt zum so-undsovielten und vergeblichen Male zu-rechtrücken werden. Das ER jetzt um die Ecke fegt, begleitet von seiner weißen Leibwache den Gang herabschreitet, die Station betritt. Dies irae, dis illa.

Wieder wird ER durch die Reihen gehen, Gericht halten, die Heilbaren zur rechten, die Verlorenen zur linken weisen. Er wird seine Hände auflegen, vielleicht dabei an seine Finanzen denken. Die Heilung der 5000, seine wunderbare Brötchenvermehrung beginnt.

Halbgott? Gott! Gerhard Maurer Vom 19. März bis zum 16. Mai des Jahres 1962 absolvierte ich ein normales "medizinisches Praktikum" am Bürgerhospital zu Frankfurt und habe als Pflegehilfe in einer gemischten Internie-Station und als OP-Helfer im Augenoperationssaal gearbeitet.

Vor dem 2. Semester meines Soziologiestudiums, im April 1963, war ich dort – nach einer Einführungszeit von nur einer Woche – alleinverantwortlicher Pfleger einer Männerstation der Internie und bezog das Grundgehalt eines Hilfspflegers.

Zwischen diesen beiden Zeiträumen kam ich zuweilen und jeweils bis zu drei Tagen zur Aushilfe ins Krankenhaus, angestellt und knapp bezahlt durch die Diakonieoberin.

Einige Bemerkungen über die Rolle des Krankenpflegers in einer Station der Inneren Medizin (im Bürgerhospital).

Rollenerwartungen, die sich geradlinig aus der formalen Organisation eines Krankenhauses herleiten und vermittelt auch Sachbezüge aufweisen, bedingen folgende Funktionen der Pflegearbeit durch männliche Personen:

1. Die Bedienung und Kontrolle jener technischen Geräte, die unmittelbar am Krankenbett angewendet werden,

2. körperlich schwere Pflegearbeit, allgemein: Pflege männlicher Patienten,

3. Den heimlichen Transport von Verstorbenen aus den Sterbezimmern in den Leichenkeller,

4. Hilfestellung bei kleineren ärztlichen Eingriffen.

Zu 1. Das ist vor allem: Bedienung von Beatmungsgeräten jeglicher Art (Inhalator – Sauerstoffzelt). Die traditionelle, vorgeblich am Menschen orientierte Ausbildung der Pfleger behandelt technische Kontrollfunktionen durchaus stiefmütterlich. Krankenpfleger lernen Geräte durch das "trialerror"-Verfahren handhaben. Bedienungsanweisungen werden durch eine Art mündliche Tradierung von Fertigkeiten ersetzt.

Zu 2. Heben, Tragen und Umbetten von Kranken, vor allem "Verordnungen", d. h. Einreibungen, Wickel und ähnliche Behandlungsmaßnahmen, die immer unmittelbaren Kontakt zu dem Patienten bedeuten. Hierher gehören auch Routinearbeiten (z. B. Essenaustragen, Einsammeln von Spucknäpfen und Urinflaschen), zu denen dem Pfleger der Schwesternmangel verhilft.

Zu 3. Die Tabuisierung des Todes und die "Hotelideologie" (sichtbar als Blumenkultur) im Krankenhaus bedingen – formal drückt sich das in chefärztlichen Befehlen aus – eine sorgfältige und ingeniöse Tarnung von Leichentransporten. In der Regel mißlingt das, eben weil zu eifrige Camouflage den Keim des Demonstrativen in sich trägt. Die Leichenbahre im Bürgerhospital hatte ein Segeltuchverdeck von verwaschenolivgrüner Farbe, unauffällig und praktisch. Es war jedoch das einzige olivgrüne Stück Stoff, das ich in diesem Krankenhaus je ge-

Johannes Alt

Über 100 Jahre medizinische Bücher und Zeitschriften

Frankfurt 70 Gartenstraße 134 Tele on 612993/613774

sehen habe. Der Befehl, sich mit der Bahre leise und im Eilschritt zu bewegen sowie die Schwestern vorzuwarnen und zur Verriegelung aller Krankenzimmertüren zu veranlassen, brachte häufig eine allzu eindeutige Geschäftigkeit mit sich. Die Reaktion auf den Tod ist im Krankenhaus durchaus schichtenspezifisch. Medizinisch-technische Assistentinnen zeigten eine wohltemperierte Gleichgültigkeit, die Schwestern ohne Ausnahme (so schien es mir) einen Ausdruck eingeübter Trauer, das weibliche Küchenund Wäschereipersonal sowie die Putzhilfen, wenn sie in Gruppen von mehr als Dreien beieinanderstanden, schrien auf und flüchteten, als erwarte jedermann gerade diese Reaktion.

Zu 4. Mit stillschweigender Billigung des Chefarztes, allerdings gegen geschriebene Bestimmungen, nehmen Pfleger Handlungen wie Injektionen und schwierige Katheterisierungen vor, assistieren also nicht nur. Famuli und Assistenzärzte sind als Opfer der bundesrepublikanischen Ärzteausbildung z. B. in der Regel unfähig zu katheterisieren. Das steigert das Selbstbewußtsein vieler Pfleger und schafft Anlaß zu Konflikten mit Jungärzten.

Der Pfleger ist den beiden Hierarchien des Krankenhauses (abgesehen von jener der Verwaltung) schwer einzuordnen. Zwischen der Weisungsgewalt der Stationsschwester und der des Stationsarztes hat er eine gewisse Manövrierfreiheit. Zudem ist er häufig älter als "sein" Stationsarzt und hat – das bedingt seine Aufgabe, technische Geräte zu bedienen – oft auf anderen Stationen zu arbeiten, die, wie etwa reine Frauenstationen, nicht ständig einen Pfleger benötigen. Die Pfleger, ausgesprochen mobile Funktionen ausübend, kommen als

50\*

# Der ärztliche Stand — Versuch einer Analyse

einzige im Krankenhaus täglich mit allen Gruppen in Berührung: Mit Patienten, Schwestern, Arzten, den medizinisch-technischen Assistentinnen und den Heilgymnastinnen, dem Management und Personal der Verwaltung, den Putzhilfen, dem Personal von Küche, Wäscherei und Reparaturwerkstatt. Sie sind in idealer Weise dazu geeignet, Gerüchte zu verbreiten. Diese Gerüchte haben gewöhnlich auch für Schwestern Informationswert, anders als jene, die durch die Putzhilfen verbreitet werden. Diese Frauen sind Paria und haben nach "oben" kaum über technisch Notwendiges hinausgehenden Kontakt. Die Schwestern haben natürlich ihre eigenen Kommunikationswege - den Bedingungen einer straff geführten und kasernierten Frauengemeinschaft entsprechend. (Zumindest für die Diakonieschwestern im Bürgerhospital trifft

Das Prestige von Ärzten und Schwestern scheint sich auseinanderentwickelt zu haben. Die Schwestern rechnen sich gegenüber etwa den medizinisch-technischen Assistentinnen kaum Chancen aus, einen Arzt zu heiraten. Für mich, den teilnehmenden Beobachter, war das nur zu erfahren, indem ich mit der Teilnahme ernst machte.

Die ständig wachsende, nur noch mit aller Mühe zu verdrängende Todesangst (siehe oben), macht den Arzt immer mehr zum Herren über Leben und Tod. Die Schwestern dienen, und zwar auf eine deutlich sichtbare Weise, was in einer Gesellschaft, in der fast alle dienen, es aber nicht merken sollen, Degradierung mit sich bringt, Medizinisch-technische Assistentinnen arbeiten im Labor, scheinbar nur den Ergebnissen ihrer chemischen Untersuchungen verpflichtet. Das bringt Prestige. Zudem sind ihre Fähigkeiten begehrte Mitgift bei der Gründung einer Arztpraxis, von der alle Subalternärzte träumen. Im Krankenhaus werden diese schlecht bezahlt und sind den Launen eines geldscheffelnden Chefarztes ausgeliefert, dessen Tyrannis funktional überflüssig ist (nur im Operationssaal sind manchmal Kommandotöne vonnöten). Sie ist gegründet auf eine antiquierte Krankenhausorganisation und damit auf die ökonomische Basis: die Privatstation. Aber das weiß heute jeder.

Ernst Johow

Alltag in einer Klinik – Chefvisite. Eine Gruppe Weißbekittelter bewegt sich über den Krankenhausflur. Ganz vorne der Allmächtige, der Chefarzt, etwas dahinter der Oberarzt, noch etwas weiter dahinter der Stationsarzt. – Neben dem Stationsarzt, auf gleicher Höhe, die Stationsschwester, nur aus Funktionsgründen, denn sie trägt die Krankenblätter. Hinter dieser Spitzengruppe das Hauptfeld, eine mehr oder weniger große Anzahl Assistenten und Praktikanten, von denen alle, würden sie nach dem Grund ihrer Anwesenheit gefragt, die Antwort: "Es gehört sich halt so" geben würden.

Der ursprüngliche Zweck einer solchen Visite, etwas vom Chef zu lernen, ist längst ins lächerliche Gegenteil verkehrt, die Chefvisite wird als bloße Zeitverschwendung angesehen, die Masse der Assistenten geht gar nicht erst ins Krankenzimmer hinein (dieses wäre auch viel zu klein), sondern verweilt auf dem Flur, raucht und unterhält sich über alles Mögliche.

Am Krankenbett selbst wird die Farce dann zu Ende gespielt:

Der Chef, der fast immer den Patienten zum erstenmal sieht, bestätigt mehr oder weniger die Anordnungen des Stationsbzw. des Oberarztes. Der Patient ist zur bloßen Kulisse für ein Spektakulum geworden, das sich seit ca. 50 Jahren an deutschen Kliniken abspielt.

An diesem Beispiel läßt sich exemplarisch die Haltung des größten Teils der Mediziner aufzeigen, und hier ist mit ein Grund dafür zu finden, warum die medizinische Fakultät eine der stärksten Bastionen der Ordinarien ist und sein wird.

Es ist lohnend, auf den gesellschaftlichen Aufstieg der Ärzteschaft im letzten Jahrhundert zurückzublicken. Dieser Aufstieg begann etwa Mitte des vorigen Jahrhunderts, als die Naturwissenschaft ihre ersten großen Erfolge in der Medizin feierte. War der Arzt vorher in seiner Therapie mehr oder weniger auf sich selbst gestellt, was teilweise zu grotesken Ergebnissen führte, so begann jetzt die Ära der gro-Ben Lehrer in der Medizin, deren Schwerpunkt sich deutlich im deutschsprachigen Mitteleuropa konzentrierte. Die große Zeit der medizinischen Ordinarien hatte begonnen, die Leistungen und die Wissenskapazität einzelner feierte Triumphe und legte den Grundstein für das herrschende Prinzip in der Medizin: Alle Macht dem einen, dem Allwissenden Forscher und Arzt!

Diese autoritäre Grundstruktur übertrug sich sowohl auf das allgemeine politische Verhalten der Ärzteschaft, als auch auf die standespolitischen Organisationen der Medizin. Die Ärzteschaft ist in ihrer politischen Grundhaltung seit jeher reaktionär bis liberal-konservativ. Schon in der Ausbildung hatte sich der zukünftige Arzt Wissens- und Gesellschaftsnormen zu beugen, hatte sich dem Prüfungsritual zu unterwerfen, um dann, nach erfolgter Approbation in eine Gesellschaftsklasse aufge-

nommen zu werden, deren Prestige gegenüber den Herrschenden und den Beherrschten um so mehr stieg, je mehr Macht über Leben und Tod die ärztliche Forschung dem Mediziner verlieh. Daran hat sich bis heute wenig geändert.

Die zunehmende Entpolitisierung der Ärzteschaft, bzw. die unreflektierte Übernahme bestehender Machtverhältnisse im Ausbildungsbereich führen zu einem Arzt, der sich nurmehr auf sein Fach konzentriert, ohne die politischen Funktionen seiner Berufsausübung sehen zu wollen. Besaß früher vielleicht der Satz: "Oberstes Gesetz ist es, den kranken Menschen zu heilen und ihm zu helfen" eine Relevanz, so ist dieser Grundsatz heute in vielen Fällen zu einer Farce geworden, wo kritische Mediziner bewiesen haben, daß eine "Heilung" oftmals nur dann zu erreichen ist, wenn man die krankmachenden Verhältnisse in denen der Patient lebt, ändert; eine bloße Beseitigung der Symptome der Krankheit durch Arzneien kann nur als Reparatur bezeichnet werden.

Gegen diese Tatsache jedoch wenden sich die Standesorganisationen und der größte Teil des ärztlichen Establishments aus verständlichen Gründen: Eine Politisierung der Mediziner stellt das hierarchische Prinzip in Frage! Eine kritische demokratische Einstellung impliziert den Abbau der unbeschränkten Autorität der Ordinarien und Klinikchefs. Eine problembewußte Medizinerschaft stellt allein schon durch die bloße Ausübung des Berufs einen systemändernden Faktor dar, indem sie dem Patienten die krankmachenden Faktoren seiner Umwelt und zwangsläufig die Gründe dafür aufzeigt.

Von daher ist die hysterisch übersteigerte Reaktion der Herrschenden in der Medizin und ihren Organisationen auf die Kritik an ihrem System zu verstehen.

Als Beispiel ein Artikel in der Oktobernummer des Zentralorgans der Bundesärztekammer und der Kassenärztlichen Bundesvereinigung. Überschrift: "Treibjagd auf das Ansehen der Ärzte", darunter nach Bild-Manier drei Thesen, wie sie idiotischer und entlarvender kaum sein können:

Schluß mit der Pogromhetze gegen Chefärzte! Schluß mit dem Klassenkampf am Krankenbett! Schluß mit der Verleumdung der Kassenärzte!

In dem Artikel finden sich im übrigen nur Beispiele für den ersten und dritten Punkt, Beispiele für einen Klassenkampf am Krankenbett waren doch wohl nicht beizubringen, interessant bleibt trotzdem die Absicht, nämlich dem ohnehin meist konservativen Leser den Beginn des Kommunismus vorzugaukeln. Daß mehr als berechtigte Kritik am Chefarztsystem und an den Gepflogenheiten einer Kassenpraxis blindwütig als "Pogromhetze" und "Verleumdung" diffamiert wird, paßt genau auf die Linie, auf



Marxistische Literaturkritik	Herausgegeben von Viktor Zmegac. Ars Poetica Texte, Band 7. 1970. 441 Seiten, 8°. Leinen 32,— DM kartoniert 19,80 DM	
Methoden der deutschen Literaturwissenschaft	Eine Dokumentation. Herausgegeben von Viktor Zmegac. Schwerpunkte Germanistik. 1970. Etwa 320 Seiten, 8° kartoniert 14,80 DM	
Basis — Jahrbuch für deutsche Gegenwartsliteratur	Herausgegeben von Reinhold Grimm und Jost Hermand. 1. Band 1970. 252 Seiten, 8° kartoniert 28,— DM	
Die sprachlichen Konstituenten moderner Dichtung	Rolf Kloepfer / Ursula Oomen. Entwurf einer deskriptiven Poetik. 1970. 232 Seiten. 8° kartoniert 14,80 DM	
Die sogenannten Zwanziger Jahre	Herausgegeben von Reinhold Grimm und Jost Hermand. Schriften zur Literatur, Band 13. 1970. 232 Seiten 8°, kartoniert 18,— DM	
Anglistische Studienreform	Probleme — Pläne — Perspektiven. Herausgegeben von Ewald Standop. Schwerpunkte Anglistik. 1970. 160 Seiten, 8°, kartoniert 8,80 DM	



Athenäum-Verlag GmbH 6000 Frankfurt am Main Falkensteiner Straße 75-77

# Fachbereich Humanmedizin

der in letzter Zeit die Standesorganisation die lauter werdende Kritik abzublocken versucht.

Im Folgenden wird ausführlich die Chefarztseite zitiert und laut Klage über die "Nestbeschmutzer" geführt, die sich erdreisten, ein ach so gut funktionierendes System in Frage zu stellen. Auf die Äußerungen von Dr. Mausbach wird inhaltlich überhaupt nicht eingegangen, statt dessen kommt der Präsident der Bundesärztekammer, Prof. Fromm, ausführlich zu Wort. Er bezeichnet die Kritik am Chefarztsystem als "zielbewußte Meinungsmache" und hat auch gleich einen Buhmann zur Hand: "Das Ziel dieser Meinungspolitik ist eindeutig: das überhöhte Sozialprestige abzubauen - so, oder ähnlich lautet es in den Kreisen, welche die Ansehensskala verändern wollen, indem sie systematisch jegliches Ansehen zerstören, ob es sich um das Ansehen der Priester, der Lehrer, der Richter, der Arzte handelt - sie alle sind schuldig, weil sie ein "überhöhtes Sozialprestige" besitzen, das zwar nicht der Bevölkerung, aber jenen sogenannten von Minderwertigkeitskomplexen geplagten Gesellschaftskritikern mißfällt", soweit Professor Fromm.

Die Absicht ist klar, ein Reaktionär verteidigt seine Position. Interessant ist jedoch ebenso die Bezeichnung für diejenigen, die es gewagt haben, gegen den Stachel zu löcken: "sogenannte, von Minderwertigkeitskomplexen geplagte Gesellschaftskriti-ker", hier wird das fortgesetzt, was die reaktionäre Propaganda seit jeher meisterhaft verstanden hat: Die Kritiker werden zu Untermenschen, zu Psychopathen abgestempelt, und damit erübrigt sich jede weitere Diskussion. Kaum einen verwundert es angesichts dieser Worte mehr, wenn er erfährt, daß unter Hitler die deutsche Ärzteschaft eines der traurigen Beispiele für Kadavergehorsam, Linientreue und Arrangement mit dem System bildete.

Alle diese Kritik, alle in der Offentlichkeit geführten Diskussionen über die Ärzteschaft dürfen jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß es Aktionen von einzelnen waren, die für ihren Mut teuer bezahlen mußten. Alle Vorwürfe werden erfolglos bleiben, wenn nicht die kommende Medizinergeneration ein kritisches und demokratisches Bewußtsein in ihren Beruf mitbringt. um endlich den Leuten das Funktionärsdasein zu beenden, die Immobilität mit Fortschritt und reaktionäres Verhalten mit Standesbewußtsein gleichsetzen. Hier liegt die Aufgabe der studentischen Politik, Ärzte aus der Universität herauszulassen, die ihren Beruf nicht nur als gutbezahlten, prestigeträchtigen Job auffassen, sondern die Möglichkeiten einer kritischen Medizin erkannt haben, an einer Demokratisierung aktiv mitzuarbeiten. Wenn man allerdings die zukünftigen Ärzte im Studium sieht, kann man daran (ver)zweifeln.

Manfred Möller

# Hochschule in der Hochschule

Durch das neue hessische Universitätsgesetz (HUG) ist die Humanmedizin nicht als Fachbereich wie jeder andere anzusehen, sondern die Selbständigkeit der bisherigen Fakultät wurde dank der unermüdlichen Aktivität reaktionärer Ordinarien eher noch vergrößert. Äußerlich kann man das schon daran ablesen, daß ihm im HUG eigens 9 umfangreiche Paragraphen gewidmet sind. Speziell für Frankfurt bedeutet das die organisatorische Ausweitung der bereits vorher bestehenden räumlichen Trennung der Medizin von der übrigen Universität.

So hat der zentrale Ständige Ausschuß für Haushaltsangelegenheiten und den Hochschulentwicklungsplan im Fachbereich Humanmedizin keinerlei Kompetenzen. Seine Aufgaben werden hier durch die wohl ebenfalls mit Entscheidungsbefugnis ausgestatteten Ausschüsse für Haushaltsangelegenheiten und für Personalangelegenheiten wahrgenommen (1). Der Bereich Humanmedizin übermittelt seinen Haushaltsvoranschlag also als einziger direkt dem Landeshochschulverband, während die zentralen Organe der Universität lediglich eine Stellungnahme dazu abgeben können.

Da die Fachbereichskonferenz (2) im Bereich Humanmedizin zu unbeweglich wird (in Frankfurt werden ihr etwa 200 Mitglieder angehören, bleiben ihr nur die quasi legislativen Befugnisse, nämlich der Erlaß der Satzung und der akademischen Prüfungsordnungen sowie die Wahl des Direktors, der stellvertretenden Direktoren und der Mitglieder der Fachbereichsausschüsse. Alle anderen Aufgaben nimmt der zu diesem Zweck eigens geschaffene Fachbereichsrat wahr (3)

Die weitgehende Autonomie dieses Riesenfachbereichs zeigt sich nun wieder in den Befugnissen seines Direktors (= Dekan). Er nimmt, abgesehen von der Berufung der Professoren, "neben seinen Aufgaben als Dekan für den Fachbereich Humanmedizin die Aufgaben wahr, die dem Universitätspräsidenten nach diesem Gesetz zustehen". Er ist also für alle Angelegenheiten zuständig, die keinem anderen Organ durch Gesetz oder Satzung zugewiesen sind, übt das Hausrecht aus, kann Beschlüsse anderer Organe des Fachbereichs beanstanden und in dringenden Fällen vorläufige Maßnahmen treffen. Eigene Rechte des Universitätspräsidenten werden jedoch nicht eingeschränkt.

Weit bedeutungsvoller als die bisher erwähnten Regelungen ist die Tatsache, daß der Vorstand des Universitätsklinikums "in Anbetracht der Aufgaben, die dem Universitätsklinikum im Rahmen des öffentlichen Gesundheitswesens übertragen sind" "an Beschlüsse oder Weisungen der Fachbereichskonferenz, des Fachbereichsrats oder der Ausschüsse nicht gebunden" ist. Er untersteht insoweit lediglich den Bestimmungen für das öffentliche Gesundheitsund Krankenhauswesen sowie eventuellen Weisungen des Kultusministers. Laut Gesetz gehören dem Vorstand der Direktor (= Dekan), die stellvertretenden Direktoren (= Prodekane) und der Verwaltungsdirektor an, jedoch kann die Satzung des Fachbereichs weitere Mitglieder vorsehen. Zu seinen Aufgaben zählen im Rahmen der Personal- und Wirtschaftsverwaltung des Universitätsklinikums insbesondere die Organisation und Planung des Krankenhausbetriebes sowie die "Beschlußfassung über die Verwendung der für die Krankenbe handlung bereitgestellten personellen und sachlichen Mittel".

Berücksichtigt man, daß in der Praxis die medizinische Forschung ebenfalls weitgehend über diese Gelder finanziert wird, weil ja in den meisten Fächern Krankenbehandlung und Forschung untrennbar miteinander verbunden sind und das eine das andere zur grundsätzlichen Voraussetzung hat, erkennt man die Tragweite dieser undemokratischen Bestimmungen erst richtig. Inwiefern der Fachbereichsrat und die zuständigen Ausschüsse bei der Verteilung der übrigen Mittel hier möglicherweise als Korrektiv wirken könnten, ist nicht zu übersehen und hängt überdies von deren Höhe ab. Nach den Wahlen zur Fachbereichskonferenz wird es darauf ankommen, in die Satzung einige über die gesetzlichen Vorschriften hinausgehende progressive Einzelheiten einzuarbeiten. Der Spielraum hierzu ist allerdings sowohl vom HUG und HHG her als auch von der zu erwartenden personellen Zusammensetzung der Fachba reichskonferenz her nur sehr knapp bemes

# Mitbestimmung am Arbeits-platz

Kliniken, Betriebseinheiten und sonstige Einrichtungen mit gleichartigen Dienstleistungsaufgaben bilden in der Regel ein Medizinisches Zentrum. Dieses verfügt als organisatorische Grundeinheit von Krankenversorgung, Dienstleistung, Forschung und Lehre über die ihm zugewiesenen Personalstellen und Sachmittel und verwaltet die ihm zugewiesenen Einrichtungen. Dabei legt es fest, über welche personellen und sachlichen Mittel die Hochschullehrer, Arbeitsgruppen und Betriebseinheiten verfügen können. Einrichtungen, die sich wegen ihrer Eigenart nicht zu Medizinischen Zentren zusammenfassen lassen, werden analog als Ständige Betriebseinheiten geführt.

Dem Direktorium einer ständigen Betriebseinheit oder eines Medizinischen Zentrums gehören alle dort tätigen Hochschullehrer, halb so viele wissenschaftliche Bedienstete, ein Student und ein weiterer Bediensteter an (4). Aus dem Kreis der auf Dauer an dem Zentrum oder der Betriebseinheit tätigen Professoren wählt das Direktorium einen Geschäftsführenden Direktor für 4 Jahre. Außerdem bestimmt es einen Stellvertreter. Sind an dem Zentrum oder in der Betriebseinheit mehr als 5 Hochschullehrer tätig, so wird ein Geschäftsführender Vorstand gewählt. Ihm gehört der Direktor, sein Stellvertreter und ein weiterer Hochschullehrer an.

Der geschäftsführende Direktor bzw. der geschäftsführende Vorstand nun ist das eigentliche Verwaltungsorgan. Er leitet und verwaltet das Zentrum oder die Betriebseinheit nach Maßgabe der vom Direktorium erlassenen Ordnung. "Er tut das in eigener Verantwortung, soweit es sich um

die Wahrnehmung übertragener Aufgaben im Rahmen des öffentlichen Gesundheitswesens handelt" Weiterhin übt er das Hausrecht aus. Der geschäftsführende Direktor kann sogar Beschlüsse des Direktoriöms oder des geschäftsführenden Vorstandes, "für deren Ausführung er die Verantwortung nicht übernehmen kann", mit aufschiebender Wirkung beanstanden. Bleibt das Direktorium bei seinem Beschluß, entscheidet der Vorstand des Universitätsklinikums.

Auch hier zeigt sich wieder das Bestreben der technokratischen Hochschulreform, zwar bis ins einzelne gehende Vorschriften zur reibungslosen Funktion der Institution zu schaffen, die in ihrer Perfektion in diesem Falle schon geradezu grotesk anmuten, gleichzeitig aber jede Form von demokratischer Kontrolle oder gar effektive Mitbestimmung seitens der an der Basis Arbeitenden zu verhindern.

Soweit es sich um die Aufgaben des

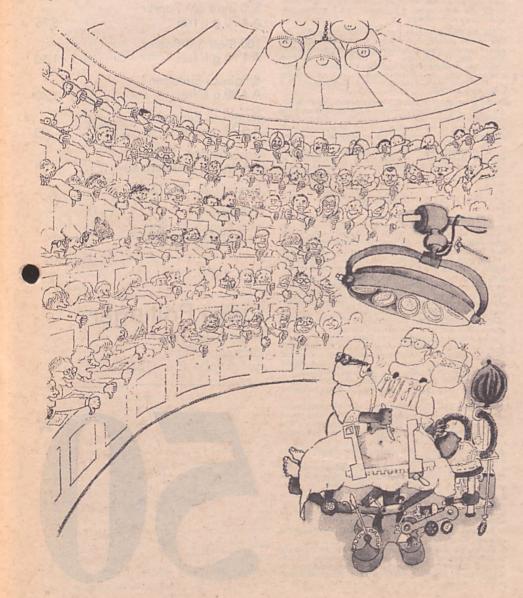
Fachbereichs im Rahmen des öffentlichen Gesundheitswesens und der damit verbundenen Forschung handelt, kann man geradezu von einem Musterbeispiel der technokratischen Hochschulreform sprechen, denn das Chefarztprinzip wird in keiner Weise angetastet. Da die Interessenlage sowie die grundsätzlichen Widersprüche, in denen sich die Medizin unter den vorgegebenen gesellschaftlichen Bedingungen befindet, für die Universitätskliniken nicht spezifisch sind, braucht auf diesen Aspekt hier nicht näher eingegangen zu werden (5).

# Möglichkeiten studentischer Politik

Mitbestimmung der im Krankenhaus Tätigen ist also im HUG nicht vorgesehen, doch sind im Universitätsklinikum ja die allgemeinen Aufgaben jedes Krankenhauses mit denen der Lehre und Forschung eng verbunden, woraus sich neue Perspektiven ergeben. Bei letzteren nämlich ist mit der oben erwähnten Einschränkung eine Kontrolle durch die Beschlußgremien prinzipiell möglich. Da die Hochschullehrer in allen Gremien über eine mehr oder weniger starke Mehrheit verfügen, dürfte es in Anbetracht der an anderer Stelle des Heftes eingehend erläuterten Mentalität und des spezifischen Standesbewußtseins jedoch kurzfristig gesehen kaum zu echten Reformen kommen.

Ob eine aktive Mitarbeit der Studenten im Sinne der vom SHB und AStA Frankfurt entwickelten Kriterin möglich und sinnvoll ist, muß im Einzelfall entschieden werden (6). Im Bereich Humanmedizin könnte jede Aktivität daran gemessen werden, ob sie die folgenden Ziele zu verwirklichen hilft:

- 1. Minderung der medizinischen Eigenbrötelei durch sachbezogene Zusammenarbeit mit anderen Fachbereichen und Einrichtung interdisziplinärer Arbeitsgruppen und Wissenschaftlicher Zentren.
- 2. Zusammenarbeit mit außeruniversitären Einrichtungen wie Kreiskrankenhäusern, qualifizierten Arztpraxen und geeigneten gesellschaftlichen Institutionen bei der Ausbildung zu medizinischen Berufen,
- 3. ungehinderter Zugang zum Studium durch Abschaffung des Numerus clausus in jeder Form,
- 4. Veränderung der Lehrinhalte zugunsten einer alle objektiven Bedingungen von Krankheit erfassenden Betrachtungsweise, Schaffung der diesen Erfordernissen entsprechenden neuen Studiengänge und Berufsbilder und Unterstützung der dazu dienenden Forschungsvorhaben.
- 5. Diskussion neuer Möglichkeiten und Organisationsformen einer auf die Bedürfnisse der Patienten bezogenen Therapie sowie Entwicklung vorbeugender Maßnahmen, um Krankheit nach Möglichkeit gar nicht erst entstehen zu lassen.



6. Nachweis und öffentliche Bewußtmachung der einer so verstandenen Therapie bzw. Prävention im Wege stehenden strukturellen Hindernisse. Aufzeigen erfolgversprechender Strategien zu ihrer Überwindung

Darüber hinaus bleibt es die Aufgabe der Fachschaft, alle am Arbeitsplatz im Krankenhaus bei Schwestern, Ärzten, medizinischem Hilfspersonal usw. entstehenden Emanzipationsprozesse zu unterstützen und zu fördern.

Im folgenden sollen nun die Möglichkeiten studentischer Beteiligung an den Gremien des Fachbereichs durch zwei Beispiele erläutert werden. Sieht man sich die Paritäten in der Fachbereichskonferenz an, erscheint eine aktive Mitarbeit als sinnvoll, da einerseits gewisse Koalitionschancen gege-ben sind, zum anderen kaum sämtliche Hochschullehrer stets als geschlossener Block abstimmen werden. Hier bestehen Aussichten für einige im emanzipatorischen Sinn wirksame Reformen bei der Ausarbeitung der Satzung. Auch eine Teilnahme an der Wahl des Direktors ist in Anbetracht seiner starken Stellung unbedingt notwen-

Auf der Ebene der Medizinischen Zentren kommt eine aktive Mitarbeit in der Regel nicht in Betracht, da sie wegen der Mehrheiten nur bestehende Herrschafts- und Konfliktverhältnisse verschleiern oder bestenfalls systemimmanent regeln könnte. Obwohl das HUG Reformen der Klinikstruktur nicht vorsieht und nicht einmal Raum für experimentelle Organisationsformen auf freiwilliger Basis läßt, besteht hier durch passive Teilnahme die Chance, Struktur und Funktionsweise der Institution transparent zu machen und ihre Mängel und Widersprüche aufzuzeigen. Dadurch könnten Aufklärungs- und Lernprozesse an der Basis unterstützt werden, die ihrerseits über die medizinische Aus- und Weiterbildung sowie durch Druck von der Basis zu positiven Reformen im Gesundheitswesen beitragen, um so die Entfaltungsmöglichkeiten der durch Krankheiten der verschiedensten Genese beeinträchtigten Menschen zu verbessern. Dies gilt besonders für die psychischen und sozialen Krankheitsursachen, die bis heute im Gegensatz zu den rein somatischen von den meisten Ärzten nicht einmal erkannt, geschweige denn entsprechend behandelt werden können (7).

Gunter Fischer

1) Dem Ausschuß für Haushaltsangelegenheiten und dem nur im Bereich Humanmedizin bestehenden Ausschuß für Personalangelegenheiten gehören an: der Dekan, 2 Professoren, 1 Dozent, 1 Student, 1 wissenschaftlicher und ein weiterer Bediensteter. Während der Übergangsregelung gilt folgende Zusammensetzung: der Dekan, 2 Hochschullehrer, 2 wissenschaftliche Mitarbeiter, 1 Student und 1 nichtwissenschaftlicher Mitarbeiter.

2) Die Fachbereichskonferenz besteht aus allen Profesa) Die Fachbereichskonferenz besteht aus allen Professoren des Fachbereichs, die nicht beurlaubt sind, aus Vertretern der Dozenten, der Studenten und der wissenschaftlichen Bediensteten im Verhältnis 5:1:3:1, sowie aus einem Vertreter der weiteren Bediensteten. Durch Satzung kann die Zahl der weiteren Bediensteten bis auf fünf erhöht werden. Während der Übergangsregelung besteht die FBK aus allen Hochschullehrern des Fachbereichs, die an der Universität hauptberuflich tätig und nicht beurlaubt sind, aus Vertretern der wissenschaftlichen Mitarbeiter und der Studenten im Verhältnis 5:3:2 sowie aus einem nichtwissenschaftlichen Mitarbeiter. lichen Mitarbeiter.

ichen Mitarbeiter.

3) Mitglieder des Fachbereichsrats sind: der Direktor (= Dekan), 2 stellvertretende Direktoren (= Prodekane), 7 Professoren, 2 Dozenten, 4 Studenten, 4 wissenschaftliche Bedienstete, 1 weiterer Bediensteter und ein Vertreter der dem Fachbereich zugeordneten akademischen Lehrkrankenhäuser. Die Amtszeit beträgt wie bei der Fachbereichskonferenz mindestens 2 Jahre, für Studenten mindestens 1 Jahr. Während der Übergangsregelung hat der FBR folgende Zusammensetzung: der Direktor, 2 stellvertretende Direktoren, 7 hauptberufich im Fachbereich tätige Hochschullehrer, 6 wissenschaftliche Mitarbeiter, 4 Studenten und 1 nichtwissenschaftlicher Mitarbeiter.

Schaftlicher Mitarbeiter.

4) Für die Übergangszeit sieht das HUG folgendes vor: Die in den ständigen Betriebseinheiten und medizinischen Zentren hauptberuflich tätigen Hochschullehrer bilden das Direktorium. Dem Direktorium gehören außerdem Vertreter der wissenschaftlichen Mitarbeiter, 1 Student und ein nichtwissenschaftlichen Mitarbeiter en. Die Zahl der wissenschaftlichen Bediensteten beträgt 50% der Zahl der Hochschullehrer.
Wichtig ist die im Gesetz vorgesehene Möglichkeit, die Zahl der Studenten oder weiteren Bedienstelen durch die Satzung des Fachbereichs bis auf 5 zu erhöhen, wenn dies im Hinblick auf die besonderen Aufgaben in Lehre und Forschung angemessen erscheint.

hen, wenn dies im Hinblick auf die besonderen Auf-gaben in Lehre und Forschung angemessen erscheint

\*! Für eingehendere Information empfiehlt es sich, den kürzlich erschienenen Aufsatz "Das Krankenhaus im gesellschaftlichen Widerspruch" von Michael Regus zu lesen (Argumente zur Zeit 109, Pahl-Rugenstein Verlag, Köln).

4) In einer am 24. 6. 1970 erschienenen Schrift heißt es dazu:

a) Notwendig ist die Beteiligung von Studenten und Assistenten an den neuen universitären Gremien. Das bedeutet nicht, daß die Kritik an ihnen zurückgenommen wird. Der Grund für die Teilnahme liegt u. a. in den Erfahrungen der Studentenbewegung, die gezeigt haben, daß der völlige Rückzug auf die Arbeit an der Basis, der Verzicht auf direkte Informationsbeschaffung, langfristig zur Isalierung und politischen Handlungsunfähigkeit führt. Keinesfalls werden dadurch jedoch die unter sich gelassenen Ordinarien und Wirtschaftslobyisten zur Aufgabe der Durchsetzung ihrer Interessen und Vorstellungen gezwungen.
b) Die grundsätzliche Teilnahme an Gremien besagt aber noch nichts über die Art und Zielsetzung der politischen Arbeit in den jeweiligen Institutionen. Ob aktiv, d. h. im Sinne positiver Mitarbeit in den einzelnen Gremien gearbeitet wird, oder bloß passiv Informationen gesammelt werden, die für politische Aktivitäten außerhalb der Gremien lauch gegen diese) eingesetzt werden, muß durch die Definition der Ziele und der dafür notwendigen Voraussetzungen festgelegt werden.

werden. Aber selbst der Extremfall, die auf Informationsbe-schaffung reduzierte Tätigkeit, und deren Verwertung außerhalb der Gremien, überwiegt den abstrakten Vor-wurf durch studentische Beteiligung an der Verschleie-rung der Herrschaft mitzuwirken.

vort data verschaft mitzuwirken.
c) Allgemeine Ziele der studentischen Politik in den universitären Gremien:
1. Vermitlung aller relevanten Informationen aus den Gremien in die Offentlichkeit und Schaffung von Motivationsmustern für politische Mobilisierung.
2. Herstellung der Transparenz der Entscheidungspro-

Einflußnahme auf Entscheidungen im Sinne einer auf Mitbestimmung und Kontrolle abzielenden Politik,
 Erweiterung des Entscheidungsspielraumes der majo-

4. Erweiterung des Entscheidungsspietraumes der majo-risierten Gruppen.
5. Durch die studentische Politik in den Gremien ist zu demonstrieren, daß nur Gremien, in denen Studen-ten und Assistenten ausreichend an Entscheidungspro-zessen durch Paritäten beteiligt sind, effektive Arbeit leisten können.

d) Voraussetzungen für die Entscheidung zu aktiver bzw. passiver Mitarbeit in Gremien sind:

1. relevanter Entscheidungsbereich, 2. angemessene Parität, 3. Koalitionschancen. Sind alle drei Vorausetzungen erfüllt, wird aktiv teilgenommen. Ist nur eine Voraussetzung vorhanden, wird passive Teilnahme notwendig, d. h. die konsequente Initiierung von Konflikten und der Verhinderung unkonstättliche Entstätzung von Konflikten und der Verhinderung unkonstätzung von der Verhinderung unkonstätzungen erfüllt. trollierbarer Entscheidungen,

17) Man geht davon aus, daß 30–50% der Kranken, welche ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen, sogenannte "funktionelle Leiden" zeigen, (nach Alexander Mitscherlich: Krankheit als Konflikt, Studien zur psychosomatischen Medizin I. edition surkamp 164, Seite 13), Im Klientel eines Land-Allgemeinpraktikers gehören ca. 15% aller Patienten dem Formankreis der psychisch erkrankten Personen an. Davon entfallen ungefähr 12% auf die Gruppe der psychosozialen Erkrankungen (Neurose, psychogene Reaktionen). (1. Leitner, Münchener Medizinische Wochenschrift [1970] 44, Seite 2004 und Med. Wett [1961] 1040).

### Sonderangebot Kollegbedarf

500 Blatt SM-Papier A 470 g h'frei 5,75 100 Blatt SM-Papier 1,50 A 470 g h'frei Ringbuch-Einlagen 1,40 A 4 80 g h'frei Ringbuch-Einlagen -,90 A 5 70 g h'frei Karteikarten 1,90 A6 liniert, unliniert, kariert Sichthüllen, 10 Stück 3, -Füllhalter und Kugelschreiber in großer Auswahl

### Luise Pollinger

Frankfurt am Main Bockenheimer Landstraße 131 + 133



# Die Psychosomatik und ihre Gegner

### Die psychisch Kranken und die offizielle Medizin

Etwa 30 bis 50 % der Kranken, die die Wartezimmer de Ärzte bevölkern, werden von vorneherein falsch behandelt. Sie leiden an Magengeschwüren, Asthma, Herzund Kreislaufstörungen und Migräne, aber es gibt für sie keine angemessene Therapie. Ihr Leiden ist psychischen Ursprungs, aber es fehlen den meisten Ärzten die Kenntnisse, psychosomatische Krankheiten korrekt zu diagnostizieren und zu heilen, da im Rahmen der etablierten Medizin weder Diagnose noch Therapie psychisch verursachter physischer Leiden gelehrt werden. Mit unzureichenden Mitteln werden bestenfalls die Symptome kuriert, und die Mehrzahl der Patienten bekommt niemals einen Arzt zu Gesicht, der ihnen helfen könnte, da in der Bundesrepublik ungefähr 2,5 Millionen Patienten (BG Medizin Tübingen) nur 450 qualifizierte Psychotherapeuten gegenüberstehen (Input 4, 1969, Seite 39).

Freilich ist in absehbarer Zeit kaum eine durchgreifende Änderung dieses Zustands zu erwarten, da die offizielle Medizin und besonders die etablierte Psychiatrie psychoanalytischen Theorien und Methoden nach wie vor beträchtlichen Widerstand entgegensetzen. Das Dogma "Geisteskrankheiten sind Gehirnkrankheiten" steht nach wie vor in voller Blüte und verhindert die Aufnahme von Theorien, die psychische und soziale Ursachen von Geisteskrankheiten annehmen. Der Widerstand äußert sich weniger in theoretischen Argumentationen gegen die Psychoanalyse als in administrativen Maßnahmen gegen ihre Vertreter. So scheiterte die Errichtung eines Lehrstuhls für Psychoanalyse an der Medizinischen Fakultät in Frankfurt am Einspruch der Medizinordinarien. Wollen Medizinstudenten etwas über Theorie und Praxis der Psychoanalyse erfahren, so sind sie gezwungen, sich hinter dem Rücken der Ordinarien zur psychoanalytischen Ausbildung zu schleichen, wollen sie ihre Karriere nicht gefährden. So kann es z.B. geschehen, daß Assistenzärzten der Frankfurter Nervenklinik, die soziale Faktoren bei der Entstehung von Geisteskrankheiten berücksichtigen, in der Ausbildungszeit zum Facharzt der Arbeitsvertrag mit Argumenten wie "wissenschaftlich nicht qualifiziert" oder "Rückstand in der Erledigung von Krankengeschichten" nicht mehr verlängert wird.

Bei einer solchen Einstellung ist es nicht weiter verwunderlich, daß die entsprechenden klinischen Einrichtungen zu einer erfolgversprechenden Therapie psychosomatischer Störungen fehlen und die Aufwendung geldlicher Mittel gänzlich unzureichend ist. So wurden im Jahre 1961 in einer Stadt mit rund einer halben Millionen Einwohnern 8 Mill. DM für die Krankenversorgung aufgewandt, davon entfielen 4000 DM auf die Psychotherapie (Mitscherlich, Krankheit als Konflikt 2, S. 146). Eine gerechtere Verteilung der vorhandenen Mittel ist kaum zu erwarten, wenn sich der in unserer Gesellschaft kursierende Krankheitsbegriff nicht ändert, aber eine solche Änderung scheiterte bislang am Machtkartell der Medizinordinarien.

Solange sich kein angemessenes Verständnis psychischer und psychosomatischer Leiden durchsetzt, werden Patienten mit "Therapien" zu kurieren versucht, wie sie z. B. in der Sozialpsychiatrischen Abteilung der Frankfurter Nervenklinik üblich sind, deren "... soziale Leistung darin bedurch stumpfsinnige Tätigkeiten (Glühbirnchen zusammenstecken, Modeschmuck verpacken usw.), die kaum ein gesunder Mensch längere Zeit ertragen kann, die Arbeitsfähigkeit und damit die Möglichkeit einer eventuellen sozialen Wiedereingliederung zu überprüfen - das alles für einen Hungerlohn,... (Peter Crell, in: Kritische Medizin, April 1970, S. 21). Wirksame psychotherapeutische Maßnahmen kosten Geld, und an entsprechenden finanziellen Aufwendungen ist die kapitalistische Gesellschaft ebenso wenig interessiert, wie an der Verbreitung von Erkenntnissen über die Ursache psychischer Leiden. Haben diese in gesellschaftlich begründeten Konflikten ihren Ursprung, so bedeutet Aufklärung über deren Ursache zugleich Aufklärung über gesellschaftliche Widersprüche. Die Herrschenden sind jedoch "heilfroh, daß sich die Widersprüche statt im Bewußtsein an den Organen der Menschen manifestieren" (G. Francke, Kritik an Parsons, in: Kritische Medizin, 1969, 1, S. 16) und reagieren empfindlich, wenn diese Verdrängungsstrategie wirksam durchbrochen wird.

Dies mußte das Heidelberger Sozialistische Patientenkollektiv (SPK) erfahren (FR vom 5. 11. 1970, S. 22), das energisch auf die krankmachenden Aspekte der Gesellschaft hinwies, die aktive Beteiligung von Patienten an der Organisation und Durchführung der Psychotherapie forderte, das Therapieziel Emanzipation gegenüber der Anpassung betonte, die psychoanalytische Theorie mit ökonomischen, soziologischen und politischen Diskussionen verband, und kritisch der etablierten Medizin gegenüberstellte. Die Einbeziehung politischer Fragestellungen mobilisierte das Kultusministerium. Obgleich 3 von 4 wissenschaftlichen Gutachten für das SPK positiv ausfielen, untersagte ein Brief vom Kultusministerium an die Universität, "den Beschluß ihres Verwaltungsrats zu vollziehen und an das SPK weitere Leistungen zu erbringen" (FR, S. 22). Solche kritischen Aktivitäten sind von der offiziellen Medizin kaum zu erwarten, und es ist daher notwendig, an einem Beispiel diejenigen Merkmale aufzuzeigen, welche die etablierte Psychiatrie für ideologische Nebelbildungen so anfällig machen.

### Professor Weitbrecht und die Psychosomatik

Schleuderte die offizielle Psychiatrie über Jahrzehnte ihren Bannstrahl gegen die Psychoanalyse, so wurde dagegen die Psychosomatik nur wenig attackiert. Umso interessanter ist es, wenn ein Psychiater die Geste vornehmen Ignorierens aufgibt und ein ganzes Buch der Widerlegung der Psychosomatik widmet. Prof. Weitbrechts Buch "Kritik der Psychosomatik" (Stuttgart 1955) verdient eine nähere Betrachtung, da es Argumentationen enthält, die typisch sind für die Haltung der etablierten Medizin gegenüber dieser Wissenschaft. Richtet sich seine Kritik auch gegen die gesamte Psychosomatik, so wendet er sich am schärfsten gegen die im engeren Sinne psychoanalytisch orientierten Schulen. Besonders der Neurosenbegriff der Psychoanalyse findet seine Ablehnung "weil die Psychologie der Psychosomatik weitgehend identisch ist mit der Neurosenpsychologie" (S. 16).

Die endogenen Psychosen (Schizophrenie, manisch-depressives Irresein) gründen für ihn ausnahmslos in körperlichen Schäden. Es steht für ihn fest, "... daß das Auftreten endogener Phasen aus psychologisch nicht erhellbaren und somatologisch noch nicht faßbaren biologischen Tiefen heraus schicksalsmäßig erfolgt." Psychosen lassen sich demnach nicht psychologisch deuten und als Sinnzusammenhang verstehen. Es wird behauptet, "... daß die endogenen Psychosen vielmehr die Sinnkontinuität des Lebens des einzelnen Kranken, soweit sie uns psychologisch erhellbar ist, genauso unterbrechen oder zerreißen, wie es sonstige kör-perliche Krankheiten oder Unfälle auch zu tun pflegen. Daran können alle analytischen Deutungsversuche nichts ändern, und daran ändern auch die völlig spekulativen Hypothesen nichts, welche die Suche nach angeblich spezifischen Umweltschäden, die für eine Psychose in späteren Lebensjahren verantwortlich sein sollen, bis zur Säug-lingszeit, ja bis in das intrauterine Leben hinein erstrecken."

Wirft der Psychiater der psychoanalytischen Konzeption Spekulation vor, so muß ihm der Vorwurf zurückgegeben werden, da es trotz ungeheuerem Aufwand der Psychiatrie bis heute nicht gelungen ist, einen schlüssigen Beweis für die somatische Bedingheit endogener Psychosen zu liefern, und die deutsche Psychiatrie die in den angelsächsischen Ländern durchgeführten Untersuchungen über das Verhältnis von Familienstruktur und Psychose mehr oder weniger systematisch ignoriert hat (vgl. Bateson, Jackson usw., Schizophrenie und Familie, Theorie 2, Suhrkamp-Verlag). Ebensofragwürdig ist die gut zur somatischen Synthese passende Behauptung: "Bei allen Völkern aller Zeiten findet man gleichverlau-

fende seelische Störungen." Erich Wulff hat im Gegensatz dazu das Fehlen schizophrener Ich-Störungen bei den Vietnamesen festgestellt (Erich Wulff, Grundfragen transkultureller Psychatrie, in: Das Argument, 50, 1969), eine Entdeckung, die eine starke Stütze für eine psychoanalytische Deutung der Psychosen darstellt.

Aber Weitbrecht will weder von einer psychoanalytischen Theorie der Psychosen noch der Neurosen etwas wissen. Ihm mißfällt selbst der Begriff "Neurose", und er möchte ihn durch das Konzept "abnorme Erlebnisreaktionen" ersetzen, eine Maßnahme, die schließlich zur Liquidierung des Krankheitscharakters der Neurose führt. Im Unterschied zu den endogenen Psychosen fehlt bei Neurosen ein prozeßhafter Ablauf; weisen sie eine unschärfere Symptomatik auf, sind die Folgen für das Individium nicht so katastrophal, und es gibt keine feste Grenze gegenüber der Normalität. Das Ich wird nicht zerstört, sondern in seinen Äußerungsmöglichkeiten beeinträchtigt. Die verwirrende Fülle neurotischer Verhaltensweisen sowie das Fehlen bedingender körperlicher Defekte veranlassen Weitbrecht, sie als abnorme Erlebnisreaktionen ohne einheitliches Krankheitsbild zu deuten.

Weil diese Erlebnisreaktionen nicht exakt gegen normales Verhalten abgrenzbar sind, schüttet er das Kind mit dem Bade aus und leugnet, daß Neurosen diagnostisch faßbare Krankheitseinheiten darstellen. Die Bestimmung psychischer Gesundheit mit Begriffen wie Genußfähigkeit und Integration, wie sie sich in psychoanalytischen Theorien findet, wird abgelehnt, weil damit die Differenz zwischen dem sogenannten norma-len Menschenschicksal mit seinen unausbleiblichen Konflikten und einem psychotherapeutisch Hilfe erforderndem Leiden verwischt werden. Zu dieser Argumentationstechnik paßt es gut, neurotischen Leidensdruck und angeblich normale Lebensnot zu identifizieren und körperliche Krankheit mit Krankheit schlechthin gleichzusetzen. "Lebensnot eines Menschen als solche zur Krankheit zu stempeln, ist ein Unding, und gegenüber den Konsequenzen einer vollkommenen Begriffsanarchie scheint es uns das kleinere Übel zu sein, an dem naturwissenschaftlichen Seinsbegriff festzuhalten, wie ihn etwa K. Schneider präzisiert hat, für den "Krankheiten" ausnahmslos Krankheiten des Leibes sind" (S. 26).

Damit löst sich die Neurose als spezifische "Krankheitsentität" auf. Mit einem Seitenblick auf Kurt Schneider schreibt Weitbrecht: "Die Bezeichnung "Krankheit" wird mit allen Konsequenzen straf-, zivilund versorgungsrechtlicher Art abgelehnt" (S. 17). Krankheit ist gleichbedeutend mit sinnfreiem somatischen Geschehen; allen psychischen Defekten ist so die verstehbare Grundlage im Bereich der Psychie entzogen. So läßt sich die Krankheit nicht mehr ableiten aus der Dynamik analysierbarer Konflikte und ist einem verstehenden Zugriff nicht mehr zugänglich.

Für die Entwicklung einer psychosomatischen Medizin hat eine solche Position verheerende Folgen. Besonders eingehend setzt sich Weitbrecht mit Franz Alexander auseinander, der ein dynamisches Schema entwickelt hat, das die Beziehungen zwischen emotionalen Konstellationen und vegetativen Reaktionen darstellt. Die Versagung oral rezpetiver Wünsche führt zu oral-aggressiven Reaktionen, die wiederum Schuldgefühle und Angst im Gefolge haben. Werden nun orale Aggression und Abhängigkeit überkompensiert durch erfolgreiche Leistungen, so kommt es als Reaktion auf exzessive Anstrengungen zur Verstärkung oral-abhängiger Wünsche und damit zu verstärkter Ausscheidung von Magensäure. Das gleiche Resultat wird auch durch die Verdrängung ständig frustrierter oraler Wünsche erreicht. Die überaus starke Ausscheidung von Magensäure führt zur Bildung eines Magengeschwürs. Beim Bronchialasthma liegt dagegen häufig ein Konflikt zugrunde, der um eine exzessive, nicht gelöste Mutterbindung kreist. So liegen an der Wurzel vieler körperlicher Krankheiten emotionale Konflikte, die selbst wiederum in Frustrationen gründen.

Weitbrecht ist dieser ganze Ansatz schon deshalb fragwürdig, weil er nicht begreifen kann, wieso voneinander kaum verschiedene Komplexe zu so verschiedenen Krankheitsformen führen können. Er unterstellt der Psychosomatik ein mechanistisches Denken, das die Fülle realer Krankheitsbilder aus dem Zusammenspiel einiger weniger kaum unterscheidbarer Grundelemente abzuleiten sucht. Ihr wird der Vorwurf gemacht, die Ergebnisse der Konflikte seien "...streng vorgezeichnet und scheinen mit mathematischer Sicherheit voraussagbar" (S. 61). Daß die konkrete Persönlichkeitsstruktur die Verarbeitung und das weitere Schicksal der Konflikte sowie der an sie anknüpfenden Krankheiten bestimmt, ist keine Verlegenheitslösung der Psychosomatik: die Persönlichkeit selbst ist ein Resultat des Zusammenspiels von Umwelteinflüssen, Triebreaktionen und der sie bewältigenden Mechanismen. Es ist kein Widerspruch, daß eine geringe Anzahl psychischer Mechanismen eine Fülle verschiedener Persönlichkeitsstrukturen hervorbringen kann, da die Bedingungen externer und interner Art niemals vollständig gleich sind. Immerhin gelang es Alexander und seinen Mitarbeitern, bei 60 bis 70 % aller Fälle, in denen nur die psychologischen Daten der Patienten bekannt waren, die richtige Diagnose zu stellen (Thure von Uexkuell, Grundfragen der psychosomatischen Medizin, S. 57).

### Frustrationen als Sozialisierungsmittel

In seiner Polemik gegen die Psychoanalyse scheut Weitbrecht auch vor ideologi-

schen Bekenntnissen nicht zurück. Die "Determinationswucht frühkindlicher Frustrationen" ist ihm ein Greuel, und er glaubt Frustrationen als geeignetes Sozialisierungsmittel empfehlen zu müssen. "Daß der Mensch nicht zuletzt an Verzicht, Entsagung und Enttäuschung reift, wächst und weise wird, ... gerät überhaupt nicht in das Blickfeld dieser mystisch-fatalistischen Saturiert-heitspsychologie" (S. 11). Sich diesem Reifungsprozeß etwa vermittels einer durch die Krankenkassen finanzierten psychotherapeutischen Behandlung zu entziehen, muß Weitbrecht als unerhörtes Ansinnen erscheinen. "Man kann sich nicht auf Kosten der Krankenkasse seelenärztlich behandeln lassen, wenn man mit einer unglücklichen Liebschaft schlecht fertig wird. Diese und ähnliche Ansinnen werden heute jedoch zweifellos schon an die Sozialversicherungsträger gestellt", (S. 26). Die Neurose erscheint als Unart, als Marotte, bestenfalls als Seelenzustand, der nicht der Heilung, sondern des Heils bedürftig ist, für das der Seelsorger, nicht der Arzt zuständig ist. Verliert die Neurose den Krankheitscharakter und wird ihre Kur durch den Priester empfohlen, so kann der Arzt im günstigsten Falle die Rolle eines Amateurseelsorgers spielen. Daß die Psychosomatik, auch wenn sie ernst genommen wird, die Regression auf vorbürgerliche Ideologien motivieren kann, zeigt der Ausspruch Franz Büchners: "Die Mitwirkung an der uns aufgelegten Heimholung der Natur in den Raum der Frömmigkeit und damit der Menschlichkeit möge in der Zukunft nicht der geringste Beitrag der modernen Medizin zu einem Bilde vom Menschen sein" (Franz Büchner, Von der Größe und Gefährdung der modernen Medizin, S. 29).

Trotz priesterlicher Ambitionen graust es den Psychiatrieordinarien bei dem Gedanken, daß ihre Amateurbeichtvatertätigkeit sich zu einer leibhaftigen Psychotherapie entwickeln könnte. "... wir machen uns zugleich unwillkürlich mitschuldig an einer unverkennbaren Verhätschelung und einem übersteigerten Wichtignehmen neurotischer Entgleisungen und tragen gerade zu dem bei, was wir verhüten wollen, daß sie sich nämlich nicht mehr von echten Krankheiten unterscheiden" (Weitbrecht, S. 27). Aber das ist nicht zu befürchten. Solange die Ordinarienuniversität samt ihren Mafiosipraktiken noch in Blüte steht, haben die 30 bis 50 % der psychosomatisch Kranken nichts zu befürchten, und solange das kapitalistische System an der Verschleierung seiner Widersprüche und Konflikte interessiert ist, wird es dem Machtkartell der Medizinordinarien kaum jemals an Unterstützung mangeln, wenn es darum geht, seine Gruppeninteressen durchzusetzen. Der gigantischen Verdrängung psychoanalytischer Fragestellungen aus der Forschungspraxis entspricht die Verdrängung sozialer Widersprüche aus dem Bewußtsein der Menschen. Die Reduktion von Krankheiten auf somatische Störungen und die Bagatellisierung



psychischer Leiden vernebelt die Tatsache, daß soziale Bedingungen zu Krankheitsquellen werden können. Niemand soll auf den Gedanken kommen, vom Krankheitszustand des Individuums auf den Krankheitszustand der Gesellschaft zu schließen.

Konsequent entfaltet, könnte eine somatische Interpretation psychischer Störungen revolutionäre Konsequenzen haben, da sie geeignet ist, der Strafjustiz die Legitimationsbasis zu entziehen. Die Ordinarien sind aber nicht nur Wissenschaftler, sondern auch gute Bürger, die an der Erhaltung des Begriffs der Verantwortlichkeit interessiert sind. Die Ideologie vom freien, selbstverantwortlichen Individium feiert gerade in den Kreisen fröhliche Urständ, die von psychogenen Krankheitsursachen nichts hören wolfen. Prof. Bochnik, der in der Ablehnung der Psychoanalyse und der Hochschätzung somatischer Faktoren Prof. Weitbrecht in nichts nachsteht, sieht das so: "Je größer die Kraft der Person ist, desto weiter kann sie den Schwerpunkt von der Unfreiheit der Krankheit zur Freiheit verschieben." (Handwörterbuch der Kriminologie, S. 485). Die Würde des Menschen muß vor der Psychoanalyse gerettet werden. Für Weitbrecht wirkt die Psychoanalyse entwürdigend "... weil sie die Persönlichkeit selbst durch eine nivellierende Haltung überlegenden Entlarvens zu entwerten droht und auf eine Handvoll tiefenpsychologischer Mechanismen reduziert" (S. 54).

Die orthodoxe Psychatrie entlarvt freilich nichts. Das Bekenntnis zur Persönlichkeit ist leer und unverbindlich, und ihre Konturen werden in keiner Forschungspraxis konkretisiert. Sie steht jenseits bestimmter gesellschaftlicher Konflikte. Krankheit zur unverstehbaren Sendung des Schicksals und der Vorsehung, wogegen alle Bemühungen des Verstehenwollens als Frevel und Hybris abqualifiziert werden. "Die ldee der durchgehenden sinnerhellenden tiefen psychologischer Interpretierbarkeit der Krankheiten in ihrem hic et nunc ist eine gigantische Selbsttäuschung, ein vergeblicher Versuch nämlich, Schicksal und Vorsehung in die psychologische Immanenz herabzuzwingen" (S. 12). Damit wird die Krankheit gegen jeden Bezug zur gesellschaftlichen Realität abgedichtet und durch die Verbindung mit religiösen Ideologien zusätzlich geheiligt, so daß sie direkt und indirekt die gesellschaftlichen Bedingungen eine Heiligung erfahren. "Das heißt aber: Der Kranke steht mit jeder Krankheit in einem geheiligten Bezirk, und diesen Bezirk darf der Arzt nicht antasten, ja mehr noch er sollte dem Kranken bewußt machen, daß er in diesem Bezirk leben muß und darf" (Buechner S. 44). Wirksame Denkverbote sorgen dafür, daß die Würde der von allem Konkreten entleerten Subjektivität nicht durch Konfrontation mit der miserablen Wirklichkeit zu Schaden komme.

Arno Müller

### diskus 4

# Wissenschaftstheorie

Psychoanalyse

# Militärpolitik in Bonn

Innere Führung

# Betriebsarbeit der DKP

# Kinderläden in Frank-furt

**Marxismus** 

11. 12. 70

# Arbeitgeber als Arzt

Heilen kostet Geld. Am Honorar findet der ärztliche Gleichheitsgrundsatz seine Grenzen. Dabei wird den meisten Medizinern gar nicht bewußt, daß diese Grenzen bestehen. Wie die Mächtigen in unserer Gesellschaft Heilung auffassen, soll im folgenden dokumentiert werden.

Die Arbeitgeber haben neuerdings die Rehabilitation körperlich und geistig Behinderter "entdeckt". So beschäftigt sich das Organ der Bundesvereinigung der Arbeitgeber, "Der Arbeitgeber", in der Nummer vom 20. Oktober 1970 in einer Reihe von Artikeln mit der Notwendigkeit ihrer "Wiedereingliederung in den Arbeitsprozeß". Zwar werden die ethischen Grundlagen unserer Gesellschaftsordnung bemüht, "mit den ethischen Grundlagen unserer Gesellschaftsordnung wäre es schlecht bestellt, wenn - wie es häufig geschieht - die Notwendigkeit von Rehabilitationsmaßnahmen primär mit Rentabilitätsgesichtspunkten begründet wird" (Seite 853), jedoch ist ansonsten mehr von Rentabilität als von Ethik die

Waren bislang die Behinderten eine Gruppe, die nicht allzu sehr auffiel – es ist zum Beispiel bezeichnend, daß wir bis heute über keine exakte Statistik ihrer Gesamtzahl verfügen - so nötigt der Arbeitskräftemangel die Unternehmer zu Anstrengungen, das Arbeitskräftepotential der Versehrten soweit wie möglich auszuschöpfen. "Der Mangel an Arbeitskräften sollte darüber hinaus ein Grund sein, jede Anstrengung zu unternehmen, Verletzte und Erkrankte wieder in den Arbeitsprozeß einzugliedern" (854).

Daß sich die "Wiedereingliederung in das Erwerbsleben" bezahlt macht, zeigen die Erfahrungen in den USA. Howard Rusk, einer der Hauptinitiatoren der Rehabilitation in den USA, bezeichnete sie als die beste Kapitalinvestition des Staates. Dies dokumentiert eine Untersuchung von C. Hoske über eine Gruppe von 64 000 Behinderten. Vor ihrer Rehabilitation betrug der Gesamtverdienst - soweit überhaupt gearbeitet wurde - 16 Mill. Dollar. Danach 116 Mill. Dollar. Betrugen die Gesamtkosten der Rehabilitation 22,1 Mill. Dollar, so beliefen sich die im ersten Jahr danach abgeführten Steuern auf 10,4 Mill. Dollar und bereits nach etwa 2 Jahren waren die Gesamtkosten gedeckt (Bialonski, Rehabilitation als Beitrag zur sozialen Sicherung, in: Rehabititation, Schriftenreihe der medizinisch-pharmazeutischen Studiengesellschaft, Frankfurt 1965, Seite 5, zit. nach Michael Regus, Das Krankenhaus im gesellschaftlichen Widerspruch, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Oktober 1970). Solche Erfolge machen die Rehabilitation auch für deutsche Unternehmer interessant, und so plädieren sie dafür, "...daß jeder arbeits-willige Mensch schlechthin wieder in den Arbeitsprozeß eingegliedert wird" (839). Dies fällt um so leichter, als die angespannte Lage auf dem Arbeitsmarkt die Einbeziehung aller, auch nur einigermaßen arbeitsfähigen Individuen erfordert. "Indem die Gemeinschaft die Wiedereingliederung Behinderter in Arbeit, Beruf und Gesellschaft betreibt, leistet sie indessen nicht nur uneigennützige Hilfe, sondern besorgt zugleich ein eigenes Geschäft. Denn in einer Zeit der ständig fortschreitenden Verteuerung des Produktionsfaktors Arbeit erscheinen Rehabilitationsmaßnahmen auch unter wirtschaftlichem Gesichtspunkt notwendig und sinnvoll. Vergegenwärtigt man sich, daß die Zahl der Behinderten in der Bundesrepublik rund vier Millionen beträgt, dann wird deutlich, welche Kräfte hier ohne Rehabilitationsmaßnahmen zum Schaden der Volkswirtschaft brachliegen würden" (839).

In erster Linie kommt es den Unternehmern darauf an, "...daß der Behinderte in möglichst großem Umfang am Gemeinschaftsleben, also in erster Linie am Erwerbsleben wieder teilnehmen kann." Gegenüber diesem hehren Ziel sind andere Zielsetzungen von sekundärer Bedeutung. "In der modernen Rehabilitation müssen dagegen alle Überlegungen von vornherein auf das Ziel gerichtet sein, den Menschen nicht zu heilen, sondern ihn trotz einer verbleibenden Behinderung mit allen geeigneten Mitteln wieder in das Erwerbsleben zurückzuführen" (841). Daß es sich bei den humanitären Beteuerungen zum Thema Rehabilitation um ideologische Verzierungen an einem harten Kern von Profitinteressen handelt, wird weiter deutlich, wenn man die Aufmerksamkeit auf das Durchschnittsalter der Rehabilitanden lenkt, die einer Berufsausbildung für wieder würdig befunden werden. "Die Statistik besagt, daß das durchschnittliche Alter der Rehabilitanden, die von der Rentenversicherung einer Berufsausbildung zugeführt werden, 35 Jahre beträgt" (842). Rehabilitation ist nur dann für die Unternehmer interessant, wenn die Rehabilitanden jung genug sind und noch etwas einbringen. Für die amerikanischen und deutschen Unternehmer ist die Rehabilitation Behinderter interessant, obgleich jenen die Reservearmee der Forbigen und diesen die der Gastarbeiter zur Verfügung stehen, weil es sich bei ihnen um relativ qualifizierte und hoch motivierte Arbeitskräfte handelt. Wie es um Hilfe bestellt ist, wenn ein solcher Anreiz fehlt, zeigt die Lage der geistig und körperlich behinderten Kinder. Von ungefähr 83 000 geistig behinderten Kindern können in den ca. 700 Einrichtungen der Bundesrepublik nur etwa 33 000 betreut werden. Der Rest ist ohne Hilfe (BG Medizin Tübingen, Therapie gleich Reproduktion der Arbeitskraft, SR 29, zit. nach Regus). Ähnlich miserabel ist es um Fachkliniken für körperlich schwer behinderte Kinder bestellt. Fehlen doch allein in Baden-Württemberg ungefähr 1000 bis 1500 orthopädische Betten und betragen die Wartezeiten ein, in Tübingen über zwei Jahre (SR 29 ...).

Eine zentral geplante und gelenkte Rehabilitation durch den Staat entsprechend dem Vorschlag der Gewerkschaften könnte

Ungerechtigkeiten durch die bisherige Kooperation von Unternehmern und Anstalten abschaffen. Wieder einmal sind heiligste Güter in Gefahr. "Nichts wird dagegen durch Gleichmacherei erreicht. Sie würde geschichtlich Gewachsenes und Bewährtes zerstören." Sie würde freilich geschichtlich gewachsene und bewährte Profitinteressen zerstören. Auch hier muß der freie Wettbewerb triumphieren. Eine Bundesanstalt für Rehabilitation "würde den gesunden Leistungswettberb zwischen den einzelnen Rehabilitierungsträgern, der heute besteht, beseitigen und die Quellen langjähriger Erfahrungen versiegen lassen" (840). Um die Quellen langjähriger Ideologie und deren Folgen versiegen zu lassen, müssen die Me-diziner ihre Ideologie von der faktischen Behandlungsgleichheit aufgeben und sich für die Änderung dieses Systems solidari

Arno Müller

50% Wahlbeteiligung brauchen wir, um alle studentischen Sitze im Konvent zu bekommen. Nach dem HUG wird die drittelparitätische Besetzung des Konvents nur bei 50prozentiger Wahlbeteiligung erreicht.

# Zweite HfG der BRD

# vor der Schlie-Bung?

Die von Dr. Leisegang im diskus 2 veröffentlichten Bemerkungen "Zum Thema: Hochschule für Gestaltung -Offenbach" waren nicht ohne die wohl beabsichtigten Auswirkungen einer Provokation geblieben. Der Text war sofort vergriffen, ein teach-in folgte, das in heftigsten Vorwürfen gegen die Urheber der Offenbacher Misere gipfelte, dann verwaschene Berichte der Presse und, wie das so üblich ist, eine fade Richtigstellung des D. C. Döpfner, deren eingeübte

Rechtfertigungsphrasen nur allzu deutlich durchscheinen ließen, wie unhaltbar seine Position inzwischen geworden Eingangs seiner Ausführungen schreibt Dr. Leisegang, daß er sich im Verlauf seiner 18monatigen Tätigkeit als Lehrbeauftragter darüber klar wurde, daß diese Anstalt den Titel Schule nicht verdiene, da sie der Wahrnehmung des in sie gesetzten Bildungsauftrags keinesfalls nachkomme und daß darüber hinaus der inzwischen erstapelte Titel "Hochschule für Gestaltung" ein Kriminaldelikt im Sinne des unerlaubten Führens akademischer Titel darstellt. - Nun, für gewöhnlich zeigt man ein kriminelles Delikt der zuständigen Behörde an, will man sich nicht der strafbaren Mitwisserschaft aussetzen. Doch am Diktat unserer Warengesellschaft, dem Erziehungswesen, setzt Strafverfolgung genau dann aus, wenn sie den höchsteigenen Widerspruch ihrer Bedingungen aufdecken sollte. Da kann es dann möglich sein, wie Dr. Leisegang weiter ausführt, daß "dieselbe Lehrerschaft, welche bereits die Werkkunstschule zur Zufluchtsstätte ihrer eigenen Überholtheit, gleichsam zum Altersheim für ausgediente Gestaltungsmethoden degradierte, ihre soziale Irrelevanz nun im Lichte der HfG sonnt". - All dies wußte Dr. Leisegang, als ein Wissenschaftler von einiger Dignität, schon seit langem. Doch spätestens, als er die Stellung eines Dozenten für Graphik-Methodologie ablehnte, weil er Bedingungen vorfand, unter denen kein

verantwortungsbewußter

Wissenschaftler je hätte arbeiten können, mußte er genau auf diese Bedingungen in aller Offentlichkeit hinweisen, wenn nicht gar bei den zuständigen Behörden vorstellig werden.

Was hielt ihn davon ab, etwa jene fatale Auffassung von Humanität, die den längst überflüssig gewordenen Dozenten ihr selbstgezimmertes Altenheim vor dem berechtigten Anspruch der Studenten auf eine qualifizierte Ausbildung schützen will, oder iene Ängstlichkeit vor dem Verdacht politischer Konspiration mit einer sozialistisch orientierten Basisgruppe der Offenbacher Studentenschaft? Aber von dort drohte niemals Gefahr, da sich die Situation der Werkkunstschule in ihrem Kern wesentlich von der anderer Schulen unterschied. Denn waren Demokratisierung und Politisierung auch notwendig begleitende Bedingungen des Emanzipationsbestrebens der Offenbacher Studentenschaft, so machten nicht jene dessen Hauptmerkmal aus, sondern das Ringen um eine Ausbildung, die den dort vorherrschenden Standpunkt der Theorielosigkeit überwinden und den Anschluß an einen wenigstens trivialen Stand von Technologie und Gesellschaft finden sollte. Daß die Studenten diesen Anschluß in der Eingliederung in das bestehende Hochschulsystem sahen und dafür arbeiteten, ist aus ihrem Bedürfnis auf Emanzipation nur allzu verständlich. Daß diese Projektion unter den gegebenen Bedingungen zum Scheitern verurteilt war, hatte Dr. Leisegang mit Sicherheit als Motiv seinem Rückzug unterlegt. Dabei vergaß er jedoch das Räsonieren, und so kann sich jene wesentliche Differenz, durch eine gleichmacherische Presse begünstigt, noch immer hinter dem Deckmantel politischer Diskussion verbergen. Das Thema "HfG Offenbach" gehört nicht auf das Podium politischer Ausrichtung, sondern vor einen Untersuchungsausschuß des Kultusministeriums oder gar vor den Staatsanwalt, auch dann,

wenn der Hintergrund dieser

Forderung ein ausgesprochen politischer ist. Denn das, was sich in den letzten Jahren an der WKSO ereignete, läuft sogar einer Gesellschaft wie dieser, die die Veruntreuung von Lohngeldern mit Zuchthaus bestraft, aufs ärgste zuwider. Hier wurden unter anderem Gelder einer Öffentlichkeit durch Dozenten, die nicht in der Lage sind, ihren eigenen Bildungsauftrag, geschweige denn den der Schule zu formulieren, dergestalt veruntreut, daß die Absolventen dieser Schule das in sie investierte Kapital niemals in dem Sinne wieder einbringen werden, wie es ihnen zugedacht war, nämlich einmal zukünftige Bedürfnisse dieser Öffentlichkeit oder gar die eigenen befriedigen zu können. Daß diese Dozenten heute ihre hoffnungslose Unbedarftheit noch immer hinter der Ausrede bildungspolitischer Diskussion verstecken können, anstatt sich den ihnen vorgestellten Beamten des Kultusministeriums verantworten zu müssen, verdanken wir dem kleinbürgerlich blinden Kulturbedürfnis der Offenbacher Stadtverwaltung, einem durch politische Balanceakte verunsicherten Kultusminister und nicht zuletzt Dr. Leisegang, der als einer der wenigen in der Lage gewesen wäre, all diese Vorgänge ins rechte Licht zu rücken.

Doch könnten wir sein Versäumnis, eingedenk seiner inzwischen erfolgten Darstellung der Verhältnisse, noch hinnehmen, würde er nicht wieder in denselben Fehler, nämlich das zu verschweigen, was gesagt werden muß, verfallen. – Am Schluß seiner Ausführungen schreibt er: "In Anbetracht dieser, jederzeit überprüfbaren Tatbestände kann man jener Anstalt nur wünschen, daß sie sich mit den Jahren selbst zu dem hochgestalten möge, was sie den Studierenden im Namen den sie trägt verspricht." War sein früheres Verhalten von Ängstlichkeit geprägt, so hat sich dem inzwischen ein gesunder Zynismus hinzugesellt, der so tut, als ob diese Anstalt jemals in der Lage sei, das zu verwirklichen,

was sie einmal intendiert hatte, nämlich die HfG. Glaubt er denn im Ernst einem in Verwesung geratenem Leichnam noch mit Provokation aufhelfen zu können, anstatt ihn durch einen öffentlichen Aufruf den verantwortlichen Behörden zu übergeben? Nein, diese Schule verdient, so wie sie ist, weder das Prädikat Hochschule, noch das einer Schule überhaupt und sollte sofort geschlossen werden. Denn um das zu umgehen, müßte nicht nur die Frage nach ihrer Autonomie geklärt werden, sondern auch ein Minimalprogramm durchgeführt werden, das wenigstens einer vorübergehenden Existenzberechtigung entspräche. Ein solches Minimalprogramm

müßte die sofortige Entlassung von etwa 10 Dozenten und deren Ersetzung durch, für das Programm der Gestaltung qualifizierte, wissenschaftliche Mitarbeiter, Theoretiker und Spitzenpraktiker der Wirtschaft und Industrie; die Schließung längst überflüssiger Abteilungen und Werkstätten, wie Keramik, Stoffdruck-Weberei, Baumalerei, Schriftsetzerei, Buchbinderei (alles Sparten, die ihrer vorgegebenen Struktur nach frühindustriellen Produktionsweisen entsprechen, sich aber hinter neuen Namen dem Zugriff notwendiger Veränderung zu entziehen trachten, z. B. "Baumalerei" gestern – "Intermedia" heute). Dies durchzuführen, ebenso wie die endgültige Formulierung des Modells der Gestalttheorie und seine didaktische Umsetzung zum Lehrprogramm der HfG, müßte der Hochschulausschuß sofort seine Arbeit aufnehmen. Deren Effizienz wird aber wesentlich davon abhängig sein, in welchem Unfang sich das Kultusministerium zu finanziellen Aufwendungen bereit erklärt.

Sollte dieses Minimalprogramm nicht durchgeführt werden, die Schule selbst aber noch weiterexistieren, so wäre keine Provokation mehr geeignet, sondern die Verfügung einer einstweiligen Schließung der HfG das einzig Richtige.

Peter Becht

# **Forschendes** Lernen -**Alternative**

### Kritik der herkömmlichen Lehre

Jede Reform innerhalb der Universitätsorganisation wird erfolglos bleiben, wenn die Universität nicht ein neues Verhältnis zur Forschung und Lehre findet. Daraus folgen Konsequenzen für die Neuge-staltung des Studiums. Die Ziele der gegenwärtigen Ausbildung erschöpfen sich vielfach darin, Kenntnisse und Techniken an die Lernenden zu übermitteln. Es wird ein gewisses Quantum an Wissen angeboten. Der Erfolg der Ausbildung ist erreicht, wenn der Lernende einen bestimmten Prozentsatz des Quantums nachweisen kann.

Nun bedeutet aber wissenschaftliche Ausbildung Teilnahme an der Wissenschaft. Wissenschaft ist zu verstehen als systematisches Aufsuchen neuer Erkennt-nisse, d. h. als dynamischer Prozeß der Forschung, nicht statischer Besitz von Wissen und Fertigkeiten. Das Ziel jeder wissenschaftlichen Ausbildung ist, die diesem Pro-zeß eigentümlichen Verhaltensweisen und Verfahren zu vermitteln. Als solche wären z. B. zu nennen: Autonomie, Reflexion auf praktische Anwendung und gesellschaftliche Relevanz, Motivation, Kooperation und Kreativität. Diese Ziele gelten auch für die berufsbezogene wissenschaftliche Ausbildung. Expansion des Wissens und Komplexion der Aufgaben machen diese Verhaltensformen und Fähigkeiten für alle wissenschaftlichen Berufe notwendig.

Wissenschaftliche Ausbildung muß somit immer Teilnahme am Forschungs- und Erkenntnisprozeß sein, mindestens aber Nachvollzug früherer Forschungsprozesse, nie jedoch bloße Übernahme ("Einpauken") vorliegender Ergebnisse. Die Konzeption der Lehre muß somit von der Stofforientierung zur Orientierung nach Verhaltensweisen und Lernprozessen übergehen. Lernziel muß sein, innerhalb eines Lernprozesses wissenschaftliche Verhaltensweise zu erzeugen, d. h. mit anderen Worten es muß das Forschen gelernt werden. Diese Verhaltensweisen müssen schon vom Anfang des Studiums an geübt werden. Ein starres Nacheinander von Grundlagenvermittlung und Forschen ist nicht möglich. Erstens tendieren Grundkurse, in denen nur Grundwissen vermittelt wird, leicht dazu, zum Selbstzweck zu werden. Die Studierenden fassen sie nicht mehr als integrierte Systeme auf und erlangen falsche Eindrücke von den späteren Aufgaben und Zielen ihrer Wissenschaft. Es besteht die große Gefahr, daß viele Studenten Wissenschaft nur als Auswendiglernen von Fakten begreifen und sich damit begnügen. Zweitens sind die bei diesen Grundkursen vorherrschenden Lehrmethoden und Lernverfahren gänzlich verschieden von denen in Forschungsprozessen. Die hierbei erzeugten Verhaltensformen und Fähigkeiten bereiten also nicht auf die späteren Lernsituationen vor, sondern verhindern eher deren Zugang. Eine dritte Auswirkung von einseitiger Wissens-

### zur gegenwärtigen Lehre an den Hochschulen

vermittlung ist, daß sie eine Motivation an dem eigentlichen Problem verhindert und durch sachfremde (extrinsische) Motivation, z. B. durch Prüfungen und Scheine, ersetzt.

Deshalb muß auch das Grund- und Hilfswissen zumindest als Nachvollzug von Forschungsprozessen vermittelt werden.

Eine Trennung in ein Grundstudium, in dem ein gewisses Maß an Grundkenntnissen vermittelt wird und das möglicherweise mit einem ersten berufsbildenden Examen abgeschlossen werden soll und in ein Aufbaustudium, in welchem dann (vielleicht) geforscht werden darf, ist deshalb ausdrücklich abzulehnen.

Aus den bisherigen Überlegungen sind folgende Konsequenzen für eine neue Lehre abzuleiten:

1. Das Studium ist von Anfang an ganz oder mindestens teilweise in Forschungsprozesse oder mindestens im Nachvollzug eines solchen durchzuführen.

2. Die für unentbehrlich befundenen Kenntnisse, Methoden und Fertigkeiten sind im Zusammenhang mit dem Forschungsprozeß zu vermitteln, und zwar nur soweit, als sie zur Durchführung des Projektes jeweils erforderlich sind.

### **Eine Alternative** zur Lehre an den Universitäten

Eine Alternative zum gegenwärtigen Zustand und damit einen Ausweg aus der Misere, in der die akademische Lehre heute steckt, vermag das Konzept "Forschendes Lernen" zu bieten, so wie es in ersten Ansätzen vom Ausschuß für Hochschuldidaktik der Bundesassistentenkonferenz (BAK) entwickelt worden ist.

Ausgangspunkt dieses Modells ist die Erkenntnis, daß die Lernprozesse bei den Studenten im Wege ihrer Beteiligung an Forschungsprozessen initiiert werden müssen. Am Anfang des Studiums müssen dies selbstverständlich einfache Prozesse sein, deren Komplexion später laufend zunimmt.

Unter Beachtung dieser Forderung können wir drei Formen des Lernprozesses unterscheiden:

Forschendes Lernen als echte Forschung, d. h. Gewinnung von Erkenntnissen, die bis-her nicht vorhanden waren. Das schließt das Risiko von Mißerfolgen und Enttäuschungen ein, wenn das Projekt fehlschlägt.

Genetisches Lernen als Nachvollzug von Forschungsprojekten der Vergangenheit, deren Ergebnisse vorliegen, unter Anleitung von Tutoren, deren Informationsvorsprung zur Steuerung der Gruppe ausreicht. Die Studenten erzielen hier lediglich subjektiv neue Erkenntnisse. Das Risiko des Scheiterns ist minimiert.

Kritisches Lernen als Durchführung von Forschungsprojekten unter Berücksichtigung der Zusammenhänge der speziellen wissen-schaftlichen Disziplin mit der Gesamtgesellschaft, mit anderen Worten Beachtung gesellschaftlicher Implikationen der schungsergebnisse, wie es u.a. § 6 HUG

### Forschendes Lernen

Zur Darstellung dieses Begriffes ist es zunächst notwendig, den Begriff "For-schung" zu definieren. Generell kann man darunter die Suche nach neuen Erkenntnissen in einer unbekannten Richtung in einem noch nicht strukturierten Erkenntnisgebiet verstehen. Ausgangspunkt ist bereits be-kanntes Erkenntnisterritorium. "Wissenschaftliches Arbeiten" bedeutet demgegenüber Wissensvermehrung durch systematisches Vorgehen in einer bestimmten Richtung. Forschung umfaßt dabei mehrere Ebenen, und zwar wissenschaftstheoretische Untersuchung zulässiger Methoden, Wissensvermehrung und Anwendung dieses

Forschendes Lernen hat, entsprechend

dieser Definition, folgende Kennzeichen:
1. Selbständige Wahl des Forschungsobjektes

2. Entwicklung der Strategie (Methoden) zur Erlangung von neuen Kenntnissen

3. Es besteht ein fast unbegrenztes Risiko, Irrtümer zu begehen und Umwege einzuschlagen

4. Überprüfung des Ergebnisses hinsichtlich seiner Begrenzung und Abhängigkeit von Axiomen, Hypothesen und Metho-

5. Darstellung des Prozesses, so daß er nachvollzogen werden kann.

Forschendes Lernen stellt also sehr hohe Anforderungen an die Studenten, und der Einwand, der hier an dieser Stelle besonders von Ordinarienseite kommen wird, ist der, daß man solche Prozesse ohne Grundkenntnisse der speziellen Disziplin nicht durchführen kann. Diesem Einwand ist folgendes entgegenzusetzen: Die Speicherung von instrumentalem und methodischem Grundwissen und das Einbringen solchen Wissens in Forschungsprojekte ist von Computern wesentlich effizienter durchzuführen als von Menschen. Vorstellbar ist, daß bereits in naher Zukunft Computer mit Datenfernausgabe an den Universitäten vorhanden sind. Dann wird das aufwendige Pauken von Grundwissen überflüssig sein, vorausgesetzt, alle am Forschungsprozeß Beteiligten haben Zugriff zu den gespeicherten Informationen.

Durch Anwendung von Forschendem Lernen verändert sich der Studienablauf also wie folgt: Wissensvermittlung – Zwi-schenprüfung – Wissensvermittlung – Examen - Forschen - Promotion.

Bisher wird bis zum Examen lediglich Wissen vermittelt, forschen können nur die, die eine Dissertation anfertigen. Demgegenüber besteht bei einem Studium nach dem Prinzip Forschendes Lernen das Studium in der Durchführung einer Vielzahl von Projekten.

Das Projekt 1 mit den Nebenprojekten 11, 12 und 13 wird von Projektgruppen durchgeführt. Wissensvermittlung (WV) erfolgt nur insoweit, als es für das Projekt wichtig ist. WV ist dabei z. B. als Computer vorstellbar.

Die Schwierigkeiten des Forschenden Lernen sollen hier nicht bagatellisiert werden

Es wird eine hohe intrinsische Motivation zum Forschenden Lernen vorausgesetzt, die andererseits erst durch Forschendes Lernen entstehen soll, d. h. es liegt ein Zirkel vor.

Das Problem der Bewertung von Leistungen der Gruppe legt es nahe, die Anerkennung von Gruppenleistungen und -diplomarbeiten zu erwägen.

Das Risiko eines ziel- und ergebnisloen Experimentierens ist beträchtlich. Dozenten oder Tutoren zur Anleitung solcher Projektgruppen müssen über erhebliche gruppendynamische Kenntnisse verfügen, um die geschilderten Risiken zu minimieren.

Trotz dieser Einschränkungen ist jedenfalls festzuhalten, daß hier erstmals eine klare Alternative aufgezeigt wird zur Überwindung der erstarrten Lehrformen.

### **Genetisches Lernen**

Zur Vermeidung des Hauptproblems, welches beim Forschenden Lernen auftreten kann, nämlich Frustration der Projektgruppenmitglieder durch Plan- und Ergebnislosigkeit des Projektes ist die Methode Genetisches Lernen denkbar. Hierbei wird ein Lernprozeß initiiert, in dem die Simulation von originären Forschungsprojekten durchgeführt wird durch Gruppen von Lernenden unter Anleitung eines Tutors, des-sen Informationsvorsprung auf dem speziellen Gebiet des Projekts ein Scheitern ver-bindert. Die Lernenden legen also den geramten Weg, den die Forschung schon beschritten hat, noch einmal zurück. Die Auswahl der so zu bearbeitenden Projekte kann rein nach didaktischen Prinzipien erfolgen, d. h. es werden die Projekte durchgeführt, die exemplarische Bedeutung für den Lernprozeß haben.

Der Vorteil dieses Verfahrens ist, daß hier wahrscheinlich der Anstoß zur intrinsischen Motivation erfolgt, so daß die Studenten später zum Forschenden Lernen übergehen können. Der Zirkel, von dem weiter oben die Rede war, kann also durchbrochen werden.

Nachteile dieses Prozesses sind, daß einmal die Autonomie und Selbstbestimmung der Studenten analog dem gegenwärtigen Zustand an der Hochschule verlorengehen, zum anderen der Projektleiter leicht in die Rolle des Dozenten (--> Vorlesung) gedrängt werden kann.

### Kritisches Lernen

Kritisches Lernen schließlich ist nicht uls eine selbständige dritte Methode akademischen Lernens zu begreifen, sondern als übergreifendes Prinzip, welches bei allen Formen akademischen Unterrichts zu beachten ist.

Man versteht darunter die ständige Reflexion auf die Grundfragen der Wissenschaft und der gesellschaftlichen Implikation, die die Ergebnisse von Wissenschaft haben. Kokret gesprochen bedeutet dies z. B., daß diejenigen, die die Atomkernspaltung durchführten, auch über die möglichen und tatsächlichen Folgen der Bombe für die Menschheit sich hätten im klaren sein müssen. Diese Reflexionen sind sowohl bei Genetischem als auch Forschendem Lernen zu beachten.

# Folgerungen für den Studienaufbau

Ein genauer Studienaufbau ist nur unter fachspezifischen Gesichtspunkten zu lösen, je nachdem wie die Forschungsprozesse der jeweiligen Wissenschaft strukturiert sind. Aus den bisherigen Überlegungen sind jedoch einige grundsätzliche Folgerungen abzuleiten:

 Eine Trennung in Grund- und Hauptstudium ist abzulehnen. Die Lehre ist als Einheit von Forschen und Lernen zu begreifen.

2. In der ersten Phase des Studiums kann die Form des Genetischen Lernens dominieren, um die Risiken der Umwege und Fehlschläge in Forschungssituationen zu mindern. Aber auch hier ist ein gleitender Übergang zum Forschenden Lernen notwendig.

3. Veranstaltungen des Kritischen Lernens müssen den gesamten Studienablauf begleiten. Einführungsveranstaltungen für Studienanfänger haben nach den Zielen und dem Standort einer Wissenschaft zu fragen, um dem Studierenden eine Orientierung zu ermöglichen. Wissenschaftstheoretische Seminare zur Reflexion der jeweiligen wissenschaftlichen Tätigkeit folgen in verschiedenen Schwierigkeitsgraden.

4. Die Arbeit, das Lernen, kann nur in Gruppen erfolgen. Nur hier ist die für die Lernprozesse notwendige Kommunikation und Kooperation zu erreichen. Nur hier ist eine intersubjektive Bestätigung und Korrektur der Ergebnisse möglich (feed back). Nur in der Gruppe ist auch die informationelle Aufgabe sinnvoll zu lösen.

Die Anordnung des problembezogenen Unterrichts, die Abfolge von Problemen, kann entweder so organisiert sein, daß eine Stufung der Probleme nach ihrer Schwierigkeit erfolgt oder daß die Probleme in Form einer konzentrischen Spirale ablaufen, d. h. dasselbe Problem wird in immer komplexeren Verbindungen verfolgt. Gleichrangige Probleme aus verschiedenen Sektoren ermöglichen, die Breite des Fachgebietes zu erfassen (exemplarisches Lernen).

Abschließend kann gesagt werden, daß der hier skizzierte Weg zu einer Reform der Lehre als Hauptziel die Ausbildung der Studenten hat, in der Weise, daß sie das Lernen lernen. Durch die ständig geringer werdende Halbwertszeit des Wissens werden statische Kenntnisse beschleunigt veralten, so daß es in Zukunft immer wichtiger werden wird, zu wissen, wie man Erkenntnisse erarbeitet, nicht, welche Kenntnisse man auswendig gelernt hat.

Hans P. Kühn Klaus M. Seebach

#### Rotbücher

Fall Brasilien: Revolution der Revolution

16 Huberman u.a.:
Focus und
Freiraum-Debray,
Brasilien, Linke in
den Metropolen

#### Rotbücher

Theorie und Praxis

17 Edoarda Masi: Die chinesische Herausforderung

#### Rotbücher

Wer organisiert wen? Was heißt Proletariat?

20 Sozialistisches
Jahrbuch 1:
Über die
Organisation des
Befreiungskampfes

#### **DM** 5,50

100 Seiten. Im Abo.: 1 DM weniger Wagenbach, Berlin 31, Jenaer Straße 6



#### DM 6,50

176 Seiten. Im Abo.: 1 DM weniger Wagenbach, Berlin 31, Jenaer Straße 6



#### **DM 8,50**

272 Seiten. Im Abo.: 1 DM weniger Wagenbach, Berlin 31, Jenaer Straße 6



# Hessen-Wahl: Der Sieg der radikalen Mitte

Daß eine Bonner Machtübernahme durch CDU und CSU, also durch die CSU, nun so bald nicht stattfinden wird, ist ein Ergebnis der Hessenwahl. Aber ist der Preis, der im Moment für die aufgeklärte Politik von Brandt und Scheel gegenüber den sozialistischen Ländern gezahlt wird, nicht zu hoch? Schon jetzt ist die Bonner Koalition über die Ostpolitik hinaus handlungsunfähig. Der kleinste gemeinsame Nenner zwischen einer in ihrem Selbstbewußtsein und ihrem industriellen Spendenaufkommen gestärkten FDP und der "Godesberger" Spitze der SPD ist, was die Innenpolitik angeht, die technische Perfektionierung der Verwaltung des Bestehenden. Jene "Inneren Reformen", die man mit dem Bewußtsein der Wähler, das man deshalb nicht antastet, weil man von ihm wiedergewählt werden will, allenfalls machen könnte, genügen nicht, um die Problemkumulationen der spätkapitalistischen Industriegesellschaft auch nur technokratisch in den Griff zu bekommen. Sie können überdies mit Leichtigkeit von reaktionären Flügeln des westdeutschen Kapitals boykottiert und sabotiert werden. Das klassische Dokument solcher Konterstrategien ist das vom SPIE-GEL veröffentlichte Flick-Protokoll: Preissteigerungen muß man machen, das Potential von rechtsaußen in Bewegung haften, Springer an die Front werfen. In den letzten beiden Jahren vor den nächsten Bundestagswahlen, wenn die außenpolitischen Restposten verarbeitet sein werden, wird eine in sich zerstrittene und dennoch auf Gedeih und Verderb verbundene Regierung nichts mehr vorzuweisen haben. Es ist denkbar, daß 1973 die nationalkonservative Rechte legal an die Macht kommt.

Andererseits könnte die Hessenwahl in mancher Hinsicht ein Modell über 1973 hinaus darstellen, wenn die Industrie die Chancen erkennt, die sich für sie abzeichnen. Zum ersten Mal hat die SPD ihren kleinen bürgerlichen Partner durch Überlassung von Stimmen am Leben gehalten. Es ist nicht auszuschließen, daß die heutige SPD-Spitze nicht daran denkt, 1973 eine absolute Mehrheit zu erhalten. Es kann sein, daß Wehner dies für unmöglich hält. Es kann auch sein, daß man sich darauf einstellt, das Ausspielen von Koalitionsrück-sichten gegen die radikale Artikulation sozialistischer Programme in der eigenen Partei zur dauernden Übung zu machen. Gelangen trotz aller Vorsichtsmaßnahmen linke Opponenten in den Bundestag oder in die Landtage, dann braucht man auf sie keine Rücksicht mehr zu nehmen, weil der Partner die Mehrheit unter allen Umständen wieder auffüllen wird. Hier ist "Hessen vorn": die rechte Parteimehrheit steht der FDP weit näher als den Jungsozialisten. Wenn es gelingt, nur einen kleinen Teil bürgerlicher Wähler - junge BMW-Fahrer mit Eigenheim im Grünen und karriereverdächtiger Position im middle management von der nationalkonservativen Rechten abzuziehen und die FDP auf diese Basis zu setzen, dann ist die Bonner und künftige Wiesbadener Koalition das Modell der siebziger Jahre. Es regiert die stromlinienförmig getrimmte und mit Popfarben bemalte, angepaßte und selbstbewußte – Mitte.

Dies wird sich in Hessen in Kürze erweisen. Der Unterschied zwischen einer in ihren Intentionen mindestens bei ihren engagierten Verfechtern "reformerisch" ge-meinten Hochschulpolitik und der Hoch-schulpolitik von Rüegg und Karry wird dann wohl endlich auch denjenigen klarwerden, die bisher eins vom andern nicht unterscheiden wollten und denen es nicht plausibel zu machen war, daß für die Realisierung der progressiven Gehalte der noch geltenden Gesetze man in Gottes Namen auch mit der SPD sich abgeben mußte. Best und Rüegg sind sich jedenfalls einig, die Linken an der Universität nicht: Karry weiß, auf wen er sich an den Universitäten stützen kann - Friedeburgs potentielle Verbündete schreiben jeden Tag eine neue "Plattform" über was weiß ich alles. Das Modell Wiesbaden/Bonn, nimmt man es zusammen mit dem Zustand der linken Opposition allgemein, läßt uns ahnen, daß die Hoffnungen auch nur auf kleine Schritte sehr bald am Ende sein könnten.

Dies gilt um so mehr, als die hessische Landtagswahl, nimmt man alles zusammen, eine empfindliche Niederlage der innerparteilichen Linken war. Daß die Mehrheitssozialdemokraten künftig in den innerparteilichen Machtkämpfen erheblich leichteres Spiel haben werden, ist nur ein Aspekt der Sache. Wichtiger ist, daß die Strategie der Jungsozialisten insgesamt problematisiert wurde. Eine innerparteiliche Linke, die die Macht in der Partei nicht übernehmen kann, wird auf die Dauer zum Alibi der reaktionären Mitte. Das haben die Jungsozialisten gewußt und einkalkuliert. Aber haben sie auch darüber nachgedacht, was passiert, wenn sie die Macht trotz allem doch übernehmen sollten? Man kann vielleicht die Partei übernehmen – aber um welchen Preis? Es scheint, als zeichne sich eine bestürzende Perspektive ab: entweder man benutzt die Partei als Instrument einer radikalen Veränderungspolitik und fällt zurück in das Ghetto der 30 Prozent, oder man macht die Politik derjenigen, die man aus ihren Posten verjagt hat - und kann dann die Regierung stellen. Was fängt man an mit einer Partei, deren ehernes Erfolgskriterium der Sieg im Wahlkampf ist? Wie soll eine Partei jene Prozesse der Bewußtseinsveränderung initiieren, die man braucht, um den Wohnungsmarkt zu sozia-

Die Rolle der Jungsozialisten im Wahlkampf war kläglich. Ihr Schwanken zwischen taktischer Anpassung an die Parteilinie und autonomer Artikulation sozialistischer Forderungen mag zum Teil persönliches Versagen einzelner Kandidaten sein im Prinzip aber ist es in das Parteiensystem eingebaut. Die Gesamt-SPD kann jederzeit durch Verweis auf die sozialistischen Bestrebungen in den eigenen Reihen dem Kleinbürger unheimlich gemacht werden; ihre Führung ist weder bereit noch in der Lage, sich gegen Dreggers Interpretation jungsozialistischer Politik zur Wehr zu setzen; die kandidierenden Linken müssen fürchten, in korrigierenden Selbstdarstellungen die Differenz zur Parteimehrheit, deren supportförderndes Image man für bestimmte Wählergruppen immer noch braucht, zu deutlich werden zu lassen. So

interpretiert die Rechte das Programm der Linken, und diese kann sich nicht richtig wehren. Das Ergebnis ist fatal: kandidierende Linke werden dort, wo die Mehrheits-SPD Fehler gemacht hat, von den Wählern mit dieser über einen Kamm geschoren, weil es ihnen nicht gelingt, den Unterschied, auf den es ankäme, klarzumachen. Paradebeispiel ist der Wahlausgang im Westend. Der eigentumsbejahende Richter Pulch (FDP) erhält 25 % der Stimmen, Karsten Voigt genauso viel, die CDU den Rest. Wo anders als im Westend aber sollen sozialistische Forderungen ankommen, wenn sie überhaupt noch irgendwo ankomnen sollen? Der Identifikation der Linken mit der Mehrheitssozialdemokratie dort, wo es Rechnungen mit letzterer zu begleichen gibt, folgt anderen Ortes die Identifikation der Mehrheits-SPD mit den Linken. Der Bürgermeister von Klein-Auheim, sagt die CDU den verschreckten Dörflern, mag ja ein netter Mann sein, aber die Macht in der SPD hat längst der Voigt. Beide Identifikationen kosten Stimmen - vielleicht, weil in beiden Fällen die Linke außerstande ist, ihre Ziele uneingeschränkt und selbständig zu vertreten. Und daß dies Stimmen kostet, wird natürlich der Linken allein angerechnet: das Erfolgskriterium von Par-teien sind Wahlen. So reinigt das System sich selbst. Der besonnene Wähler gibt dem besonnenen Sozialdemokraten eine Wink; so schnell wird der keinen Linken mehr nominieren.

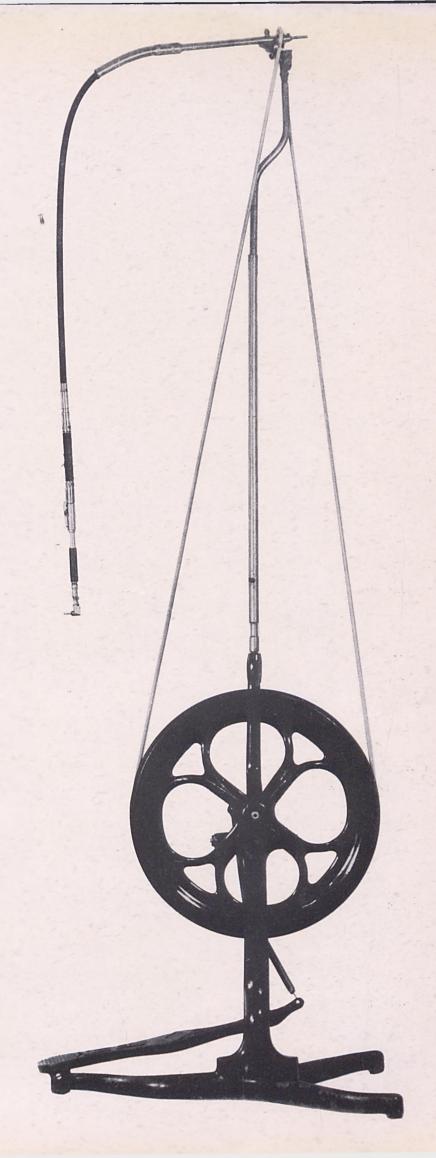
Es wäre zu einfach, jetzt schlicht "zurück zur Basis" zu rufen. Eine außerparlamentarische Opposition kann man nicht "machen" - insbesondere dann nicht, wenn die Linke in unzählige Grüppchen und Sekten zersplittert ist und allen Ernstes heute den Aufbau der "mächtigen Kampforganisation des Proletariats", der "Roten Armee" usw., usw., nicht nur diskutiert, sondern hundertzwanzigmal schon begonnen hat. Anscheinend gibt es nichts Besseres zu tun, als in der trauten Studierstube Proletariat und Massenbewegung zu spielen. Daß die allgemeine Ziellosigkeit der außerparlamentarischen Linken die Jungsozialisten mindestens ebenso schwächt wie Fehlschläge in Wahlen, ist klar, dann aber wird die zunehmende Dogmatisierung der Linken, ihre wachsende resignative Borniertheit auch auf die Jungsozialisten übergreifen; schließlich sind Orthodoxien nichts an deres als Reaktionsbildungen bei Mißerf gen. Man kann sich eine Spaltung der Jungsozialisten denken: die eine Hälfte wandert ab in die management-Positionen der technokratisch beherrschten Gesellschaft; die andere in den linken Untergrund. Beides sieht nicht sehr ermutigend

Die hessische Landtagswahl war ein Sieg der Mitte. Einer neuen Mitte, die auf ein progressives Image setzt, "moderne" Bürger ebenso bindet wie konzertierte Arbeiter; einer Mitte, "fortschrittlich", "nüchtern", "ohne Ideologie", aufgeschlossen für die gemeinsame Zukunft und ohne unnütze Utopien und Illusionen. Ihre Chancen sind groß; selbst der Abfall der linken Subkultur kann von ihr kulturindustriell und bei Wahlkämpfen noch verarbeitet werden. Die FDP für den höheren Angestellten mit Fachschulausbildung und elegantem Zweireiher, die SPD für den zufriedenen Facharbeiter, Bausparer, Neckermann-Reisenden, Stern-Leser - sie wollen das moderne Deutschland, aber Experimente wollen sie immer noch nicht. Wolfgang Streeck

Dieses Bild zeigt eine Zahnbohrmaschine älteren Baujahrs mit Pedalantrieb. Sie wurde von Herrn Professor von Reckow bis zur Pensionierung vor zwei Jahren in seiner Privatpraxis an Lebenden verwendet. Prof. v. Reckow, damaliger Direktor des Carolinum (Universitätszahnklinik), vermochte so knorrig das Pedal tretend und mit von ostelbischer Individualethik getragener Präzision - einige Privilegien von Privatpatienten wettzumachen, indem er mit Hinweis auf Solidität und Behutsamkeit einfach bohrte.

Als wahre Reckow-Anekdote ist neben der pedafakturellen Bohrerei zu berichten, daß der Professor zuweilen zu seiner Vorlesung, die der Oberarzt für ihn hielt, erschien, um an nach Zufallsprinzip aus der Menge gegriffenen Studenten das Finden und Beheben von Zahnschäden zu demonstrieren. Damen wurden aus Courtoisie geschont, Doch sie trauten den Auswahlkriterien nicht und setzten sich meist vorsorglich in die hinteren Reihen des Saals. Vielleicht sah man auch von dort aus das Zittern der hochbetagten professoralen Hände nicht so genau.

Die Redaktion des "diskus" hat Zweifel, ob durch das Revirement in der Leitung des Carolinum die erheblichen Modernitätsdefizite behoben worden sind oder werden können. Sie möchte anekdotisch Anreiz zu Berichten aus diesem wichtigen Bereich geben. Sie bekennt sich schuldig, die Zahnmedizin als Anhängsel der Medizin betrachtet und ihr nicht rechtzeitig gebührende Aufmerksamkeit gewidmet zu haben.



### It's Sex That Counts

ONE TWO THREE FOUR FIVE SIX SEVEN EIGHT NINE TEN ELEVEN TWELVE THIRTEEN FOURTEEN eight nine ten eleven thirteen five six seven (NORMAL) ONE TWO THREE FOUR FIVE SIX SEVEN EIGHT NINE TEN ELEVEN TWELVE THIRTEEN FOURTEEN (SELF-SATISFIED) THIRTEEN TWELVE ELEVEN TEN NINE EIGHT SEVEN SIX FIVE FOUR THREE TWO ONE ZERO ten nine eight seven six five four eleven three (CAPE KENNEDY) ONE TWO THREE FOUR FIVE SIX SEVEN EIGHT NINE TEN ELEVEN TWELVE FOURTEEN one two three five six seven eight nine ten eleven twelve fourteen (SUPERSTITIOUS) ONE TWO THREE FOUR FIVE SIX SEVEN EIGHT NINE TEN TWELVE THIRTEEN FOURTEEN FIFTEEN six seven eight nine ten elev ---- eleven --- eleven -- you forgot ele --(STICKLER) ONE TWO THREE FOUR FIVE SIX SEVEN EIGHT NINE TEN ELEVEN TWELVE THIRTEEN FOURTEEN five six seven eight nine ten eleven twelve thirteen (VIRGINITY) ONE TWO THREE FOUR FIVE SIX SEVEN EIGHT NINE TEN ELEVEN TWELVE THIRTEEN FOURTEEN no no nine ten eleven twelve thirteen fourteen (NEVERTHELESS) ONE TWO THREE FOUR FIVE SIX SEVEN EIGHT NINE TEN ELEVEN TWELVE THIRTEEN FOURTEEN one two three four five six seven eight nine ten eleven twelve thirteen fourteen fifteen sixteen seventeen eighteen nineteen twenty twentyone twentytwo twentythree twentyfour twentyfive twentysix etc. (NYMPHOMANIA) FOURTEEN EIGHT (IN THE SHOWER-BATH) **ELEVEN TWELVE THIRTEEN FOURTEEN** ONE TWO THREE FOUR FIVE SIX SEVEN EIGHT NINE TEN one two three four five six seven eight nine ten eleven twelve thirteen fourteen (SAFETY FIRST)

(LONG MARRIED COUNTING NOT NECESSARY)